

1. Quartal 1994, 24. Jg., Nr. 1, Einzelheft DM 3.-

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

wahl

was uns betrifft



Thema:

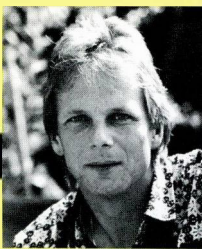
AUTO-MOBIL?

Im Blickpunkt:

„Verräter und Deserteure“

– über Kriegsdienstverweigerung im Krieg
Interview mit einem serbischen Deserteur

KONTROVERS:
ZUR WAHL GEHEN –
LOHNT SICH DAS?



Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 10.2.94

wenn zwölf um die Wette laufen und sich am Ende ausgerechnet der haushohe Sieger beklagt, man hätte ihm die härteste und steinigste Bahn zugewiesen, dann ist solcher Protest in etwa vergleichbar mit dem Gejammer, mit dem sich Anfang des Jahres die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und deren außenpolitischer Sprecher, Karl Lamers, hervortaten: Die deutschen Bestimmungen für den Export von Rüstungsgütern seien im europäischen Vergleich zu streng, zu restriktiv. Eine Lockerung, eine „Anpassung“ unserer Gesetze an die Praxis anderer Staaten der EU sei nötig. Derartige Vorstöße, die unseren Rüstungsschmieden über die Hintertür der europäischen Einheit neue Waffengeschäfte ermöglichen sollen, verdienen gleich aus mehreren Gründen die gelbe Karte.

Erstens: Seit Jahren schon gehört Deutschland in der Sparte Rüstungsexport zur internationalen Spitze. Bis zur Wiedervereinigung rangierten die Deutschen hinter den Amerikanern, den Sowjetrussen und den Franzosen auf Platz vier. Mit der Übernahme des aufgeblähten NVA-Waffenarsenals war in der Öffentlichkeit zwar viel vom Verschrotten und Vernichten des untauglichen Geräts die Rede, tatsächlich aber hatte man sich in Bonn, wo immer es ging, für ein „besseres Müllkonzept“ entschieden, nämlich: Entsorgung durch Verkauf. Seither haben sich im Europa der zwölf die deutschen Händler des Todes den Meistertitel erwirtschaftet. Bei den Landkriegswaffen nimmt Deutschland seit 1992 Rang zwei der weltweit führenden Exporteure ein, nach den USA und noch vor Rußland. Und beim Verkauf von Raketen und Raketenwerfern gebührt uns Deutschen, nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI, inzwischen sogar der zweifelhafte Ruf des Weltranglisten-Ersten. Wem, lieber Herr Lamers, wollen sie da erzählen, uns lägen Steine im Weg?

Zweitens: Es ist keinesfalls so, daß die Zustimmung zur EU von den Mitgliedstaaten eine Harmonisierung der Rüstungsexportbestimmungen fordert. Eine neue Studie des Hamburger Friedensforschers Peter Lock etwa weist nach, daß nationale Vorbehalte gegen Rüstungsexporte durchaus zugelassen sind. Wer für Europa ist, muß also noch lange nicht für mehr Waffenexporte sein.

Drittens: Längst ist es kein Geheimnis mehr, daß Rüstung und Rüstungsexport volkswirtschaftlich gesehen Verlustgeschäfte sind: Die staatlichen Subventionen sind enorm, der Steuerzahler legt überall drauf. Mehr Waffenexporte mögen betriebswirtschaftlich gut sein, z. B. für die Bilanz des Rüstungsriesen Daimler-Benz, aber sie sind schädlich für die Volkswirtschaft.

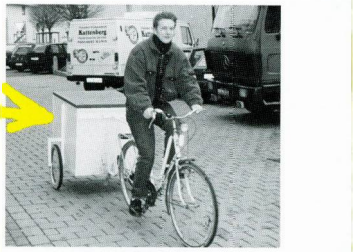
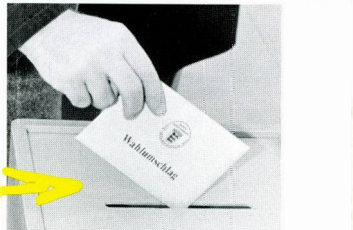
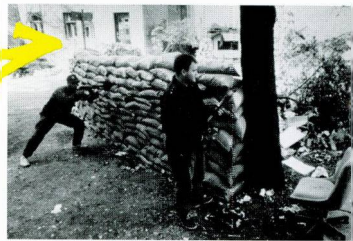
Und viertens: Rüstungsexport treibt die Länder der Dritten Welt in neue Schulden – mindestens ein Viertel ihrer Auslandsschulden stammen schon heute von Rüstungskäufen her – neue Abhängigkeiten und, wie die Erfahrung zeigt, in neue Kriege.

Wenn wir also nicht 2, 3, tausend Somalias schaffen wollen – heute die Waffen verkaufen, morgen Blauhelme zur Befriedung schicken – dann gibt es nur einen Weg: ein Verbot jeglichen Rüstungsexports, den Händlern des Todes endlich die rote Karte! Herzlich, Ihr/Euer

Werner Schulz

SEITE 3	3
IM BLICKPUNKT	4
„Verriäter und Deserteure“ – Von Rudi Friedrich	
Kommentar	
„Weil Krieg nichts bringen kann“	
Interview mit einem serbischen Deserteur	
LESERBERICHT	8
Soziale Verteidigung	
PREISRÄTSEL	9
KONTROVERS	10
Wählen – lohnt sich das?	
RECHT	12
„Brockensammlung“	
wub-THEMA:	13
AUTO-MOBIL?	
„Der weitgereste Erdbeerjoghurt“	14
Über den wachsenden Güterverkehr	
„Menschenopfer“	15
Über den Krieg auf den Straßen	
„Weg damit“	16
Bilanz nach einem halben Jahr ohne Auto	
„Bist du der Eismann?“ – Essen auf Fahrrädern	18
„Einfach nur Spaß“ – Illegale Rennen	19
Bürgerinitiativen gegen neue Straßen	20
SATIRE	21
UNTERWEGS	22
Inland	
PORTRAIT	24
Ernst Toller	
BUCHTIP	25
Wolfgang Huber: „Die tägliche Gewalt“	
INFO	26
EINSICHTEN	28
Von G. Konrad	
BRIEFE	29
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
wub-ART	32

Titelfoto: Ralf Nobel/Visum



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

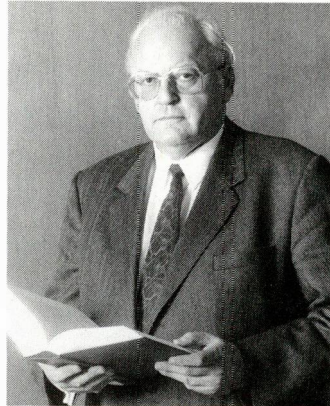
IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDV und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer leitender Redakteur; Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Giffhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wegner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Postanschrift: Postfach 26 02 30, 50515 Köln, Hausanschrift: Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. (02 21) 24 46 96, Fax (02 21) 21 29 33. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeiter interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 12,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Layout: Psiuk, Schorndorf. Satz und Druck: Windhueter, Schorndorf. Repros: Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 54 000 / ISSN 0936-6520

Fundstücken

Herzog für Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Zivildienst?

„Artikel 4 / 3 äußert sich nicht zu der Frage, ob der Gesetzgeber – mit welchen Mitteln übrigens? – dafür Sorge zu tragen hat, daß die Kriegsdienstverweigerung gegenüber der Ableistung des Wehrdienstes die Ausnahme bleibt. Weder der Wortlaut, noch der Sinn der Vorschrift gibt genügende Anhaltspunkte für eine solche Auslegung.“ „Ebenso gut wäre es von Verfassungen wegen aber auch möglich, daß der Gesetzgeber, um das peinliche und meist auch zu nichts führende Überprüfen behaupteter Gewissensentscheidungen zu umgehen, es dem Wehrpflichtigen zur Wahl stellte, ob sie Wehrdienst, Ersatzdienst, Dienst in einem Zivilschutzkorps oder andere Formen



Fotos: dpa

des Dienstes für die Gemeinschaft für sich bevorzugen.“

Roman Herzog, Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, in: Theodor Maunz, Grundgesetzkommentar, 1958

Zitate

„In Osteuropa versuchte 'der Staat', 'Markt' zu spielen, und im Westen spielt 'der Markt' 'Staat'“.

Jacob von Uexküll, Gründer des Right Livelihood Award und Stifter des alternativen Nobelpreises.

„Wer anderen die Werkzeuge für staatliche Morde liefert, trägt eine Mitverantwortung für die Verbrechen.“

Volkmar Deile, Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, über deutsche Waffenexporte

„Sie sind keine Friedensmakler, Sie sind Friedensmäkler“

Christian Schmidt, MdB (CDU/CSU) im Bundestag an die Adresse von Kritikern des Somalia-Einsatzes in der SPD

„In den Hochzeiten haben wir manchmal vier Interviews am Tag gemacht, für durchschnittlich zwischen 200 und 1 000 Mark. Da sind unglaubliche Summen geflossen, mit denen wir dann Anwälte finanziert, das Haus ausgebaut, Computer gekauft und das Propagandamaterial hergestellt haben.“

Ingo Hasselbach, Neonazi-Aussteiger

„Unser militärischer Beitrag, die KDV-Entwicklung zu bremsen, ist fordernde, erlebnisreiche Ausbildung.“

General Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr

Zahlen

Weltweit 43 Kriege

An 43 Orten der Welt herrscht gegenwärtig Krieg. Diese Bilanz veröffentlichte das Institut für Politik der Uni Hamburg. 22 Kriege tobten in Asien, 13 in Afrika, 5 in Lateinamerika und zwei (Nordirland und ehem. Jugoslawien) in Europa. In der Regel seien die Kriege innerstaatlich.

Treu aber doof?

Welche Eigenschaften sollte Ihre Idealfrau haben? Diese Frage stellte die Münchener Gesellschaft für rationale Psychologie im Rahmen einer Untersuchung deutschen Männern. Ergebnis: 93 % nannten attraktives Aussehen, 87 % Treue und 76 % Zärtlichkeit als wichtige Attribute. Intelligenz war nur für 20 % wichtig, ehrgeizige Frauen wollten gar nur 16 %.

„Wenn ein Feld vor dem Dorf von einem Löwenrudel – seinerzeit habe ich gesagt: von einem Affenrudel – terrorisiert wird, dann hilft es nicht, Frauen hinauszuschicken, um dort umzugraben, sondern da muß wahrscheinlich ein Mann mit einem Gewehr hin. Das ist nicht sehr populär, aber das ist nun einmal so. Das ist insgesamt ein humanitärer Einsatz.“

MdB Joachim Graf von Schönburg-Glauchau (CDU/CSU) am 27.10.93 in der Bundestagsdebatte zum Somalia-Einsatz der Bundeswehr.

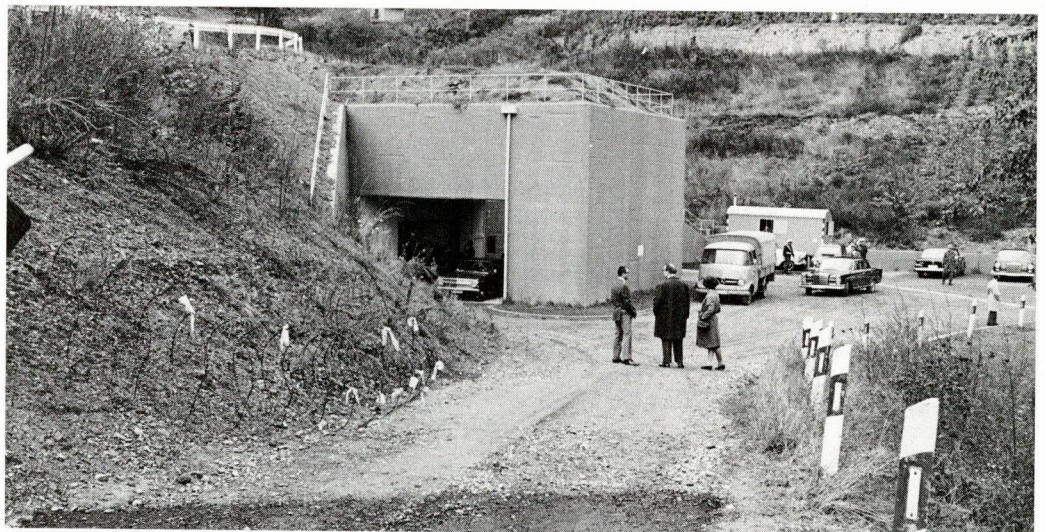


„Sicher haben wir auch das eine oder andere Gericht – ohne Fleisch, aber ich fröre, wenn Sie in ein Steak-Haus gehen, dann sollten Sie schon ein positiveres Verhältnis zum Tiere abzurufen mitbringen!“

Zeichnung: Wässner

wub fragt...

Auch nach Ende des Kalten Krieges unterhält die Bundesregierung einen atombombensicheren Bunker als Ausweichquartier für den Notfall. Pro Jahr kostet der Bunker bei Dernau im Ahrtal die Kleinigkeit von DM 30 Millionen an Unterhalt. **wub fragt:** Lassen sich die 30 Millionen jedes Jahr nicht irgendwie zeitgemäßer und effektvoller zum Fenster raus werfen? Wie wär's z. B. mit einem riesigen Feuerwerk in den Bonner Rheinauen? Da sieht man was für's Geld. Und was übrig bleibt, kriegt Christo, der wechselt alles in 10-Mark-Scheine um und beklebt damit den Reichstag...



Über Kriegsdienstverweigerung im Krieg

Im Mai 1992 wurden im Dorf Tresnjevac die Hälfte der 18–55jährigen Männer zu „Reserveübungen“ einberufen. Die BewohnerInnen dieses 2000-Seelendorfes in der Vojvodina hatten aber Informationen, nach denen diese „Übungen“ an der Front in Bosnien stattfinden sollten. Sie verweigerten gemeinschaftlich die Einberufung¹ und bleiben nach wie vor standhaft. So wichtig solche gemeinschaftlichen oder auch individuellen Formen des NEIN-Sagens sind, so schwierig sind sie gerade in Zeiten des Krieges durchzuhalten.

Von Rudi Friedrich

„Verräter und Deserteure“



Kriegsflüchtlinge in Kroatien. Die ausgerangierten Wagons der Reichsbahn wurden von der Hilfsorganisation Cap Anamur bereitgestellt

Über 200 000 Deserteure, so das Antikriegszentrum in Belgrad, gibt es in Rest-Jugoslawien, noch bestehend aus Montenegro und Serbien (einschließlich der Vojvodina und dem Kosovo). Sie alle waren trotz einer nationalistischen Propaganda nicht bereit, für die Sache der Herrschenden in den Krieg zu ziehen. Dabei sind sie im Falle der Weigerung zahlreichen Repressionen ausgesetzt: Es gibt noch nicht einmal ein eingeschränktes Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe, wie wir es z. B. in der Bundesrepublik kennen. Kriegsdienstverweigerer sind einem Strafmaß bis zu zehn Jahren bei Desertion und der Flucht ins Ausland ausgesetzt. Zwar behauptet die Regierung unter Milosevic, daß die „unmittelbare Kriegsgefahr“ seit Mai 1992 beendet sei, da in Bosnien nicht die Armee von Rest-Jugoslawien, sondern eigenständige militärische Verbände kämpften, dennoch geht die Verfolgung weiter. Sie ist geprägt von zunehmender Willkür, wie das Flüchtlingskommissariat der UN feststellt. Ein betroffener Arzt berichtet: „Ich bin kein Deserteur, ich war zweimal im Krieg, aber unter

meinen Freunden gibt es Deserteure, und ich habe es bereits viermal abgelehnt nach Bosnien zu gehen. Dies wird nicht als Desertion angesehen, weil es wie eine Arbeitsstelle angeboten wird, aber alle, die solche Arbeitsstellen ausgeschlagen haben, werden nie mehr Arbeit in Jugoslawien finden. Das gilt auch für meine Frau“².

Szenenwechsel

In Zagreb in Kroatien arbeitet die dortige Antiratna Kampanja (Antikriegskampagne) für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer. Sie gibt an, daß seit Kriegsbeginn 20-30 % den Einberufungen nicht gefolgt sind. Obwohl mit der neuen Verfassung für Kroatien das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeführt wurde, gab es bislang nur ca. 100, die sich darauf berufen haben. Bis heute gibt es kein Gesetz, das den Ersatzdienst regeln würde. So haben die meisten Kriegsdienstverweigerer den 15-monatigen Dienst bei der Armee abzuleisten, in Uniform, aber ohne Waffen. Sie können auch an



Muslimische Stellung bei Mostar. „Willkür und Repression...“



... gegenüber KDVern und Deserteuren nehmen zu“.

der Front eingesetzt werden. Noch gravierender: Soldaten können den Kriegsdienst nicht verweigern. Dabei befindet sich Kroatien im Krieg – an der Front bei Mostar. Aus Bosnien geflüchtete Männer werden zwangsrekrutiert – direkt aus den Flüchtlingslagern. Deserteure werden direkt an die Front geschickt.

Der Krieg wird derzeit nicht in Kroatien oder Serbien, sondern in Bosnien geführt. Im Kriegsgeschehen nehmen Willkür und Repressionen gegenüber Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern noch zu. Aus dem von serbischen Milizen beherrschten Bosnien erhält das Antikriegszentrum Belgrad nur bruchstückhafte Nachrichten, die Repressionen gegenüber Deserteuren seien aber offensichtlich: „Jeden Tag werden hinter der Front in Unfällen und Kriminaldelikten Hunderte von Personen getötet. Der General der bosnischen Serben hat dargestellt, daß in den ersten sechs Monaten diesen Jahres über 1000 Deserteure inhaftiert wurden, die Strafen bis zu fünf Jahren erhielten.“

Auf der Seite der kroatischen Milizen, der HVO, sieht es nicht besser aus. Vom 3. Septem-



Fotos: Angelika Emmerling

ber letzten Jahres datiert eine Anzeige der HVO, in der genau 304 Männer mit Geburtsdatum, Geburtsort, Name sowie Name des Vaters aufgeführt sind. Es sind Deserteure, Männer, die der Einberufung nicht folgten oder zu spät nachkamen, die unter der Überschrift „Verräter und Deserteure“ stehen.

Die ständige Gefahr, dem Militär, den Militärs, nationalistischen Gruppen oder der Denunziation ausgeliefert zu sein, schafft eine Situation, in der Deserteure der Willkür ausgeliefert sind. Alles ist recht, was die „Verräter“ zur Raison bringt. Häuser und andere Gegenstände von Deserteuren werden beschlagnahmt, die Familien unter Druck gesetzt...

Die „Hilfe“ des Auslands

So bleibt vielen nur die Flucht ins Ausland. Über alle denkbaren Wege versuchen sie, rauszukommen aus dieser unerträglichen und mörderischen Situation, in ein anderes Land, das ihnen Schutz gewährt vor Verfolgung und Willkür. War es ihnen bis zum Mai 1992 zumindest

noch möglich über die Grenzen zu kommen, so wurden seitdem von fast allen europäischen Ländern Visaregelungen für Rest-Jugoslawien, Mazedonien und Bosnien eingeführt. Wer kein Visum hat, darf zwar aus seinem Heimatland ausreisen, kann aber nicht ins nächste Land hinein. Oder es wird den Flüchtlingen zur Auflage gemacht, genügend Geldmittel oder eine Garantierklärung Einheimischer vorzulegen. In anderen Staaten der EU ergeht es den flüchtenden KDern und Deserteuren kaum besser. Eine Entschließung des Europa-Parlaments will hier Abhilfe schaffen (s. Kasten). Trotz aller Hemmnisse gibt es in der Bundesrepublik Tausende von Deserteuren aus allen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens, die entweder vor der Einführung der Visapflicht oder auf anderen Wegen ins Land gekommen sind. Sie müssen hier häufig erleben, daß sie unerwünscht sind oder keinerlei Unterstützung erhalten. Kommen sie aus einem direkten Kriegsgebiet, z. B. Bosnien, so haben sie noch die Möglichkeit, eine Duldung zu bekommen, d. h. befristet nicht abgeschoben zu werden. Kommen sie aus Rest-Jugoslawien, so müssen sie schon Glück haben, ins richtige Bundesland geflohen zu sein. Hessen z. B. gewährt Deserteuren befristet Schutz, Bayern hingegen schiebt ab. Kamen sie nach dem 22. Mai 1992 aus Kroatien, so können sie sich hier nur für drei Monate als Touristen aufhalten, dürfen nicht arbeiten, erhalten keinerlei Unterstützung als Flüchtlinge. Grundsätzlich erhalten Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten in der Bundesrepublik kein Asyl. Das war vor der Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes nicht anders. Generell geht die herrschende Rechtsprechung davon aus, daß die Verfolgung von Desertion und Kriegsdienstverweigerung keine politische darstelle. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg begründete dies am 6.2.1985 in einer ablehnenden Entscheidung wie folgt: „Die sowohl innerstaatlich als auch völkerrechtlich ausdrücklich anerkannte allgemeine Wehrpflicht ist ein legitimer Ausfluß der jedem Staat kraft seiner Souveränität zustehenden Wehrhoheit. Dies gilt nicht nur für die Länder, die sich durch eine freiheitlich-demokratische Ordnung auszeichnen, sondern beansprucht Geltung auch für weltanschaulich totalitäre Staaten.“³

Kommentar

„Hört auf mit dem Krieg in Jugoslawien!“ – diesen Aufruf würden natürlich alle unterschreiben, alle Parteien, alle Politiker, alle Militärs, alle, die mit den Kindern, den Alten, den vergewaltigten Frauen leiden und auch alle, die um die Urlaubsregionen und die historischen Monumente weinen. „Hört endlich auf mit dem Krieg!“, wenn das morgen einer zustande brächte, ein Vermittler, ein Unterhändler, wir würden ihn auf Händen tragen.

„Hört endlich auf mit dem Krieg!“, das fordern wir generell, das wollen wir weltweit, das wünschen wir alle für alle, ganz allgemein.

Und zwar hauptsächlich allgemein, denn: Was, wenn einer nicht „allgemein“, sondern tatsächlich und ganz konkret aufhört mit dem Krieg? Seine Waffe wegschmeißt, seinen Posten aufgibt, seine Einheit verläßt? Seine Familie, die er zurückläßt, gefährdet, sich in ein fremdes Land flüchtet, zum Beispiel in unseres? Das äußerste tut, was ein einzelner tun kann, um mit dem Krieg aufzuhören? Was also passiert mit einem, der desertiert?

Die Antworten, die unsere Politiker, unsere Ämter, unsere Mitbürger auf solche Fragen täglich geben, sind häufig nicht nur traurig und grausam, sondern beschämend und bisweilen geradezu grotesk: „Desertieren? Nie und nimmer! Wo kämen wir hin, schließlich haben wir Deutschen auch die Wehrpflicht. So war das mit den 'Hört auf!'-Appellen nicht gemeint!“ Auf diesen Nenner läßt sich der gängige Umgang mit Deserteuren aus dem Jugoslawienkrieg bringen. Sie erhalten in der Bundesrepublik in der Regel kein Asyl. (Siehe Interview Seite 7).

KDVer und Deserteure galten in der Bundesrepublik noch nie als „politisch verfolgt“ im Sinne des Asylrechts, ganz gleich, wie hoch die Gefängnisstrafen waren, die ihnen in ihren Heimatländern drohten. Kriegsdienstverweigerer aus der Schweiz, aus Südafrika, aus den USA können uns ein Lied davon singen. Ja es macht sich sogar strafbar, wer als deutscher Bürger Deserteuren Schutz und Obdach bietet, siehe den Strafantrag gegen das Tübinger Ehepaar Inge und Walter Jens. Sie hatten zwei Golfkriegsdeserteure der US-Armee versteckt, ein Nachbar hatte sie angezeigt. Deserteure wollen wir nicht in Deutschland, wollen wir nie. Auch die wenigen noch lebenden Deserteure aus dem Zweiten Weltkrieg kämpfen bis heute recht erfolglos um ihre Rehabilitation. Und jetzt trifft es die jungen Verweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien. In einer Regierungsantwort auf eine Bundestagsanfrage heißt es: „Die Todesstrafe für im ‚jugoslawischen‘ Bundesstrafrecht sanktionierte Straftaten, wie Wehrdienstflucht und Desertion, wurde abgeschafft. Die Durchsetzung der Wehrpflicht in der Armee (...) stellt daher in der Regel keine politische Verfolgung dar“. Wer keine Duldung für eine befristete Zeit erwirken kann, darf also abgeschoben werden.

Der Gipfel der Groteske scheint allerdings erreicht, wo die Bundesregierung versteht, ihre Haltung gegenüber Deserteuren mit dem UN-Embargo gegen Restjugoslawien zu vereinbaren. Ziel des Embargos, so die Bundesregierung, sei es, die Kriegsparteien militärisch zu schwächen. Und dann wörtlich: „Das Embargo gegenüber ‚Rest-Jugoslawien‘ betrifft nicht den Verkehr von Personen. Es sieht insbesondere nicht vor, daß wehrdienstfähige Staatsbürger nicht in ihr Heimatland zurückkehren können bzw. dürfen.“ Im Klartext: Wir schicken keine Kanonen mehr, wir schicken nur noch das Futter. Werner Schulz

Dennoch haben in einzelnen Fällen Deserteure in der BRD Asyl erhalten. Dies war aber an eine über das normale Maß hinausgehende Verfolgung geknüpft. Z. B. Albaner aus dem Kosovo erhielten im letzten Jahr aufgrund dessen Asyl, weil sie schärferen Repressionen und Strafen unterlagen. Die Masse der Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien kann sich jedoch nicht darauf berufen.

So ist absehbar, daß mit Auslaufen der Duldungsregelungen viele Deserteure dazu gezwungen werden, das Land zu verlassen. Ende Januar läuft die Duldung für Flüchtlinge aus Kroatien aus. Sie sollen bis Ende April die Bundesrepublik verlassen haben. Eine Verlängerung der Duldung ist nicht in Sicht. Vielen Kroaten, die wegen des Krieges das Land verlassen hatten, bleibt dann noch der Touristenstatus oder die Illegalität, um dem Krieg zu entgehen.

Flüchtlinge aus Bosnien können noch auf eine Verlängerung der derzeit bis Ende März geltenden Duldung hoffen. Das würde auch einige aus Rest-Jugoslawien kommende Deserteure betreffen.

Wer aber bestimmt, wann dieser Krieg vorbei ist? Sehr wahrscheinlich wird als Kriegsende der Tag gelten, an dem die Kriegsherren sich in Genf auf einen Stillstand der offenen Kämpfe geeinigt haben. Das wäre sicher keine Garantie, daß es nicht zu einem erneuten offenen Krieg kommt, in dessen Verlauf zurückgekehrte bzw. abgeschobene Wehrpflichtige zum Dienst im Krieg gezwungen werden. Die Deserteure haben aber nach Kriegsende nichts Gutes zu erwarten. Die Stigmatisierung als „Verräter“ bleibt, die Strafordrohungen sind nicht zurückgenommen worden, keine Amnestie ist erfolgt. Sie werden in ihren Heimatländern kaum die Chance haben, wieder ein normales Leben anzufangen.

¹ vgl. taz vom 20.11.93: Es ist Krieg – und ein Dorf geht nicht hin

² aus: Rundbrief der AG „KDV im Krieg“ 6/93

³ AZ 13 S 223/84

Internationales Deserteursnetzwerk

Gruppen in ganz Europa setzen sich für „Offene Grenzen und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten“ ein. Im Mai 1993 haben sich diese Gruppen in einem Netzwerk zusammengeschlossen, um auch auf europäischer Ebene für diese Forderungen einzutreten. Ziel der Arbeit ist es auch, für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten Informationen über Aufenthaltsrecht, Visabestimmungen und andere Regelungen aus den verschiedenen Ländern zur Verfügung zu stellen. Das ist Grundlage, um diese Personen z.B. aus dem ehemaligen Jugoslawien vor Ort schützen zu können. Nähere Informationen gibt es bei der AG „Kriegsdienstverweigerung im Krieg, c/o Franz Nadler, Querstr. 23 63065 Offenbach, Tel.: 069/81 51 28

Für die Arbeit werden Spenden erbeten auf das Konto bei der Ökobank Frankfurt, BLZ 50090100, Konto-Nr. 162370



Foto: R. Friedrich

KDVer unterstützen – militärische Aggressoren schwächen

Entschiebung zu den Deserteuren aus den Streitkräften der Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Verabschiedet im Europäischen Parlament am 28.10.1993.

Das Europäische Parlament

A. in dem Bewußtsein, daß sich unter den hunderttausenden Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien viele Deserteure und Kriegsdienstverweigerer befinden,
 B. beunruhigt durch Berichte, wonach Rekrutierung und Wehrpflicht bewußt als Maßnahmen gegen Personen eingesetzt werden, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, und daß die Wehrpflicht auch Angehörige ethnischer Gruppen wie Albaner aus dem Kosovo und Ungarn aus der Wojwodina sowie Roma betrifft, die zum Teil nicht einmal die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Landes besitzen,
 C. besorgt angesichts von Berichten, wonach Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die in EG-Mitgliedstaaten Zuflucht gesucht haben, in ihr Herkunftsland deportiert werden sollen, wo ihnen schlimmste Vergeltungsmaßnahmen unter eklatanter Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention drohen,
 D. in Kenntnis der Tatsache, daß das dänische Einwanderungsbüro beschlossen hat, daß eine Desertion aus der serbischen und der montenegrinischen Armee oder die Kriegsdienstverweigerung keine Gründe für Asylgewährung darstellen,
 E. unter Hinweis auf die Erklärung des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen, wonach jede Person, die die Teilnahme an „einer international verurteilten Kriegshandlung“ verweigert, „internationalen Schutz“ verdient,
 F. unter Hinweis darauf, daß eine Desertion der serbischen und montenegrinischen Streitkräfte und eine Kriegsdienstverweigerung mit dem Hinweis darauf befürwortet wurde, daß dies im Einklang mit der von der EG und ihren Mitgliedsstaaten gegenüber dem aggressiven serbischen und montenegrinischen Vorgehen verfolgten Politik stehe,
 G. unter Hinweis auf die Tatsache, daß Kriegsdienstverweigerer und Deserteure durch ihre Reaktion auf den Friedensappell der Völkergemeinschaft eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des Nachkriegsjugoslawiens spielen könnte,

meinschaft eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des Nachkriegsjugoslawiens spielen könnte.

1. fordert die Völkergemeinschaft auf, Normen zum Schutz von solchen Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aufzustellen, die sich nicht an nationalistischen Kriegen beteiligen möchten, die von ihr unmißverständlich verurteilt wurden;
2. fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, geeignete Maßnahmen zur Aufnahme solcher Deserteure und Kriegsdienstverweigerern vorzusehen, die sich den verschiedenen Streitkräften, die sich auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien bekämpfen, entziehen;
3. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus dem früheren Jugoslawien einen Rechtsstatus zu gewähren anstatt ihre Deportation zurück in ihr Land zuzulassen;
4. fordert den dänischen Innenminister auf, den Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern der serbischen und montenegrinischen Streitkräfte die Genehmigung einzuräumen, bis zu einer gesicherten Rückkehr in Dänemark zu bleiben;
5. fordert alle EG-Mitgliedstaaten auf, durch die Unterstützung dieser Deserteure und Kriegsdienstverweigerer die militärische Macht der Aggressoren im früheren Jugoslawien zu schwächen und klar zu machen, daß sie Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus Aggressorstaaten Asyl gewähren werden;
6. fordert die Mitgliedstaaten und die EG-Kommission auf, Programme und Vorhaben zu entwickeln, um Ausbildungs- oder Weiterbildungsmöglichkeiten für solche Deserteure und Kriegsdienstverweigerer zu schaffen;
7. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung der Kommission, dem Rat, dem UNHCR, dem Präsidenten des Folketing sowie der dänischen Beschwerdestelle für Flüchtlinge zu übermitteln.

„Weil Krieg nichts Gutes bringen kann“

wub-Interview mit einem Deserteur der serbischen Armee

wub: Herr Markic*, Sie werden zu Hause als Deserteur gesucht, warum?

Markic: Ich bin Serbe, und war beim Militär, bei einer Reserveübung. Sie haben uns Urlaub gegeben, denn sie wußten nicht genau, wann der Krieg anfangen würde. Ich bin nach Hause gegangen und dann aber nicht mehr zu meiner Einheit zurück, sondern hierher nach Deutschland gekommen.

wub: Wo haben Sie ihre Militärdienstzeit abgeleistet?

Markic: Das war in Bosnien.

wub: Und dort lebten Sie auch?

Markic: Nein, ich lebte in Serbien.

wub: Warum sind Sie weggegangen von der Armee?

Markic: Weil ich meine, daß Krieg nichts Gutes bringen kann. Jugoslawien war ein Land und die verschiedensten Menschen haben friedlich zusammengelebt.

wub: Sie verstehen nicht, warum die Menschen sich gegeneinander stellen?

Markic: Ja.

wub: Sie sagen, daß Krieg nichts Gutes bringen kann. Aber als Sie beim Militär waren, hat man Sie ausgebildet und ihnen doch gesagt, warum Sie lernen müssen, mit der Waffe umzugehen, ...

Markic: Ja, aber das war immer auf Feinde von außen bezogen. Und auf einmal sind wir miteinander Feinde.

wub: Und das sehen Sie nicht so?

Markic: Nein, absolut nicht.

wub: Haben Sie keine Feinde in Jugoslawien?

Markic: Nein, ich persönlich nicht. – Nur jetzt vielleicht, weil sie mich suchen.

wub: Haben Sie auch keine Haßgefühle gegen irgendeine Volksgruppe?

Markic: Nein, absolut nicht. Ich bin gegen solche Gefühle.

wub: Aber gegen einen Feind von außen würden Sie den Krieg mitmachen?

Markic: Vielleicht ja. Weiß ich nicht.

wub: Was würde passieren, wenn Sie heute in Ihre Heimat zurückgingen?

Markic: Weiß ich nicht genau, es sind Gesetze gemacht worden gegen Menschen wie mich, gegen Deserteure. Ich weiß aber nicht genau, was da drin steht. Ich weiß nur, daß meine Mutter einen Brief für mich bekommen hat – und weil ich nicht da war, ist sie mit dem Brief zur Militärstelle im Rathaus gegangen. Sie mußte Auskunft darüber geben, wo ich bin und was ich mache.

wub: Und was hat sie gesagt?

Markic: Die Wahrheit – daß ich hier in Deutschland bin.

wub: Wenn Sie jetzt zurückgingen, müssten Sie sich melden?

Markic: Sicher.

wub: Und was passiert dann mit Deserteuren? Wissen Sie etwas darüber, haben Sie schon von anderen Fällen gehört?

Markic: Das hängt davon ab, in welcher Einheit man gedient hat, wer der Kommandeur ist und so weiter. Was die Einheit in der Zwischenzeit

gemacht hat, wo sie war und inwieweit sie ins Kriegsgeschehen verwickelt war.

wub: Was denken Sie, wie lange der Krieg noch andauern wird in Ihrer Heimat?

Markic: Ich denke noch sehr lange. Weil dort immer noch die gleichen Menschen die hohen politischen Ämter innehaben. Es ist immer noch der gleiche Präsident, die gleichen Männer: Izetbegovic, Tudjman, Milosevic. Sie waren da vor dem Krieg, sprachen miteinander, und nichts passierte. Dann kam der Krieg, sie sprachen weiter und wieder passierte nichts. Und jetzt sprechen die gleichen Menschen weiter und es sollen Ruhe und Frieden einkehren? Das glaube ich nicht. Vielleicht mit einem anderen Präsidenten und anderen Menschen.

wub: Glauben Sie, daß die Menschen weiterhin den Krieg mitmachen werden, meinen Sie nicht, daß sie schon bald sagen: jetzt haben wir genug vom Kämpfen, wir hören auf?!

Markic: Nein, weil: Einen Grund kannst Du ja immer finden.

wub: Das heißt Sie haben keine großen Hoffnungen, bald in Ihre Heimat zurückkehren zu können?

Markic: Nicht so bald.

wub: Wollen Sie überhaupt noch zurückgehen, oder wollen Sie das alles nicht mehr sehen?

Markic: Würde mich schon interessieren, wie das Land jetzt aussieht.

wub: Wenn man Ihnen den Vorwurf macht, daß Sie Glück hätten, hier Verwandte zu haben und einfach hierhergehen zu können, andere müssen aber kämpfen, müssen dort bleiben, was sagen Sie dann?

Markic: Ich sage, daß niemand kämpfen mußte. Weil es keine Verbesserung gibt, kein besseres Leben, nichts. Die Situation verschlechtert sich nur.

wub: Aber sie kämpfen für Ihre Nation. . .

Markic: Ja, das ist eben ihr Ideal. Ich glaube aber nicht daran.

wub: Glauben Sie an gar keine Ideale?

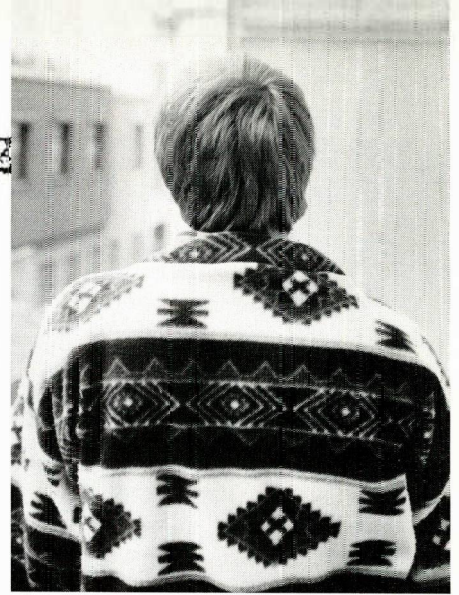
Markic: Nein, Ideale kannst Du nicht essen.

wub: Haben Sie schon mal daran gedacht, Asyl zu beantragen?

Markic: Ja, ich will das, aber hier ist es mit Asyl ganz schlecht. Wer Asylant ist, der ist automatisch ein schlechter Mensch und hat Schuld. Es ist mit dem Asyl nicht wie damals, als man damit Menschen helfen wollte. Jetzt ist es umgekehrt. Die Deutschen denken, daß es kein Problem gibt. Niemand kann Asyl bekommen.

wub: Das stimmt ja so nicht. Man kann schon Asyl bekommen. Aber man muß nachweisen, daß man politisch verfolgt wird. Und wenn jemand vom Militär desertiert, gilt das bei uns nicht als politische Verfolgung. Viele Menschen sehen das zwar anders, aber. . .

Markic: Ich auch. Ich meine schon, daß das politische Verfolgung ist, weil das die jugoslawische Armee war, mit kommunistischem System und Tito-Bildern überall in der Kaserne und in den Büros. Und die Offiziere hatten einen Kontrast und sangen für Tito, zehn Jahre nach sei-



Anonymes Foto – aus Angst vor Verfolgung

nem Tod. Da bin ich dagegen. Gegen das alte System und alles, was damit zusammenhängt. Und ich werde gezwungen, da mitzumachen.

wub: Welche Erfahrungen haben Sie gemacht mit den deutschen Behörden. Sie waren in Heilbronn, haben versucht, eine Duldung zu bekommen, was haben die gesagt?

Markic: Sehr schlechte Erfahrungen. Das war immer ein Problem mit mir. Sie sagen zu mir: Du bist Serbe und hast nichts verdient. Ich verstehe nicht warum. Die Ausländerbehörde hat gesagt, ich solle zurückgehen. Dann haben sie mir doch eine Duldung gegeben, nachdem ich Hilfe vom Pfarramt für Kriegsdienstverweigerer bekommen habe. Die Behörde hat kein Interesse an mir. Sie sagen: Nein! Keine Duldung!

Als ich das letzte mal dort war, sagte eine Frau: Er muß ausreisen! Das bedeutet: zurück in den Krieg!

wub: Haben Sie auch Kontakte zu Freunden in Ihrer Freizeit?

Markic: Ja, aber das ist auch schwer, weil sie gleich fragen: Was bist Du? Ich sage: Ich bin Jugoslawe. Und dann fragen sie weiter: Was für ein Jugoslawe? Dann haben sie schnell eine Distanz zu mir, wenn ich sage: Ich bin Serbe.

wub: Sie arbeiten hier?

Markic: Ja. Da gibt es keine Probleme. Keiner sagt: Ich will nicht mit einem Serben arbeiten. Fast alle wissen, daß ich Serbe bin. Bei der Weihnachtsfeier haben sie mit mir gesprochen und gesagt, ich sei sympathisch. Ich habe gesagt, ja, ich bin Serbe, aber ich will über das nicht sprechen. Wenn ich in der Pause die Zeitung lese, schreiben sie dort immer gegen die Serben. Ich kann da nichts machen, ich kann auch nichts dafür. Jeden Tag kommt es im Fernsehen.

wub: Verteidigen Sie die Serben in Gesprächen mit Deutschen?

Markic: Ich sage gar nichts. Ich denke mir meinen Teil. Die Serben sind sicher auch schuld am Krieg – wie alle anderen.

wub: Können Sie die Arbeit weiterhin behalten?

Markic: Ja, kein Problem, nur der Aufenthalt ist das Problem.

wub: Man wünscht sich ja immer was fürs neue Jahr. Wenn Sie drei Wünsche frei hätten. . .?

Markic: . . . nur ein Wunsch reicht mir: Ein normales Leben hier, so wie alle anderen.

wub: Ich hoffe mit Ihnen, daß Ihr Wunsch in Erfüllung geht. Herzlichen Dank für das Gespräch.

* Name von der Redaktion geändert

Das Interview führte (am 29.12.93) Werner Schulz

Zivis und „soziale Verteidigung“

Vom 6. bis 10. September fand im Evangelischen Jugendheim Koppelsberg/Plön die (Ab-) Rüstzeit „Soziale Verteidigung“ statt. Wir Kriegsdienstverweigerer informierten uns eine Woche lang über die Theorie der Sozialen Verteidigung, ihre Praxis in der Vergangenheit und ihre Anwendungsmöglichkeiten in der Gegenwart. Dabei wandelte sich unsere Unkenntnis mehr und mehr in gespanntes Interesse und spontane Begeisterung, denn wir fanden unsere ansatzweise vorhandenen Ideen in der Sozialen Verteidigung verwirklicht. Deshalb, und weil sich auch andere Kriegsdienstverweigerer für Soziale Verteidigung interessieren, möchten wir diese noch sehr unbekannt Alternative zur militärischen Verteidigung in „wub“ etwas näher beschreiben:



Die Teilnehmer der Rüstzeit mit dem Leiter, Pastor Hans-Johann Ehlen.
Foto: Serge Mustu

Soziale Verteidigung – was ist das eigentlich?

„Die Soziale Verteidigung ist von Friedensforschern und Gruppen der Friedensbewegung gemeinsam entwickelt worden. Erste Ansätze gab es schon in den 20er und 30er Jahren, eigentliche Konzepte sind aber erst in den 50er und 60er Jahren entstanden.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Soziale Verteidigung als gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung „sozial“ (gesellschaftlich) entwickelt. Der Begriff bezieht sich auf Ziel und Art der Verteidigung: Die militärische Verteidigung will Freiheit und Selbstbestimmung indirekt verteidigen durch die Verteidigung des eigenen Territoriums unter Androhung oder Anwendung militärischer Mittel. Die soziale Verteidigung verteidigt direkt die sozialen Einrichtungen, die Lebensweise und das Selbstbestimmungsrecht (ohne den Umweg über die Territorialverteidigung) und zwar mit den Mitteln des gemeinschaftlichen, gewaltfreien Widerstands. Soziale Verteidigung geht davon aus, daß militärische Verteidigung ihren Anspruch überhaupt nicht mehr erfüllen kann: Die militärischen Mittel würden total zerstören, was geschützt werden sollte; die Menschen wären der Massenvernichtung ausgesetzt: auch „konventionelle“ Verteidigung würde in hochindustrialisierten Gesellschaften mit einer hohen Dichte von Atomanlagen und chemischen Produktionsstätten Massenvernichtung von Menschen und irreparable Schädigung der Umwelt bedeuten. Aber auch ethische Gründe führen zur gewaltfreien Sozialen Verteidigung: In jedem Krieg werden unschuldige, nichtbeteiligte Menschen getötet. Das Notwehrrecht hat seine Grenze spätestens bei der Tötung unbeteiligter Menschen.

Wie funktioniert Soziale Verteidigung?

Die Soziale Verteidigung ist eine Verteidigungskonzeption, die aufgrund historischer Erfahrungen

mit gewaltfreien Widerstandsaktionen (z.B. während des Kapp-Putsches oder des Ruhrkampfes, im indischen Unabhängigkeitskampf und in den Bürgerrechtsbewegungen in den USA und in der CSSR 1968) entwickelt wurde. Die Soziale Verteidigung geht davon aus, daß eine Gesellschaft nur dann von Usurpatoren* effektiv beherrscht werden könnte, wenn es ihnen gelänge, einen größeren Teil der Bevölkerung, vor allem in den sozialen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung, sowie in der Wirtschaft zur Kooperation zu bewegen. Eine Gesellschaft kann sich gegen militärische Intervention und Unterdrückung wehren, durch drei miteinander zu kombinierende Stränge des gewaltfreien Widerstandes:

1. Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Gegner, also die Gehorsamsverweigerung;

Hierzu gehören die Weigerung, vom Gegner auferlegte soziale Rollen wahrzunehmen und die Weigerung, Aufträge auszuführen; Streiks und Boykotts auf verschiedensten Ebenen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens; die Blockierung und Lahmlegung eventuell kollaborierender und opportunistischer Institutionen.

2. Die aktive Weiterführung des eigenen sozialen, wirtschaftlichen und kommunikativen Lebens:

Hierzu gehören die Einhaltung der alten Rollen, Normen, Werte; Aufrechterhaltung von Informations- und Versammlungsfreiheit. Es geht um „gesteigerte Normalität unter abnormen Bedingungen“, um „dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration mit dem Gegner“.

3. Demonstrativer Protest und Formen des aktiven gewaltfreien Widerstandes:

Hierzu gehören das Einwirken auf die gegnerischen Menschen (z.B. Besatzungstruppen, Putschisten oder bewaffnete Extremisten), auf die Opposition im gegnerischen Land zwecks Solidarisierung, Einwirken auf die Weltöffentlichkeit, Protestaktionen, Besetzungen, Blockaden und vieles mehr.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Soziale Verteidigung versucht, durch die Anwendung gewaltfreien Widerstandes den politischen Preis einer Usurpation* oder Invasion so hoch

zu schrauben (personell, politisch, wirtschaftlich), daß die Vorkalkulation der politisch-ideologischen und wirtschaftlichen Kosten und des personellen Aufwandes auch eine abhaltende Wirkung ausübt. Die Soziale Verteidigung macht der Weltöffentlichkeit eindeutig klar, wer im Recht und wer im Unrecht ist. In schwierigen Situationen kann der Widerstand auch unterbrochen und zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden. Die Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung wird begünstigt durch möglichst basisdemokratische, dezentralisierte Organisationsformen in der Gesellschaft und Wirtschaft und eine hohe Übereinstimmung im Volke bezüglich der Werte bzw. des Verteidigungswertes, sowie durch den Mut der Menschen, sich mit gewaltfreiem Widerstand für die Erhaltung dieser Werte einzusetzen. Die Vorbereitung und Einübung Sozialer Verteidigung beginnt deshalb schon heute mit dem aktiven gewaltfreien Einsatz zur Durchsetzung humaner Werte und einer humanen Gesellschaft.“ (Zitiert aus: „Der Bund für Soziale Verteidigung stellt sich vor“; Kurzttext „Soziale Verteidigung“.)

Welche Auswirkungen hat die Soziale Verteidigung auf den Zivildienst?

Zivildienstleistende sind in die Gesamtverteidigung der Bundesrepublik Deutschland eingepflanzt, d.h., daß sie im Kriegsfall zu Diensten ohne Waffe z.B. Versorgung von Kriegsopfern, Aufrechterhaltung der Infrastruktur oder zum Zivilschutz herangezogen werden können. Damit unterstützen die Zivildienstleistenden die militärische Verteidigung. Um sich im Kriegsfall mangels Alternativen nicht militärisch verteidigen zu müssen, ist es wichtig, sich schon jetzt für die Soziale Verteidigung einzusetzen. Das bedeutet für Zivildienstleistende, sich für einen Zivildienst zu engagieren, der sich als Alternative zur militärischen Verteidigung versteht. Über die inhaltliche und praktische Ausgestaltung müsste man sich mit möglichst vielen am Zivildienst beteiligten Seiten unterhalten – genügend Stoff für weitere (Ab-)Rüstzeiten dieser Art.

Weitere Informationen über Soziale Verteidigung:
Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Friedensplatz 1a
Postfach 2110,
32378 Minden
Tel.: 0571/29465

* Usurpator: jemand, der widerrechtlich die Staatsgewalt an sich reißt.

ZDL Axel Scheele, im Namen aller (Ab-)Rüstzeit-Teilnehmer

Tribut d. Verkehrs	Auswanderung wg. pol. u. rel. Bedrohung	europ. Staat ohne Armee		Einheit d. elektr. Widerstandes		Käsesorte	dt. Pazifist †		chem. Symbol f. Phosphor	Tochter Moham-meds	Hohepriester	Mittelmeerküste
					(17)					(15)		
Zeichen, Fleck				Schiffsanlegeplatz			Hohlmaß (Abk.)		Vorname d. Boxers Muhammad			
Staat in Asien				verhältnismäßig				(11)				
Gewichtseinheit (Abk.)		Militärbündnis					Frauenname				5. Person	
radioakt. Metall			(5)				Pflanzenfaser					(10)
griech. Göttin d. Verblendg.		Stadt im Ruhrgebiet							Nebenfluß d. Rheins	(2)		
									altägypt. für Lebenskraft	Friedensorg. in Belgrad		
griech. Insel										Eulenvogel	Teil d. Services (MZ)	
									Fuge			
chem. Symbol f. Neon									Thailand (Abk.)			(9)
sib. Fluß	Guttschein	Teil d. Körpers	engl.: rot	Kopfbedeckg. (MZ)	Maler am Bauhaus †			Papstname				
		Umschreibung f. 1994	(4)		undichte Stelle						Windrichtg. (Abk.)	
afrik. Rind		Waldvogel					Hilfe bei Seenot	Kz. von Togo			Ruf beim Stierkampf	
		KDV im Krieg										
Seminar f. Zivis	ital. Fluß			Gewichtseinheit (Abk.)	semit. Gottesbez.	Blut-sauger		(7)				Märchenfigur
					(14)				germ. Wurfspieß			
Initialen Roosevelts	(12)	Herbstblume		Spielkarte			Printmedien		KFZ-Kz. v. Schweden		Teil d. Auges	
Ausweis	gift. Holzschutzm. (Abk.)					Geduldspiel						
Zahl				fränk. Hausflur				Nachspeise				
	(8)			KFZ-Kz. von Italien	Sage f. Regisseur						(16)	
Autofahrerkrankheit					(1)				Formelzeichen f. Zeit	Musik-ton	Drama von Ibsen	
Frau Jakobs	Dallas Liebling			Donauzufluß	Science fiction Autor			nord. Rind				
				chem. Symbol f. Jod	(6)	Herrschername (Abk.)			chem. Symbol f. Uran		Flächenmaß	
Teil d. Kopfes (MZ)	Haus-tiere	(3)					altdt. Name					
						müde		(13)	ägypt. Sonnengott			

1/94
© G

wub Rätsel

wos uns betrifft

Gesucht: Tip für Autofahrer

Die Lösung des wub-Preisrätsels 4/93 lautet: „Festung Europa“.

Die Gewinner der ersten drei Preise sind:
Jochen Hahn, Gelsenkirchen
Lars Ludwig, Edertal-Bergheim
Karsten Kluck, Winsen-Luhe

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz in den Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und unter lesbaren Absenderangabe an

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart
schicken.

Einsendeschluß ist der 05.04.1994 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Ein City-Rucksack aus edlem Nappa-Leder
2. Preis: Eine große Samsonite Reise- und Rucksacktasche
3. Preis: Eine Riesen-Reisetasche
- 4.–10. Preis: Je ein City-Rucksack
- 11.–20. Preis: Je ein wub-Freiabo für ein Jahr

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1 2 3 4 5 6 7

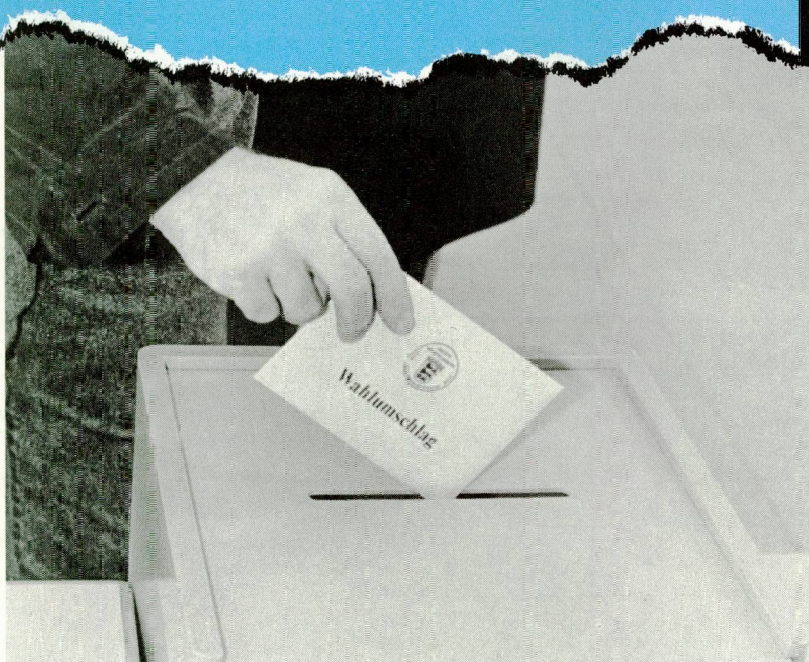
8 9 10 11 12 13 14

15 16 17

18 19 20

Bett. wub:
Anregung/Kritik/Lob:

Frei ab 18: Europawahlen, Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und – erstmals schon ab 16 – Kirchenvorstandswahlen. 20 Urnengänge insgesamt stehen an im „Superwahljahr“ 94, und schon jetzt zeichnet sich ab, daß man auf das Abschneiden einer Gruppe ganz besonders gespannt sein wird: Die Nichtwähler. Ihr Anteil hat sich in den letzten zehn Jahren auf heute durchschnittlich 20 % verdoppelt, und es sind vor allem die jungen WählerInnen, denen die „freien Wahlen“ nicht viel bedeuten. Bei der Bundestagswahl 1990 haben im Westen 30 %, im Osten sogar 40 % der 18-34jährigen Wahlberechtigten nicht gewählt. Bevor man diesen Trend mit pauschalen Antworten erklärt oder auf's schlechte bzw. zu schöne Wetter am Wahltag schiebt, sollte man fragen, ob nicht hinter beiden Haltungen, Wählen und Wahlboykott, gute Gründe stecken können. Im „Superwahljahr“ daher unsere Kontrovers-Frage: Zur Wahl gehen – lohnt sich das? Den beiden Autoren danken wir für ihr Statement.



Fotos: J. Röttgers, Graffiti

Ja – „Wir sind uns das Engagement schuldig“

Von Alex Münz *

Auf den ersten Blick könnten wir uns die Frage, ob es sich lohnt, zur Wahl zu gehen, tatsächlich stellen. Bund, Länder und Kommunen scheinen immer weniger drängende Fragen im gebotenen sachlichen Konsens zu lösen. Parteienhickhack, persönliches Fehlverhalten einzelner und ein zunehmend gereiztes innenpolitisches Klima tragen ebenfalls dazu bei, daß demokratische Parteien immer weniger Wählerinnen und Wähler an sich binden können und der Anteil der Nichtwähler teilweise 30-40 % erreicht.

Stellen wir uns die Frage aber einmal anders herum, um die Konsequenzen zu betrachten: Lohnt es sich, nicht zur Wahl zu gehen? Sicherlich nicht. Blicke die demokratische Mitte dauerhaft in größeren Teilen zu Hause, hätten radikale Gruppen links und rechts einen prozentual stärkeren Anteil. Wenn aber Republikaner und andere Rechtsparteien im Bundestag mit 10 %, die PDS vielleicht mit über 5 % vertreten wären, wie erschräke dann der aufrechte Wahlverweigerer

und wie sehr würde er auf die Regierung schimpfen, auf das politische Klima, das dies möglich gemacht habe – und und und. . .

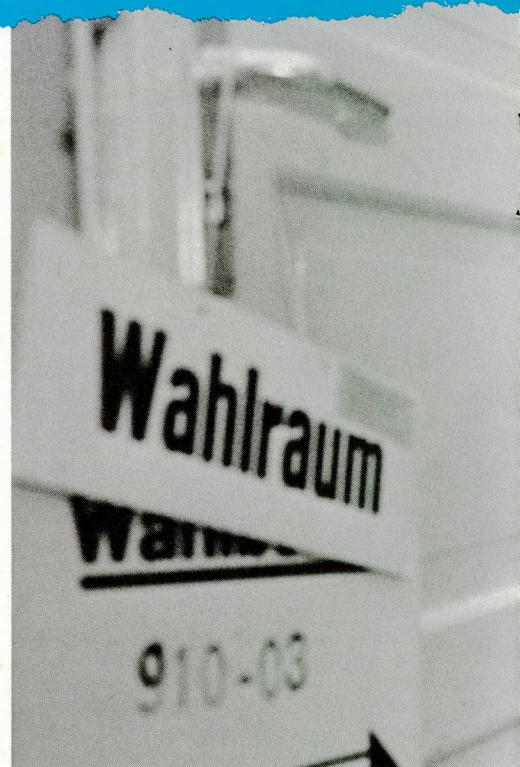
Auch wer nicht wählt, ist verantwortlich

Es ist doch so: Ein demokratisches Staatsvolk wählt sich seine Regierung immer selbst – sie wird ihm nicht aufgezwungen. Wer also Zuhause bleibt, ist genauso verantwortlich für die Ergebnisse wie die, die zumindest versuchen, das nach ihrer Meinung „Schlimmste“ zu verhindern.

Wer (zurecht) von der Politik fordert, sich statt kleinem Parteiengezänk lieber um die anstehenden großen Aufgaben wie Zukunftschancen für Jüngere, wirtschaftlichen Aufschwung, soziale Gerechtigkeit – oder auf außenpolitischer Ebene beispielsweise um eine gerechte Entwicklungs- oder zukunftsgerichtete Umweltpolitik zu kümmern – der muß sich auch selbst fragen lassen: wie forderst Du dies ein? Verändern durch Verweigern geht in diesem Fall nun wirklich nicht.

Ein demokratisches Gemeinwesen lebt immer von der Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger – sei es als Kandidaten für politische Ämter oder als Kontrollinstanz zu diesen politisch Verantwortlichen. In den letzten 15 Jahren hat sich

Zur Wahl



außerdem das Parteiengefüge der Bundesrepublik durch die GRÜNEN, regionale Wählervereinigungen und jüngst durch STATT-Gruppierungen so verändert, daß mir auch niemand mehr erzählen kann, es ändere sich ja sowieso nichts.

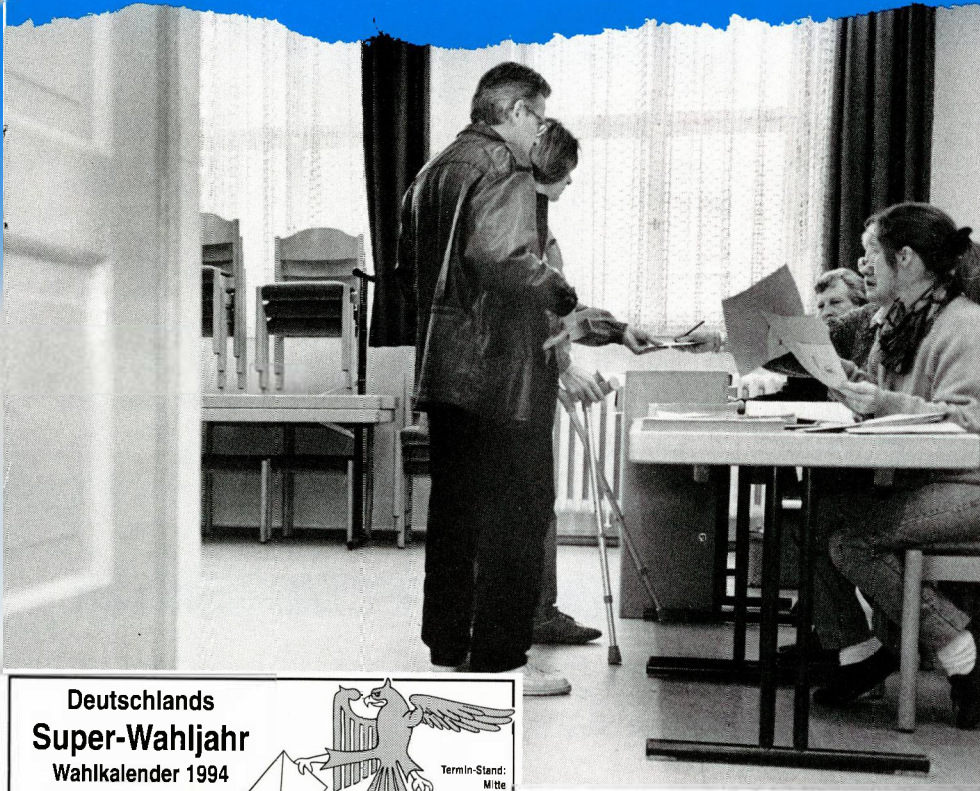
Es ist unsere Zukunft, um die es geht

Den Frust der Jüngeren, die mehr verändern, gestalten wollen, aber von den Platzhirschen im politischen Geschäft ausgebremst werden, den kann ich schon eher verstehen. Die Mitglieder der Jungen Union haben da ebenso leidvolle Erfahrungen wie andere Jugendorganisationen. In allen demokratischen Parteien sind Jüngere ja momentan unterrepräsentiert. Viel zu viele Ortsverbände der Parteien haben kein Mitglied unter 35 Jahren.

Verantwortlich dafür ist meistens das miefige Erscheinungsbild der örtlichen Altherrenriege. Aber das darf uns Jüngere doch nicht davon abhalten, uns zu engagieren, selbst etwas zu verändern. Der Blick auf die politische Karriere meines eigenen Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers zeigt, daß Jüngere eben den Mut und die Zähigkeit (und viele Freunde) brauchen, um denen, die sie abblocken, irgendwann einmal die rote Karte zu zeigen. Aber das Engagement in Parteien ist schon der zweite Schritt, die „hohe Schule“ der Beteiligung im demokratischen Staatswesen – und die leidvollste wohl auch. Für uns Jüngere jedenfalls sollte gelten: Wir sind uns selbst schuldig, zur Wahl zu gehen, uns zu beteiligen – im eigenen Interesse. Denn es ist unsere Zukunft, um die es geht. Und ich persönlich möchte schon mitentscheiden, wie diese Zukunft denn aussieht, wie sie zu gestalten ist.

* Alex Münz (29) ist Pressesprecher des Bundesverbandes der Jungen Union Deutschlands

gehen – lohnt sich das?



ne nicht abgegebene Stimme sei eine Stimme für die andere Seite, zumindest müsse ich mich doch für das kleinere Übel entscheiden. Ich habe mich aber gegen das Übel überhaupt entschieden und möchte auch dem kleineren nicht meine Stimme geben.

7. Die Teilnahme an der Bundestagswahl bedeutet auch ein Ja zum Nationalstaat, wie er in seiner heutigen Ausdehnung nicht aus Sachnotwendigkeiten, sondern als Folge von Kriegen und Machtpolitik geworden ist. Die Grenzen des Nationalstaates sind mir aber zum einen zu weit, zum anderen zu eng:

a) In seiner Größe halte ich ihn nicht für überschaubar. Der Politiker, der glaubt, ihn zum Wohl der Menschen regieren zu können, überschätzt sich und seine menschlich begrenzten Fähigkeiten.

b) In seinen Grenzen ist mir der Nationalstaat zum anderen jedoch zu eng. Probleme der Umwelt, der wirtschaftlichen Macht internationaler Konzerne, des Flüchtlingseleuds lassen sich im nationalstaatlichen Rahmen nicht lösen, sondern nur, indem unser Denken und Handeln bestehende Grenzen überschreitet.

8. Wenn ich von den Verfechtern des kleineren Übels dann doch einmal in die Nähe der Wahlurne gedrängt werde, versuche ich mich an der Vorstellung zu orientieren, wen Jesus in meiner Lage gewählt hätte. Hätte er seinen Personalausweis, eine bestimmte Staatsangehörigkeit vorausgesetzt, gezeigt, die Wahlbenachrichtigungskarte abgegeben und dann tatsächlich eine Partei angekreuzt? Eine christliche, eine soziale, eine liberale, eine grüne oder welche? Ich glaube nicht, daß Jesus gewählt hätte, weil er sich nicht in das Schema von Staatsangehörigkeit, Nationalität, Wahlberechtigung, rechte oder linke Parteizugehörigkeit hätte drängen lassen, sondern ein ungeteilter, ein ganzer Mensch war, dem es nicht um Herrschaft ging, sondern ausschließlich um den Dienst an denen, die Not leiden, und um die grenzüberschreitende Gemeinschaft aller Menschen. Indem er vorgelebt hat, was er wollte, hat er Einfluß ausgeübt bis in unsere Tage und das Handeln vieler Menschen bestimmt, ohne sie durch Macht dazu zu zwingen.

9. Für mich gibt es bei der Frage nach der Macht nur eine klare Entscheidung, entweder – oder. Der Dialog mit dem politischen Gegner kann in letzter Konsequenz nur dann ehrlich gemeint sein, wenn ich nicht danach strebe, ihn mit Macht dazu zwingen zu können, wozu ich ihn nicht überzeugen konnte.

10. Wenn der Weg das Ziel bestimmt, die Frucht schon im Samen begründet ist, dann werde ich mein Ziel einer grenzüberschreitenden menschlichen Gemeinschaft, die nicht mehr durch Macht und Gewalt regiert wird, sondern sich in Freiheit selbst bestimmt, nur anstreben können, indem ich eindeutig schon jetzt auf jede Form von Macht und Gewalt verzichte. Auch in der parlamentarischen Demokratie setze ich nicht auf den Sieg der Mehrheit, sondern auf das Beispiel kleiner Gemeinschaften, die das Modell unserer Zukunft schon jetzt vorleben.

* Ullrich Hahn ist Rechtsanwalt in Villingen-Schwenningen

Deutschlands Super-Wahljahr Wahlkalender 1994				
März	Mai	Juni	September	Oktober
13.3. Landtagswahlen Niedersachsen	23.5. Bundespräsidentenwahl	12.6. Europawahlen	11.9. Landtagswahlen in • Brandenburg • Sachsen	Bundestagswahl
20.3. Kommunalwahlen Schleswig-Holstein	29.5.* Landtagswahlen Sachsen-Anhalt	Kommunalwahlen in • Baden-Württemb. • Mecklenb.-Vorp. • Rheinland-Pfalz • Saarland • Sachsen • Sachsen-Anhalt • Thüringen	25.9. Landtagswahlen Bayern	Landtagswahlen in • Mecklenb.-Vorp. • Thüringen Kommunalwahlen Nordrhein-Westf.
Quelle: BPA 93 12 67 ©Imu				

3. Der Griff nach der Macht als Möglichkeit einer solchen Abkürzung der politischen Überzeugungsarbeit ist eine dauerhafte Versuchung, die der subjektiven Selbstüberschätzung entspringt, selbst nur das „Gute“ zu wollen. Dieser menschliche Irrtum ist alltäglich und läßt sich ertragen, solange er nicht mit Macht gepaart ist. Wo Irrtümer jedoch mit staatlicher Macht durchgesetzt werden können, kann dies für Mensch und Natur unerträglich werden.

4. Das Streben nach politischer Macht, auch auf dem Weg demokratischer Wahlen, garantiert zudem nicht die Auslese der fähigsten Menschen einer Gesellschaft, sondern ist in der Regel eine Negativauslese derer, die im Kampf um die Macht die wenigsten Skrupel haben. Deutlicher noch als im Wahlkampf selbst wird dies bei der innerparteilichen Kandidatenauslese und Feststellung der Listenplätze, die lange vor dem Wahltag die Zusammensetzung von Bundes- oder Landtag schon zu gut 80 % entscheiden. Und was für den einzelnen Politiker gilt, trifft dann auch für die Partei zu: Den größten Teil ihrer Energie verwendet eine Regierung nicht auf die Lösung von Sachproblemen, sondern darauf, Regierung zu bleiben. Und der größte Teil der Energie der Opposition wird eingesetzt, Regierung zu werden.

5. Der Kampf um die Macht erzeugt dabei auch in der parlamentarischen Demokratie Defekte, wie sie sonst nur im Ost-West-Konflikt zu beobachten waren: Die sonst vielschichtige Realität zerfällt in zwei Blöcke, die Guten und die Bösen (Rot/Grün gegen Schwarz/Blau). Der Sieg der jeweils anderen bringt das Chaos; Heil kann nur vom Sieg der eigenen Seite erwartet werden. Zwischentöne werden nicht geduldet, sind parteischädigend, verstoßen gegen den Fraktionszwang.

6. Dieses Nullsummendenden einer in zwei Hälften zerfallenen Wirklichkeit begegnet mir dann auch immer wieder in dem Argument, mei-

Nein: Nicht auf den Sieg der Mehrheit setzen.

Zehn Thesen zum verantwortlichen Wahlverzicht

Von Ullrich Hahn *

1. Jede Wahl eines Gesetzgebungs- und Regierungsorgans ist die Beteiligung an dem Versuch, die eigene politische Meinung per Gesetz, Macht und letztlich per Gewalt den Andersdenkenden aufzuzwingen. Mit dem Bekenntnis grundsätzlichen Gewaltverzichts sind auch die Wahlen in einer repräsentativen Demokratie nicht zu vereinbaren. Wer Macht und Herrschaft über Menschen überwinden will, wird nicht um diese Macht kämpfen, sondern auf sie verzichten.

2. Der Versuch, die eigene „gute Überzeugung“ zum Gesetz zu erheben, beinhaltet zugleich den Wunsch, den schwierigen und langwierigen Weg der Überzeugung des politischen Gegners abzukürzen. Wenn meine Seite die Mehrheit gewinnt (möglichst die absolute), bedarf es nicht mehr des Dialogs mit dem anderen, der Suche nach einem Konsens.

Brocken-Sammlung

Was im letzten Jahr unter den Tisch fiel:
Brille, Leitfaden, Tätigkeitsberichte.

Von Reinhard Becker

1. Die Brille im Zivildienst...

... muß ein besonderes Instrument sein, denn sie genießt im Leitfaden für den ZD ganz ausführliche Beachtung. Sie wird auf 9 1/2 Seiten ausführlich gewürdigt (Abschn. G6 Nr. 5 und Anl. 1+2, Abschn. G7). Und dennoch bleiben Unklarheiten, wie etwa bei ZDL K. W., der, um seine Dienstfähigkeit und Sehkraft zu verbessern, sich eine Dienstbrille anfertigen ließ. Der Optiker erklärte kurz und bündig, ihm stehe nur ein Brillengestell für 40,35 DM zu, Soldaten dagegen eins für 69,- DM. Eingeschüchtert legte er den Restbetrag aus eigener Tasche drauf. Denn wie es schien, ist die Brille bei der Bundeswehr wichtiger als im Zivildienst. Doch dann kam ihm der Ärger hoch, er schrieb an wub und stellte die entscheidende Frage: „Warum hat ein Soldat Anspruch auf eine schönere, qualitativ bessere oder einfach teurere Dienstbrille als ein ZDL im Sozialwesen?“ Ja, warum auch? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund, jedoch spricht ein wichtiger dagegen: Der § 35 Abs. 1 des Zivildienstgesetzes. Danach erhält ein Zivi Heilfürsorge wie ein Soldat. Hier trifft sie also einmal zu, die vielbeschworene Gleichbehandlung.

Bleibt die Frage: Bekommt der Zivi nun ein Brillengestell für 69,- DM oder der Soldat eines für 40,35 DM? Die Antwort gibt eindeutig die sogenannte BW-Preisliste, die jeder Optiker bereithält. In der Position 701 dieser Liste sind für Zivis wie für Soldaten 69,- DM für ein Brillengestell vermerkt. Der ZDL K. W. hat 28,65 DM zuviel bezahlt. Er sollte sie von seinem Optiker zurückfordern.

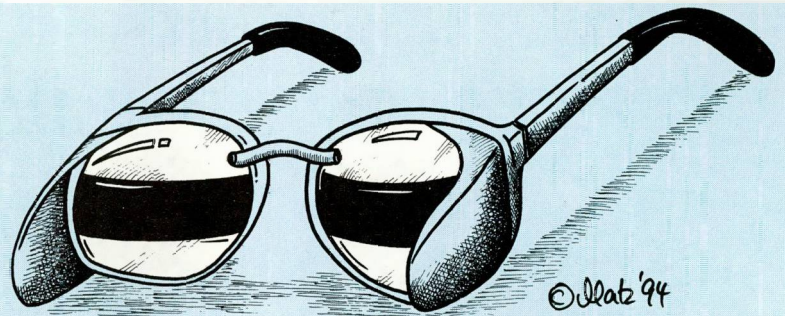
Wer nun auf eine kostenlose Sonnenbrille spekuliert, muß sich leider enttäuscht sehen. Er müßte eine Brille aus medizinischen Gründen benötigen, nur dann käme er in den beschriebenen Genuß.

Eine Hinweise aus dem Leitfadentext: Jeder ZDL muß zu Anfang seines Dienstes von der Dienststelle befragt werden, ob er eine Brille trägt. Er muß darauf hingewiesen werden, daß er Anspruch auf eine „Dienstbrille“ zu Lasten der ZD-Heilfürsorge hat.

Wer eine „Dienstbrille“ erhalten hat, dem werden dann auch eventuelle Reparaturkosten u. ä. vom Bund erstattet. Für seine eigene Brille hat er dann keinen Anspruch mehr auf Reparatur u. ä. zu Lasten des Bundes.

Der ZDL kann auf den „Dienstbrillen“-Anspruch verzichten und die eigene Brille tragen. Dann kann er gegebenenfalls seine eigene Brille zu Lasten des Bundes reparieren oder bei Zerstörung ersetzen lassen. Allerdings nur in Höhe der Kosten einer „Dienstbrille“.

Hinweis: Wer es noch genauer wissen will, lese am besten die Anlage 2 zum Abschnitt G6 im Leitfaden nach.



**Dienstbrille für den mündigen ZDL:
Integrierte Perspektivautomatik sorgt für den
Nötigen Durchblick.
Rosarote Tönung in 3 Stärken lieferbar.**

Zeichnung: wub/Matthias Scharaf

2. Tätigkeitsberichte...

... sollten die ZDL in einer Klinik für Alkohol- kranke anfertigen. Der Regionalbetreuer hatte dies veranlaßt. Als sich die ZDL und auch die Leitung der Einrichtung dagegen wehrten, kam schließlich eine schriftliche Anordnung vom BAZ, die Tätigkeitsnachweise bis zum Jahresende 1993 fortzusetzen. ZDL H. L. schreibt ent- rüstet an wub: „... verstehe ich nicht, warum ich bis Ende 1993 meinen Arbeitstag beschreiben soll... und überhaupt: Wer will die alle lesen? (5 Zivis x ca. 250 Arbeitstage = 1250 Nach- weise).“ Er sieht darin reine Schikane und möchte wissen, wer wozu berechtigt ist, denn der Leitfaden gäbe keine eindeutige Auskunft – womit er recht hat. Eine eindeutige Regelung gibt es nur in der Individuellen Schwerstbehin- derten-Betreuung, wo einfache Arbeitsberichte nach Muster (Leitf. D2, Anl. 1) angefertigt werden. Dabei geht es nur um die Dienst- und Ar- beitszeiten, dazu ein Stichwort für die Tätigkeit wie Betten, Waschen u. ä. Zur Person des Klien- ten werden keine Angaben gemacht, da dessen Persönlichkeitsrechte berührt würden wie natür- lich auch die Rechte der Beschäftigungsstelle. Um mehr kann es auch bei ZDL H. L. nicht gehen. Aber wie der aufmerksame Leser sicher schon bemerkt haben wird, ging es hier um eine Kontrolle der Beschäftigungsstelle, die vor al- lem die ZDL belastete. Der Regionalbetreuer ist als Beauftragter des BAZ zwar auch Vorge- setzter der ZDL in seinem Bereich, jedoch in Zusammenarbeit mit der Beschäftigungsstelle (Ltf. C2). Anordnungen wie das Schreiben von Tätigkeitsberichten sollte er allerdings schrift- lich vorlegen. Sonst hat es den Anschein, als fummle er in der Dienstgestaltung herum, was in der Tat nicht seine Aufgabe ist. Dies stört mit Sicherheit die zu seinen Aufgaben gehörende gute Zusammenarbeit mit der Beschäftigungs- stelle. Ein ganz anderer Aspekt: Die Arbeit von ZDL mit Suchtkranken berührt auch immer die Fürsorgepflicht des BAZ für die ZDL. Um deren Gefährdung in diesen Arbeitsfeldern zu ver- hindern, muß das Bundesamt den Einsatz über- prüfen, wenn es seine Pflicht nicht versäumen will. Dies könnten der Regionalbetreuer bei sei- nen Besuchen und der Leitfaden zwischen sei- nen Deckeln deutlicher zum Ausdruck bringen, als nur auf die Vorgesetztenfunktion zu pochen. Zur Erfüllung der Fürsorgepflicht müssen ZDL nicht 250 Tage lang Tätigkeitsnachweise füh- ren. Das ist dann wirklich nur dumme Schikane.

3. Der Leitfaden

„Nun möchte ich gerne wissen, ob man das BAZ 'zwingen' kann, den Leitfaden Kaufinter- essenten anzubieten“ – schreibt ZDL J. H., nachdem sein Begehren, den Leitfaden zu kau- fen, vom BAZ schneide abgelehnt wurde. Er ver- mutet allerlei schlimme Absichten und will wis- sen, auf welcher „gesetzlichen Grundlage“ der Leitfaden erlassen wurde. Doch darüber gibt der Leitfaden keine Auskunft. Er ist überflüssi- gerweise ganz bescheiden und weist im Inhalts- verzeichnis überhaupt nicht auf sich selber hin. Eine Erläuterung darüber, was der Leitfaden be- deutet, seine Rechtsgrundlage, Funktion u. ä. brächte mehr Klarheit und Information. Ein Vor- wort z. B. wäre angebracht, in dem sich der Leit- faden vorstellt, wie es unter zivilisierten Men- schen üblich ist, wenn sie sich erstmals bege- gen. Sonst wird immer ein Geruch von Geheim- niskrämerie bleiben. Der Leitfaden gilt als Sammlung interner Vorschriften, Hinweise und Richtlinien der Zivildienstverwaltung des Bun- des (§2 Abs. 1 Zivildienstgesetz). Der Leitfa- den kann nicht käuflich erworben werden. Das ist kaum zu verstehen. Denn seines Inhalts we- gen wird er weder zum Bestseller aufsteigen und so die Bundesverwaltung überfordern, noch zu unkontrollierter Lektüre verführen.

Hinweis: Nach Abschn. A2 Nr. 3.7 des Leitfa- dens hat der ZDL das Recht, jederzeit den Leit- faden einsehen zu können.

Ergänzung zu Nr. 4/93, „Der Weihnachtsmann im Zivildienst“

Versehentlich wurde in der 1. Spalte, 1. Spie- gelstrich dieses Artikels geschrieben, daß für den Anspruch auf besondere Zuwen- dung der Dienstantritt im Oktober liegen müsse. Diese Einschränkung ist mit dem Rundschreiben des BAZ, Nr. 2/1993 vom 28. 05. 93 weggefallen. Wer am 1. Dezem- ber Zivildienst leistet, erhält die besondere Zuwendung – auch wenn es sich bei diesem Datum um einen Samstag oder Sonntag han- delt und der ZDL am nächstfolgenden Werk- tag zum ersten Mal ZD leistet.

Wir waren erstaunt und erfreut darüber, wie viele genau und kritisch „Was unser Recht betrifft“ lesen. Wir danken den Le- sern für die Hinweise.

THE MAMA AUTO - MOBIL ?



Mama, Papa, Auto – so lernt man sprechen in Deutschland. Alle Kinder lieben Autos und spielen gern damit: Straßen planieren, fahren, rasen, Unfälle bauen, abschleppen... das macht Spaß. Einerseits. Aber andererseits: Das Auto ist der Kinder schlimmster Feind. Über ein Viertel der zu Tode gekommenen 5 – 15jährigen stirbt im Straßenverkehr, 1993 (von insgesamt 10 000 Verkehrstoten) mehr als 400. In den Jahren 1953 bis 1989 starben auf Deutschlands Straßen 600 000 Menschen, Kinder, Mütter, Väter, die Einwohnerschaft einer Großstadt wie Frankfurt. Verkehrsunfälle sind in Europa inzwischen zur dritthäufigsten Todesursache geworden, 90 000 Tote jährlich (Und kaum mehr zählen lassen sich die geopferten Tiere. Die motorisierte Treibjagd brachte allein auf den Straßen Nordrhein-Westfalens innerhalb eines Jahres 25 000 Rehe, 20 000 Kaninchen, 15 000 Hasen und 5 000 Fasane und Rebhühner zur Strecke).

Nicht nur Kinder, auch Jugendliche lieben Autos. Bei den Ausbildungsberufen steht der Kfz-Mechaniker an der Spitze der Wunschliste. Das Auto verspricht einen sicheren Job, denn noch ist im verarbeitenden Gewerbe die Autoproduktion mit 300 Mrd. Mark Umsatz im Jahr die mächtigste Branche. Das Auto ist unser stärkster Wirtschaftsmotor. Einerseits. Aber andererseits: Das Auto ist auch Luftverschmutzer und Waldkiller Nummer eins. 68 % der Stickoxide, 52 % der Kohlenwasserstoffe und 74 % des Kohlenmonoxids in der Atmosphäre stammen vom Straßenverkehr.

Trotz alledem bleibt das Auto unser beliebtestes Fortbewegungsmittel. Wir fahren 737 Mrd. Personenkilometer pro Jahr mit dem Auto gegenüber 58 Mrd. Pkm mit der Bahn. Das Auto ist, wie selbst die beiden großen Kirchen in einer Broschüre verkünden, „eins der wichtigsten Entfaltungsmittel menschlichen Lebens“. Autos sind modern, bequem und schnell. Einerseits. Aber andererseits: Schon heute drängen sich 51,4 Mio. Kraftfahrzeuge auf unseren Straßen, davon 39,2 Mio. PKW, auf 2 Menschen kommt ein Auto. Die Folge: verstopfte Innenstädte, terrorisierte Anwohner, tausend Kilometer Stau in der Hauptreisezeit und tägliche Staus rund um die Metropolen. Von wegen auto-mobil, „selbst-beweglich“. Gibt es denn kein Mobil-sein ohne Auto? Ein paar Antworten auf diese Frage finden sich – einerseits und andererseits – auf den folgenden Seiten. W. Sch.

Foto: Joachim Röttgers/Graffiti

Der weitgereiste Erdbeerjoghurt

Über den wachsenden Güterverkehr in Europa

Von Andrea Meyer

10. Juni 2005. Auf der E42 von Stockholm nach London staut sich der Verkehr auf einer Länge von 310 km. Bei Hamburg ist ein LKW umgestürzt und blockiert 4 der 10 Spuren Richtung Südwesten. In der nahen Großstadt ist kein Mensch zu sehen. Es herrscht wieder mal Ozonalarm. . .

Utopie? Nicht ganz, zumindest dann nicht, wenn die Vorhaben von Verkehrsministerium und EG weiter wie geplant umgesetzt werden. Was in diesen Kreisen an Ideen für die Umsetzung des freien Kapital- und Warenstroms im Europäischen Binnenmarkt kursiert, scheint geeignet, unserer Umwelt endgültig den Garaus zu machen.

Allgäuer Milch in Athen

Innerhalb Deutschlands stieg von 1981 bis 1991 die Transportleistung von 123,4 Mrd. auf 205,2 Mrd. tkm (gefahrte km mal Ladung in Tonnen).

Der Anteil der Straße am Gesamttransport (Schiene, Wasser, Straße, Luft) verschob sich von 21,2 % (1970) auf 45,2 % (1990); dieser Trend setzt sich bis heute fort. Prognosen sprechen von einem Zuwachs des Güterverkehrs zwischen 20–50 % bis zum Jahr 2005.

Die Gründe für dieses immense Wachstum des LKW-Verkehrs sind zahlreich. Dadurch, daß es in Europa kaum noch Handelsbeschränkungen gibt, ist es mittlerweile selbstverständlich, bayerische Milchprodukte auch in Madrid und Athen zu kaufen.

Weil die Löhne in Polen niedriger sind, werden in Deutschland gefangene Krabben zum Puhlen dorthin gefahren, um anschließend in Deutschland verkauft zu werden. Darüber hinaus setzt die Industrie auf veränderte Produktionsmethoden, die noch mehr LKW-Verkehr erzeugen. Indem man verstärkt Einzelteile von Subunternehmen herstellen (Lean Production) und zeitgenau (Just-in-Time) anliefern läßt, werden Produktions- und Lagerhaltungskosten gespart. Nicht umsonst wird J-I-T-Produktion auch als Lagerhaltung auf der Straße bezeichnet.

Stefanie Böge vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie hat die Transportkette eines in Süddeutschland hergestellten Erdbeerjoghurts analysiert und dabei herausgefunden, daß die einzelnen Zutaten (Verpackung + Inhalt) des Erdbeerjoghurts 7695 km zurücklegen, bis sie überhaupt im Werk eintreffen. So kommen z. B. die Joghurtkulturen aus Niebüll (Schleswig-Holstein) und der Leim für die Joghurtsteigen aus Lüneburg. Umgerechnet fährt ein LKW für jedes einzelne 150g-Glas Erdbeerjoghurt zehn Meter, bevor es zum Verkauf angeboten wird. Gar nicht so wenig, wenn mensch bedenkt, daß allein 1992 900000 Tonnen Fruchtjoghurt konsumiert wurden. Der Grund für die Fahrerei ist, daß es kostengünstiger ist, z. B. Erdbeeren aus Polen herzutransportieren, als Erdbeeren aus der näheren Umgebung zu verwenden.

10 zu 1 für die Straße

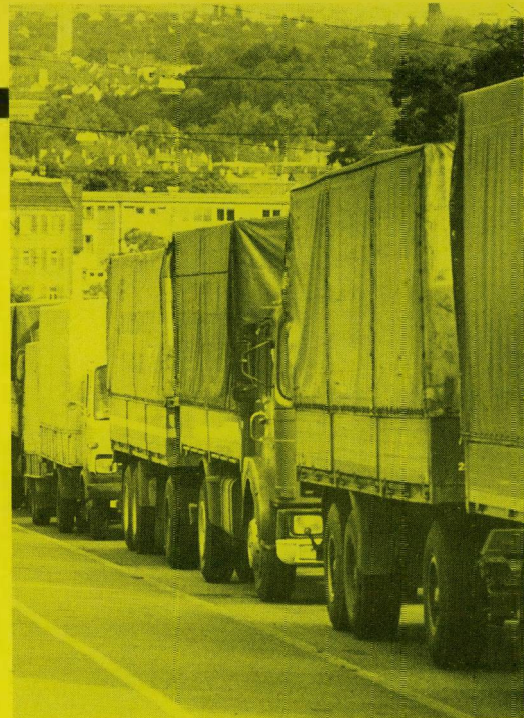
Wo jedoch der einzelne Betrieb Kosten spart, zahlt die Allgemeinheit drauf: durch mehr Staus, mehr Unfälle, mehr Luftverschmutzung und mehr Lärmbelastung. Diese „stillen“ Subventionen belaufen sich mittlerweile auf ca. 50 Mrd. DM jährlich (!). Die sozialen und ökologischen Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs (MIV) werden nicht von den VerursacherInnen, sondern von uns allen bezahlt!

Außerdem wird der MIV seit Jahrzehnten „offen“ gefördert. Von 10,- DM, die in den letzten Jahren in den Verkehr investiert wurden, wurden 9,- DM für die Straße und 1,- DM für die Schiene verwendet.

Die Auto-Lobby

Diese Förderung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Automobillobby seit Jahren intensiv Einfluß auf verkehrspolitische Entscheidungen nimmt. Mit dem bevorstehenden Anwachsen des Straßen-Güterverkehrs in Europa wird sich dieser Einfluß noch verstärken.

Neben Steuererleichterungen fordert die LKW-Lobby gemeinsam mit der PKW-Lobby neue Straßen und droht für den Fall, daß dieser Forderung nicht Folge geleistet wird, mit „massivem Arbeitsplatzabbau“. Und weil schließlich jeder siebte Arbeitsplatz am Automobil hängt, und weil ja auch bald wieder Wahlen sind, wird die Bundesregierung zur Lösung der



LKW-Verkehr. Zuwachs bis zum Jahr 2005 um 50 %?

Verkehrsprobleme in Deutschland 12000 km neue Fernstraßen bauen und gemeinsam mit anderen europäischen Ländern zahlreiche Verkehrsprojekte verwirklichen.

Kreuzungsfrei von Oslo nach Palermo

Mitte 1994 wird der Tunnel unter dem Ärmelkanal eröffnet werden. Er bringt für rd. 26 Mrd. DM immerhin 30 min. Fahrtzeitersparnis. Derzeit wird im Storebaelt in Dänemark an einer Autobahn durch die Ostsee gebaut. Auch deutsche Straßenbauvorhaben wie Wesertunnel und Ostseeautobahn sind sog. „missing links“ im europäischen Strassennetz, die neue Absatzmärkte erschließen und die „Billiglohnländer“ in Süd- und Osteuropa schneller erreichbar machen sollen. Die kreuzungsfreie Hochgeschwindigkeitsfahrt von Manchester nach Moskau und von Oslo nach Palermo ist bei solchen Plänen keine Utopie mehr.

Die Lösung?

Die LKW-Lobby setzt neben Straßenausbau auf das sog. Güterverkehrszentrum (GVZ). Wie so oft, so ist auch hier die Idee eigentlich gut, die Umsetzung im bisher einzigen GVZ der



„Lagerhaltung auf der Straße“ – Mensch und Umwelt zahlen drauf.



Eine Fabrik für Kunststoffrecycling in Jakarta

Fotos: medusa-Film

celbar sind. Das indonesische Umweltamt hat Stichproben bei den Importcontainern gemacht. Das Ergebnis: 60 % sind recycelbare Abfälle, 30 % sind nicht recycelbare Abfälle und 10 % sind gefährlicher Giftmüll. Diese 40 % nicht recycelbare Abfälle verursachen den Indonesiern monatlich Kosten von über 200 000 DM.

„Ich akzeptiere nicht das Argument, daß die Entwicklungsländer die Schuttlandeplätze werden für den Müll, den die Industrieländer produzieren. Warum verwerten sie nicht, warum recyceln sie nicht ihren eigenen Müll? Haltet die Entwicklungsländer sauber!“ Mit diesem Appell verteidigt der indonesische Umweltminister Emil Salim im Frühjahr 1993 den Importstopp. Indonesien macht sich damit zum Vorreiter einer Politik der Länder der armen Welt gegen die Müllexporte der reichen Wohlstandsländer. Vielleicht werden die anderen ASEAN-Staaten diesem Impuls folgen.

Müllexport ist keine „Entwicklungshilfe“!

Das Beispiel Indonesiens zeigt, daß Müllexporte nur eine Verlagerung der Deponien zur Folge haben. Auf diese Weise zerstören wir existierende, funktionierende Recyclingsysteme, um unsere Müllprobleme zu lösen. Wenn indonesische Fabriken unseren Müll recyceln, läßt ihr eigener Abfall die Müllhalden schneller wachsen. Die Konsequenz am Ende: 50 000 Müllsammler werden arbeitslos. Jetzt könnte man natürlich zu Recht fragen, warum nicht eine wachsende Recyclingindustrie in den Entwicklungsländern die gesamte Menge verarbeiten könnte. Leider ist das keine Lösung. Bleiben wir beim Beispiel Kunststoffe. Erstens sind die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken für indonesische Verhältnisse zwar normal, aber für unseren Standard untragbar. In riesigen Hallen sitzen hunderte Frauen auf dem Boden und sortieren für den Lohn von 2,- DM am Tag die Materialien. Arbeitsschutzbestimmungen sind die Ausnahme, Filteranlagen oder Abwasserreinigung ebenfalls. Das 'Duale System Deutschland' hat den TÜV beauftragt, die Recyclingfabriken zu überprüfen. Aber der TÜV hat nur die Aufgabe, die Quantität zu prüfen, also ob tatsächlich das angelieferte Material recycelt wird. Den technischen Standard prüft der TÜV nicht. Wir sollten hier schon mit zweierlei Maß messen. Was für ein Entwicklungsland mit seinem technischen Standard beispielhaft ist, sollte nicht für unser Müllproblem mißbraucht werden. Ein zweites Problem: Die Qualität der Recycling-Produkte entspricht nicht unseren Normen. Die Folge: Ein Reimport dieser Produkte nach Deutschland – und daraus resultierender Gewinn für die Entwicklungsländer – steht nicht zur Diskussion.

Schlußendlich sollte man sich doch auch fragen, welchen ökologischen Sinn es macht, wenn wir energieaufwendig unseren Müll fünfzehntausend Kilometer weit spazierenfahren...

Mit dem Importstopp Indonesiens ist das Problem noch lange nicht bewältigt. Andere Länder übernehmen gern das Geschäft. Die Lager in Buenos Aires, Bombay oder Sao Paulo sehen nicht anders aus – und auch die Folgen für den einheimischen Müll und die Müllsammler sind dieselben.

Franziska Strobusch ist zusammen mit Boris Terpine Autorin des Dokumentarfilms „Tukang Sampah – Meister des Mülls“. Der 45-minütige Film ist als 16mm-Kopie bei den Landesfilmdiensten ausleihbar.



Ein Müllsammler sucht nach Holz

ren nicht nur Sozialaufwendungen für die Landflüchtigen, die sich nun als selbstständige Kleinstunternehmer betätigen. Sie sparen vor allem auch Kosten für die Müllentsorgung und -deponierung.

Der Müllhandel ist ein gutes Geschäft. Allein in Jakarta holen die Sammler Wertstoffe für über 50 Mio. US-\$ aus dem Müll.

„Recycelt doch euren Müll selbst!“

Die indonesische Industrie braucht die Altmaterialien, denn neue Rohstoffe sind, wie gesagt, teuer. Anders als in Europa kostet hier die Arbeitskraft wenig und dadurch wird der Recyclingprozeß billig. Indonesische Fabriken importieren seit 1970 Kunststoffabfälle aus Euro-

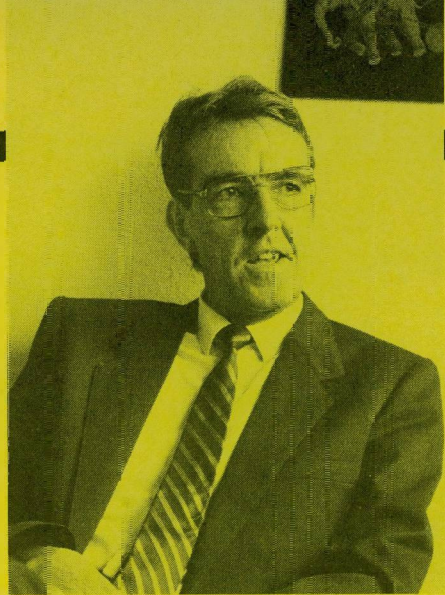
pa, den USA, Taiwan, Korea und dem mittleren Osten. Doch seit November 1992 hat Indonesien den Import von Kunststoffmüll verboten. Denn in dem Maße, in dem die qualitativ besseren Auslandsmaterialien verarbeitet wurden, blieb der einheimische Kunststoffmüll liegen. Die Sammler beklagen einen drastischen Preisverfall für Kunststoffe (50 % Preissenkung) und Altpapier. Papier darf weiter importiert werden – auch durch das 'Duale System Deutschland' – dient es doch als Argument zur Erhaltung der Wälder. Wenn die Preise aber nicht mehr interessant sind, geben die Müllsammler ihren Job auf und die nicht ausgesonderten Wertstoffe lassen die Deponien rasant wachsen.

Haushaltsmüll besteht zudem aus sehr vermischten Materialien, die nicht komplett recy-

Zum Beispiel Somalia:

Militäreinsätze und humanitäre Hilfe im Verhältnis 10 : 1

wub-Gespräch mit Dr. Hans-Otto Hahn, dem Direktor von „Brot für die Welt“, über den Bundeswehreinsatz in Somalia



wub: Herr Hahn, Sie hatten den Einsatz der Bundeswehr in Somalia als „unverantwortlich“ bezeichnet und gesagt, es sei ein „militärisches und politisches Abenteurer“. Wie kommen Sie zu einer solchen Kritik?

Hahn: Ich habe gesagt, daß der Bundeswehreinsatz in Somalia zu spät kommt. In dieser Formulierung habe ich grundsätzlich einen Bundeswehreinsatz in Somalia, um humanitär zu helfen, begrüßt. Ich habe kritisiert, daß er zu spät kommt, ich habe gesagt: Ihr hättet eigentlich im Mai 92 schon da sein müssen, als die Kirche anfang, mit einer Luftbrücke Menschen vor dem Verhungern in Somalia zu retten. Hier hätte ich mir einen glaubhaften, humanitären Einsatz der Bundeswehr vorstellen können und gewünscht.

wub: Also böse Zungen dürfen nicht behaupten, Sie als Direktor von „Brot für die Welt“ sähen in dem humanitären Einsatz der Bundeswehr einfach nur eine neue Konkurrenz und seien bloß deshalb dagegen?

Hahn: Nein, absolut nicht. Ich habe also auch klar gemacht, und versuche das immer wieder zu machen, daß humanitäre Einsätze der Bundeswehr wie auch der UN die Hilfsarbeit der Hilfswerke unterstützen und damit vergrößern und verbessern können.

Ich möchte zwei Beispiele nennen: Ich glaube, daß der Abwurf von Lebensmitteln für Hungernde in Gebieten, die nicht zu erreichen sind auf dem Landweg, etwas ist, was die Bundeswehr und die UN tun könnten. Das können zwar Hilfswerke auch, aber es ist für Hilfswerke viel zu teuer. Hier wäre eine humanitäre Aktion zu wünschen. Ein anderes Beispiel: Ich könnte mir vorstellen, daß es sich die Bundeswehr leisten könnte, Minen in Somalia oder in Kambodscha wegzuräumen. Dies ist eine notwendige, humanitäre Geste, die dann den Hilfswerken hilft, ihre humanitäre Hilfe durchzuführen. Also hier sind eindeutige Beispiele, wo die Bundeswehr ergänzend und vertiefend zum humanitären Einsatz der Hilfswerke tätig werden könnte.

wub: Aber nun macht die Bundeswehr dies alles ja gerade nicht. Sie wirft weder Lebensmittel ab, noch räumt sie Minen; sondern sie bereitet den Boden für die Stationierungen und die Versorgung neuer Truppen.

Hahn: Das ist ja eines der Dilemmata, in dem sich die Bundeswehr zur Zeit in Somalia befindet. Sie wissen ja nicht, was sie machen können. Humanitär ist jetzt nichts mehr zu tun. Im Augenblick wird in Belet-Uen von der Bundeswehr eine Schule gebaut. Da meine ich: Das können die Einheimischen selbst machen, wenn man ihnen die Handwerkszeuge gibt und auch Geld und vielleicht den einen oder anderen Experten! Das braucht keine Bundeswehr



Ein bewaffneter Soldat der Bundeswehr in Belet Uen.

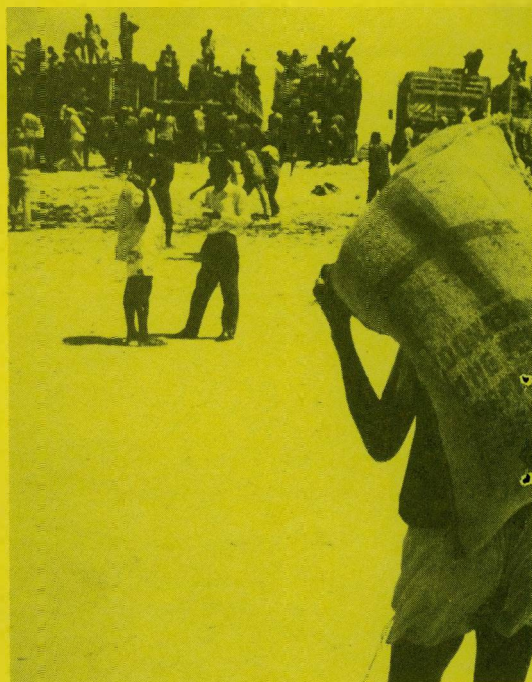
Foto: dpa

zu machen, das können auch Hilfswerke- und sogar billiger. Das, was die Bundeswehr im Augenblick in Somalia tut; humanitär ist das nicht viel, developmentpolitisch ist es falsch! Im Augenblick sitzt sie da und wartet, daß sie endlich ihren Auftrag, nämlich die Versorgung von indischen UN-Truppen durchführen kann, die aber bisher noch nicht in diesem Gebiet eingetroffen sind.

wub: Die internationalen „Ärzte ohne Grenzen“ sagen: Humanitär ist da überhaupt nichts mehr an diesem UN-Einsatz, das ist längst eine reine militärische Operation. Würden Sie dem zustimmen?

Hahn: Soweit man es im Augenblick sehen kann – vor allem wenn man nach Mogadischu blickt und dem Treiben der UN in Mogadischu zuguckt – dann muß man das sagen: Es ist ein militärischer Einsatz, der von einigen UN-Verbänden in einer Weise durchgeführt wird, die die einheimische Bevölkerung gegen sie aufbringt. Es gibt andere UN-Verbände, die dieses Vorgehen so nicht durchführen wollen, aber insgesamt ist es ein militärischer Einsatz. Auch dagegen hätte ich nichts, wenn der militärische Einsatz das Ziel hätte, zur Befriedung eines Landes beizutragen.

wub: Läßt sich das durch militärische Einsätze machen, „Befriedung“?



„Natürlich kann man neidisch werden.“ Verteilung von Nahrungsmitteln in Somalia.

Hahn: Ich würde sagen, militärische Einsätze müssen immer das letzte Mittel sein, wenn alle andere versagt hat. Denn wir wissen aus schlimmer Erfahrung, daß Krieg keine Probleme löst, sondern neue schafft. Ich könnte mir das nur als allerletztes Mittel des Einsatzes auch für eine UN-Truppe vorstellen, wenn alles andere vorher versagt hat und nicht zum Ziel geführt hat.
wub: *Der Bundeswehr geht es – nach eigener Aussage – um humanitäre Hilfe, um nichts anderes. Nun ist aber Somalia mit Sicherheit nicht der einzige Ort auf der Welt, wo „humanitäre Hilfe“ fehlt, wo Elend und Hunger herrschen. Gutes tun kann man immer und*

überall. Geht es nicht doch vielleicht um weit mehr? Wie glaubwürdig ist die Rede von der humanitären Hilfe?

Hahn: Ich glaube, man muß ganz nüchtern sehen, daß der Bundeswehreinsatz in Somalia ein Zeichen setzen sollte. Ein politisches Zeichen, das zu einer Zeit gesetzt wird, wo die Verfassungsfrage noch nicht endgültig geklärt ist. Insofern muß das, was im Augenblick in Somalia passiert, herausgenommen werden von rein humanitären Einsätzen, die die Bundeswehr auch schon in den letzten Jahren durchgeführt hat. Ich darf daran erinnern, daß wir während des Äthiopien-Konfliktes einen Abwurf von Lebensmitteln durch Bundeswehrflugzeuge in Asmara hatten. Das waren Flugzeuge, die – glaube ich – überpinselt waren. Das war ein glaubwürdiger humanitärer Einsatz. In Somalia kommt beides zusammen – dieses Politische-Zeichen-Setzen und dann so ein bißchen nachgeschobene Argumente. . . – aber ich glaube, das wichtigste ist, daß man hier einfach „facts“ schafft.

wub: *... mit der Zeit gewöhnt man sich an alles, und so nach und nach auch daran, daß deutsche Soldaten wieder außerhalb Deutschlands eingesetzt werden, auch wenn bislang, wie Sie ja auch sagten, noch nicht mal eine saubere rechtliche Grundlage besteht.*

Hahn: Das ist ein alter politischer Grundsatz, den Sie ansprechen: „Langsam gewöhnt man sich an alles“. Die Weltgeschichte zeigt, daß dies weitgehend stimmt.

wub: *Nun war ja „Brot für die Welt“ in Somalia schon aktiv, lange bevor das Land in die Schlagzeilen wegen der UN-Einsätze kam. Welche Projekte werden denn dort unterhalten?*

Hahn: Von diesem Haus hier waren wir vor den jetzigen Einsätzen mit zwei Schwerpunkten tätig: Mit Katastrophenhilfe, die das Diakonische Werk durchgeführt hat, und mit Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe, die die Aktion „Brot für die Welt“ durchgeführt hat. Im Augenblick leisten wir in Somalia praktisch keine Katastrophenhilfe mehr. Gott sei Dank ist diese Zeit vorbei. Wir sind jetzt sehr stark in die Rehabilitationshilfe hineingegangen, d. h. z. B. Wiedererrichtung des Schulsystems. Im Augenblick haben wir über 10 000 Schülern die Möglichkeit gegeben, wieder die Schule zu besuchen. Wir sind dabei, mit den somalischen Menschen Krankenhäuser wiederaufzubauen. Und wir unterhalten landwirtschaftliche Projekte, das sind also Rehabilitationsmaßnahmen bishin zu Lieferungen von Saatgut, so daß die Aussaat gemacht werden und die Ernte eingebracht werden kann. Wir sind also beim zweiten Schritt: Wenn man Katastrophenhilfe als den ersten Schritt bezeichnet, dann ist die Rehabilitationshilfe der zweite Schritt, der dann hinführt zur längerfristigen Entwicklungsphase.

wub: *Werden Sie da nicht regelmäßig neidisch, wenn Sie hören, welche enormen Summen für die militärische Hilfe ausgegeben werden?*

Diese Militäreinsätze werden enorm teuer. Nur um mal eine Zahl zu nennen: Die UN-Mitglieder, die zur Zeit in Somalia arbeiten, geben zehn mal soviel Geld für Militäreinsätze wie für humanitäre Hilfsaktionen in diesem Land aus! In konkreten Zahlen: für die Militäreinsätze 1,5 Milliarden Dollar und für die humanitäre Hilfe lediglich 166 Millionen Dollar. Das gleiche gilt auch für den Einsatz der Bundesregierung. Natürlich kann man neidisch werden.

Aber insgesamt ist Entwicklung und Katastrophenhilfe nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Partner. Entscheidend ist, wie das, was man in ein Land bringt, umgesetzt wird. Wir sind dankbar, daß wir auch in Somalia nicht nur durch eigene Mitarbeiter, sondern dadurch, daß wir auch die Leute selbst in unseren Hilfsmaßnahmen miteinspannen, gut vorankommen. Aber natürlich schaut man etwas scheel auf diese großen finanziellen und materiellen Mengen, die durch den Bundeswehreinsatz nach Somalia geflossen sind.

wub: *Ihnen liegt daran, daß die Hilfe, die jetzt geleistet wird, auch längerfristig wirkt. Ich habe unlängst gelesen, daß auch militärische Interventionen und Stationierung von Friedenstruppen eine nachhaltige Wirkung hinterlassen – allerdings negativer Art: In Kambodscha, so wurde berichtet, sei nach dem Einsatz der Friedenstruppen dort plötzlich eine enorme Dollar-Schwemme aufgetreten, und es sei im Umfeld der Militärstützpunkte so etwas wie eine „Sex-Industrie“ entstanden.*

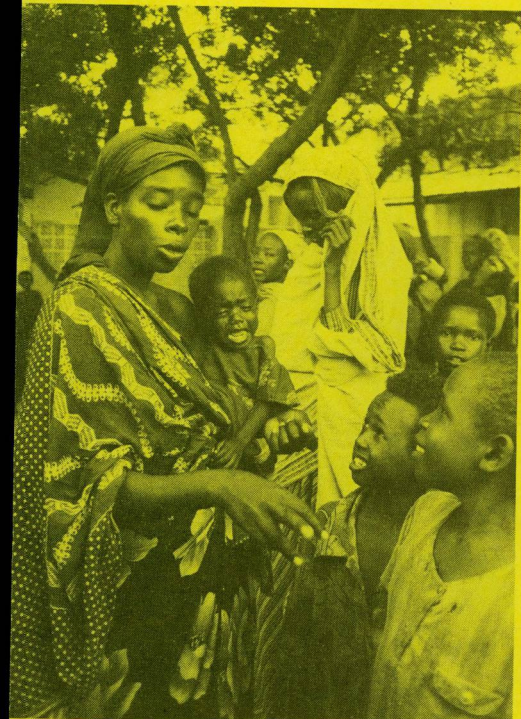
Hahn: Das ist immer der dunkle Schatten von einer Massierung ausländischen Personals in einem fremden Land. In dieser Art von dunklem Schatten sind auch Vertreter von Hilfsorganisationen dabei – da brauchen wir uns gar nichts vorzumachen. Trotzdem meine ich – selbst wenn man diese dunkle Schatten sieht, die sich ja nicht verdrängen lassen – daß doch in Kambodscha der UN-Einsatz im Vergleich zu dem augenblicklichen Stand in Somalia gut abgegangen ist. Man kann nur hoffen, daß auch in Somalia – wenn das UN-Kommando weiß, was es will und auch die UN-Verbände sich unter ein einheitliches Kommando stellen lassen – jetzt, wo der große Hunger beendet ist, die UN dazu beitragen, Strukturen zu schaffen, innerhalb derer dann eine demokratische Wahl durchgeführt werden kann. Das scheint ja in Kambodscha gelungen zu sein.

wub: *Nochmal zurück zu unserer innenpolitischen Diskussion: Man begründet ja die Forderung nach out-of-area-Einsätzen damit, daß Deutschland durch die Wiedervereinigung eine gewachsene Verantwortung in der Welt zu übernehmen habe. Können Sie sich vorstellen, daß es vielleicht sinnvollere Wege der Verantwortungsübernahme gibt, als die der militärischen Hilfe?*

Hahn: Ich bin durchaus der Meinung, daß Deutschland seine Verantwortung in der Welt wahrzunehmen hat und nicht außen vor stehen darf. Wir müssen aber aufgrund unserer leidvollen Erfahrungen prüfen, ob nicht die Wahrnehmung dieser Verantwortung im Rahmen der Instrumente, die im Augenblick gegeben sind – also UN, Nato. . . – auf eine andere Art als in der schlimmen Weise des „Auch-Krieg-Führen-Müssens“ durchgeführt werden können. Es geht mir um die Frage, ob es hier Modelle gibt, in denen der Einsatz und die Beteiligung unseres Landes an friedenserhaltenden Maßnahmen möglich ist, ohne daß diese Anstrengungen irgendwann zu einem Krieg werden, wie wir es im Augenblick in Somalia haben, oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen, wie es sie im Golfkrieg gab. In dieser Richtung sollten wir überlegen, ob wir nicht einen Akzent setzen sollen, wenn wir an unsere weltweite Verantwortung denken.

wub: *Herr Hahn, herzlichen Dank.*

Das Interview führte (am 30.9.93) Werner Schulz.



Frau mit Kindern in Somalia

Foto: Brot für die Welt

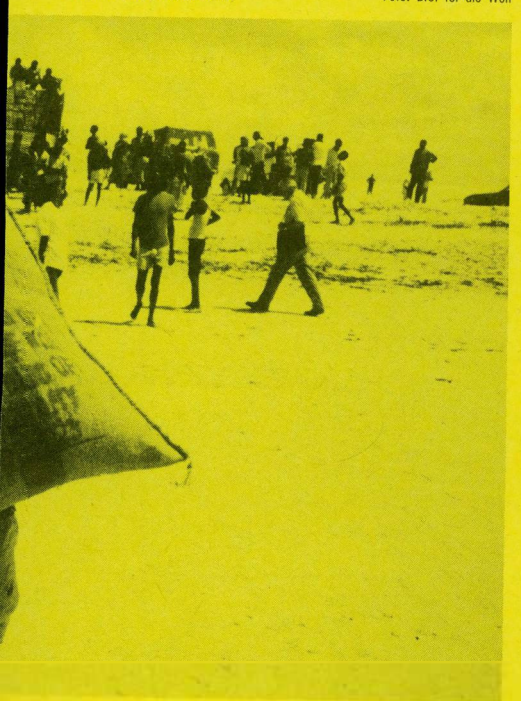


Foto: Brot für die Welt

Kredite der Reichen an die Armen:

Mehr als Geld und Zinsen

IWF und Weltbank werden 50 Jahre alt

Von Peter Wahl

In Europa tobte noch der zweite Weltkrieg, als 1944 in dem kleinen Erholungsort Bretton Woods in den USA die Planungskonferenz für die Schaffung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank stattfand.

Nächstes Jahr werden die Zwillinge von Bretton Woods ein halbes Jahrhundert alt. Aber nicht deswegen machen sie seit einiger Zeit Schlagzeilen. Vielmehr sind es zweifelhafte Projekte, wie z. B. der Mammut-Staudamm im indischen Narmada (s. wub 1/92), die vor allem die Weltbank wieder ins Gerede gebracht haben. Dabei werden über die Kritik an Einzelprojekten hinaus zunehmend Mandat, Struktur und Arbeitsweise von IWF und Weltbank in Frage gestellt.

internationalen Institution der Entwicklungspolitik zu werden, die nicht nur Kredite vergibt, sondern auch weltweit die Leitlinien von Entwicklung definiert. Der entwicklungspolitischen Führungsrolle der Weltbank haben UN-Entwicklungseinrichtungen wie UNCTAD, UNDP etc. heute ebenso wenig etwas entgegenzusetzen wie die EG oder einzelne Regierungen.

Schuldenkrise geschickt genutzt

Für den IWF kam die große Chance mit Ausbruch der Schuldenkrise des Südens Anfang der 80er Jahre. Damals wurden Entwicklungsländer reihenweise zahlungsunfähig und der IWF konnte endlich mal seines Amtes walten.



Zeichnung: Germond Mester

Ursprünglich hatte man der Weltbank (eigentlich Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – IBRD) die Aufgabe zugewiesen, die Finanzierung des Wiederaufbaus im zerstörten Europa zu organisieren. Der IWF sollte die internationalen Wechselkurse kontrollieren und schnell mit Krediten einspringen, wenn ein Land in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geriet. Damit sollten internationale Kettenreaktionen, die bei der Weltwirtschaftskrise von 1928 so verhängnisvoll gewesen waren, vermieden werden.

Europa war aber rascher wiederaufgebaut als erwartet und angesichts der wirtschaftlichen Prosperität im Westen mußte die Währungsfeuerwehr IWF nicht eingreifen. Weltbank und IWF erlitten einen deutlichen Bedeutungsverlust.

Die Weltbank stellte sich als erste um und konzentrierte sich zunehmend auf die Entwicklungsländer. Sie schaffte es, zur bedeutendsten

Doch das finanztechnische Krisenmanagement erwies sich schnell als unwirksam. Das kam nicht überraschend, denn die Schuldenkrise ist keine kurzfristige Liquiditätskrise, sondern hat strukturelle Ursachen, die primär in den ungerechten Nord-Süd-Beziehungen liegen.

Auch der IWF und die Weltbank erkannten strukturelle Ursachen, aber ausschließlich bei den Entwicklungsländern. Die Verantwortung der Banken im Norden, das eigene Versagen beim rechtzeitigen Erkennen der Schuldenkrise, die strukturelle Ungleichheit in den Nord-Süd-Beziehungen freilich wurden ignoriert.

Stattdessen wurden den Entwicklungsländern Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen, die voll und ganz den wirtschafts- und ordnungspolitischen Vorstellungen des Neoliberalismus entsprachen, wie sie sich mit der Reagan Administration auch in IWF und Weltbank durchgesetzt hatten. Wichtigstes Ziel ist die Einbindung des betreffenden Landes in



Nicht alle Weltbankprojekte sind so unumstritten wie die Investitionen in die Bildung

den Weltmarkt, wo – so das neoliberale Dogma – das freie Spiel der Kräfte schon alles richten und eine Gesundung der Volkswirtschaft, Wachstum und Entwicklung herbeiführen würde.

Zwecks Weltmarktintegration sehen die Strukturanpassungsmaßnahmen vor: umfassende Deregulierung, Kürzungen in den Staatshaushalten (und dort natürlich vor allem im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbudget), Privatisierung, Liberalisierung des Außenhandels und monetaristische Geldwertstabilitätspolitik (hohe Zinsen, Lohnstopp etc.).

Strukturanpassung à la IWF (das Konzept wurde von der Weltbank übernommen) bedeutet eine Roßkur für die betroffenen Volkswirtschaften, deren Kosten in erster Linie die wirtschaftlich und sozial Schwachen bezahlen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Durchführung der Strukturanpassungsmaßnahmen periodisch von Protesten und Hungerrevolten begleitet ist und in vielen Fällen nur durchgesetzt werden konnten, wenn ein autoritäres oder diktatorisches Regime dahinter stand.

Aber selbst unter diesen Bedingungen sind die „Erfolge“ der Strukturanpassung sehr zweifelhafter Natur. In vielen Fällen, vor allem in Afrika, verfehlen die Programme die selbstgesteckten Ziele vollständig. In anderen Fällen, wo – wie in Chile – Fortschritte bei der Integration in den Weltmarkt gemacht wurden (nicht zuletzt dank der Pinochet-Diktatur), stellt sich heraus, daß „Erfolge“ schnell zu neuen Problemen werden. So z. B. wenn Exportsteigerungen bei Agrarprodukten dazu führen, daß die Preise auf dem Weltmarkt sinken.

Gleichzeitig hat die Orientierung auf den Weltmarkt zu einem rasanten Anstieg von Rohstoffexporten geführt, was in vielen Fällen (z. B. Holz) schwere ökologische und volkswirtschaftliche Schäden verursacht.

Interne Kritik

Unter dem Eindruck der Fehlschläge und öffentlicher Kritik hat die Weltbank interne Untersuchungen angestellt, um die Effizienz ihrer Projekte zu überprüfen. Das Ergebnis verschiedener Reports ist niederschmetternd: Weltbankprojekte sind demnach in ihrer Mehrzahl nicht nur durch und durch unsozial, sondern auch umweltschädlich und führen zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen, z. B. im Falle von Zwangsumsiedlungen.

Angesichts dessen wird derzeit der Ruf nach einer Reform der Weltbank immer lauter.

Dabei stehen die undemokratischen Strukturen und die mangelnde Transparenz immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Da für die Stimm-

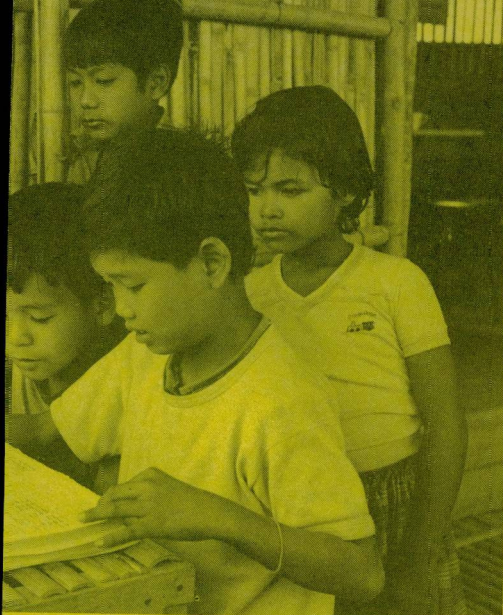


Foto: UNHCR

verteilung nicht das UN-Prinzip „Ein Land – eine Stimme“, sondern das Aktionärsprinzip „Ein Dollar – eine Stimme“ gilt, haben die Industrieländer entsprechend ihren Einlagen über die Hälfte der Stimmen. Allein die USA haben 19 % und die zweitstärksten, Japan und die Bundesrepublik je 6 %, während die Entwicklungsländer alle zusammen, gerade auf ein Drittel kommen. Gleiches gilt für den IWF.

Das heißt aber nun keineswegs, daß die Politik von IWF und Weltbank wenigstens in den Industrieländern nach demokratischen Spielregeln funktionieren würde. Der deutsche Exekutivdirektor in der Weltbank z.B. unterliegt praktisch keiner parlamentarischen Kontrolle, geschweige denn, daß in der Öffentlichkeit jemand wüßte, welche Politik er in der Bank betreibt.

Alternativen sind gefragt

Reformen hätten also zuerst einmal das beträchtliche Defizit zu beseitigen und für Transparenz und demokratische Kontrolle zu sorgen. Darüber hinaus aber wären auch die herrschenden Leitbilder für Entwicklung und die ihnen zugrunde liegenden ökonomischen Modelle zu hinterfragen. Denn zu einer Entwicklung, die nur quantitativ am Wachstum des Sozialprodukts gemessen wird, Umweltverträglichkeit, Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit aber ausblendet, kann man nur sagen: nein danke. ■

Peter Wahl ist Mitarbeiter der Bonner Organisation „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung – WEED“.

Money, money...

Die größten Kreditempfänger der Weltbank sind

- Indien (800 Mio. Dollar für versch. Bereiche)
- Algerien (200 Mio. Dollar für Wohnungsbau)
- Ghana (141 Mio. Dollar für Transport u. Erziehungsbereich)
- China (147 Mio. Dollar für Landwirtschaft)
- Malaysia (141 Mio. Dollar für Erziehungswesen)
- Mexiko (254 Mio. Dollar für Arbeitsmarkt u. Schulen)

Für das bis zum Juni 1994 laufende Geschäftsjahr rechnet die Weltbank mit einer Kreditvergabe von insgesamt 27 Milliarden Dollar.

Abschottung gegen Flüchtlinge?

„Offensichtlich unbegründet“

Die ersten Auswirkungen des neuen Asylrechts

Von Herbert Leuninger

Seit dem 1. Juli 1993 gilt das neue Asylrecht. Ob jemand verfolgt ist, vor Krieg und Bürgerkrieg geflohen ist, in der Heimat Folter erlitten hat – es ist egal. Ist er über einen angeblich „sicheren Drittstaat“ eingereist, wird er zurückgeschoben. Und dies sind alle Nachbarländer Deutschlands. Auch auf Flüchtlinge, die aus einem angeblich „sicheren Herkunftsland“ kommen, wartet ein kurzer Prozeß. Sichere Herkunftsländer sind nach Meinung des Deutschen Bundestages: Bulgarien, Gambia, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn. Auch über Asylanträge von Flüchtlingen ohne gültige Papiere (Visa, Pässe) wird im Schnellverfahren entschieden. Viele Flüchtlinge werden zu Unrecht abgelehnt, wie die ersten Entscheidungen von Verwaltungsgerichten und dem Bundesverfassungsgericht zeigen.

Beispiel Togo

Am 1. Juli 1993, dem ersten Tag nach Inkrafttreten des neuen Asylrechts, landet ein Flugzeug mit einem togolesischen Flüchtling an Bord auf dem Frankfurter Flughafen. Noch vor der offiziellen Einreise wird er vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge angehört. Bereits am 4. Juli 1993 hat er den Ablehnungsbescheid in den Händen: „offensichtlich unbegründet“ entscheidet das Bundesamt im Schnellverfahren. Drei Tage hat sein Rechtsanwalt nun Zeit für die Klage vor dem Verwaltungsgericht. Auch dort das Urteil: „offensichtlich unbegründet“. Nach dem Asylver-



Aufbau von „Asylcontainern“ am Münchener Flughafen

Foto: argum

fahrensgezet muß er die Bundesrepublik umgehend verlassen. Seine einzige Chance: eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Der erste unter das neue Asylrecht fallende Flüchtling erringt einen Teilerfolg: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 27. Juli 1993: Die Verfassungsbeschwerde sei „weder unzulässig noch offensichtlich unbegründet“. Das Verwaltungsgericht habe die Ablehnung auch darauf gestützt, es lägen in diesem Fall keine Abschiebungshindernisse vor. Der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik (UNHCR) hat jedoch in seiner Stellungnahme vom 7. Juli 1993 erklärt, daß „im Falle einer Abschiebung nach Togo die“ – also alle – „betroffenen Personen einer konkreten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt wären“. Die Feststellung des Verwaltungsgerichts sei „nicht nachvollziehbar“, ur-

Fortsetzung nächste Seite



Im Januar 1991 hatten von der Abschiebung bedrohte Flüchtlinge die Tübinger Stiftskirche besetzt.

Foto: J. Rötgers/graffiti

Fortsetzung von S. 19

teilt das Verfassungsgericht. (AZ: 2 BvR 1516/93) Der Flüchtling darf vorläufig nicht einreisen.

21 Tage wurde er bis dahin am Frankfurter Flughafen festgehalten. Das Szenario ist bedrückend. Asylantragsteller sind auf dem Flughafengelände in einem Gebäude fernab des Terminals untergebracht. Wer dieses Gebäude C 183 besuchen will, muß sich zunächst einer Einlaßprozedur unterziehen, bevor er überhaupt auf das Flughafengelände gelangt. Das Gebäude C 183 erweckt den Eindruck einer Militäranlage. Vor der Rampe, die das Gebäude umgibt, stehen in den ersten Juliwochen Jeeps, Kleinbusse und Panzerspähwagen des BGS. Ein mit einer Kanone bestücktes Panzerfahrzeug ist fast ständig besetzt. Auf der Rampe patrouillieren Beamte des BGS, die zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet sind. Über eine Treppe gelangen Anwälte zu einer Glastür mit Pforte und Sprechanlage. Rechtsanwälte haben vor der Tür zu warten. Mandanten werden vorgeführt. Die notwendige Besprechung zwischen Flüchtling und Anwalt findet in einem Nebengebäude statt.

Dahin werden Anwälte und Mandanten von BGS-Beamten eskortiert. Im fensterlosen Sprechzimmer rauscht störend ein Ventilator. Die BGS-Beamten postieren sich vor der Tür. Wie soll unter solchen Umständen, die einer Haftsituation ähnlich sind, ein faires und rechtsstaatliches Verfahren durchgeführt werden? Ist es mit der Menschenwürde vereinbar, übermüdete und verunsicherte Flüchtlinge mit einer solchen Machtdemonstration des Grenzschutzes zu konfrontieren?

Entscheidend: Der Fluchtweg

Seit dem 1. Juli 1993 gilt: Entscheidend ist nicht mehr der Fluchtgrund, sondern der Fluchtweg. Dies ist der Kern des neuen Asylrechts. Für das, was dann geschieht, lehnt man jede Verantwortung ab. Zum Beispiel droht Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Kettenabschiebung. Sie haben in Österreich keine Chance. Denn für Österreich sind Slowenien und Kroatien „sichere Drittstaaten“. Um die



Matz-Karikatur zum Thema „Asyl“ in der wub-Ausgabe 2/1988

Flüchtlinge wirklich zu schützen, müssen wir fordern:

- die volle Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention. Kettenabschiebungen verstoßen gegen die Konvention.
- eine sorgfältige und umfassende Prüfung der Asylanträge.
- die Aussetzung der Eilverfahren an den Flughäfen. Denn eine sorgfältige Prüfung ist im Schnellverfahren nicht möglich.
- faire und rechtsstaatliche Gerichtsverfahren, in denen das Verwaltungshandeln überprüft wird. In vielen Fällen verlaufen Verfahren heute unfair und rechtsstaatswidrig.
- ein entschiedenes politisches Vorgehen zur Beseitigung der Fluchtursachen. Zum Beispiel ist die Türkei NATO-Partner, Mitglied des Europarates und Unterzeichnerin der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Bundesregierung hätte also politische, diplomatische und juristische Möglichkeiten, gegen die Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei vorzugehen. Doch sie unternimmt nichts und liefert sogar noch Waffen, die benutzt werden im Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung.

Der Autor ist Sprecher von Pro Asyl e. V.

BRIEFE AN DIE WUB-REDAKTION

Sehr geehrte Redaktion! Ich bin der älteste ZDLer 1961 in Bethel. Ich habe eine gewisse Motivation den Wub zu lesen, fiel mir auf, daß in der wub der Name JESUS und der christliche Waffenverbot vorkommt. Das Heft ist für mich als Flüchtling kaum zu erkennen. Ich bin ein Flüchtling. E. Dieb Heimlich

wub 1/88: Alle evangelischen halten die wub.

Ich selber habe wub als ZDL gefunden. Ich finde diese Zeitschrift wirklich gut. Um so mehr beunruhigt mich die Abnahme innerhalb der Vertriebsgebiete. (...) Nun werden alle evangelischen mit wub beglückt, ob sie es wollen oder nicht! So werden sicher viele Zeitschriften ungelesen beim Altpapier in die Mülleimer geworfen. Das ist sehr wunderbar, da

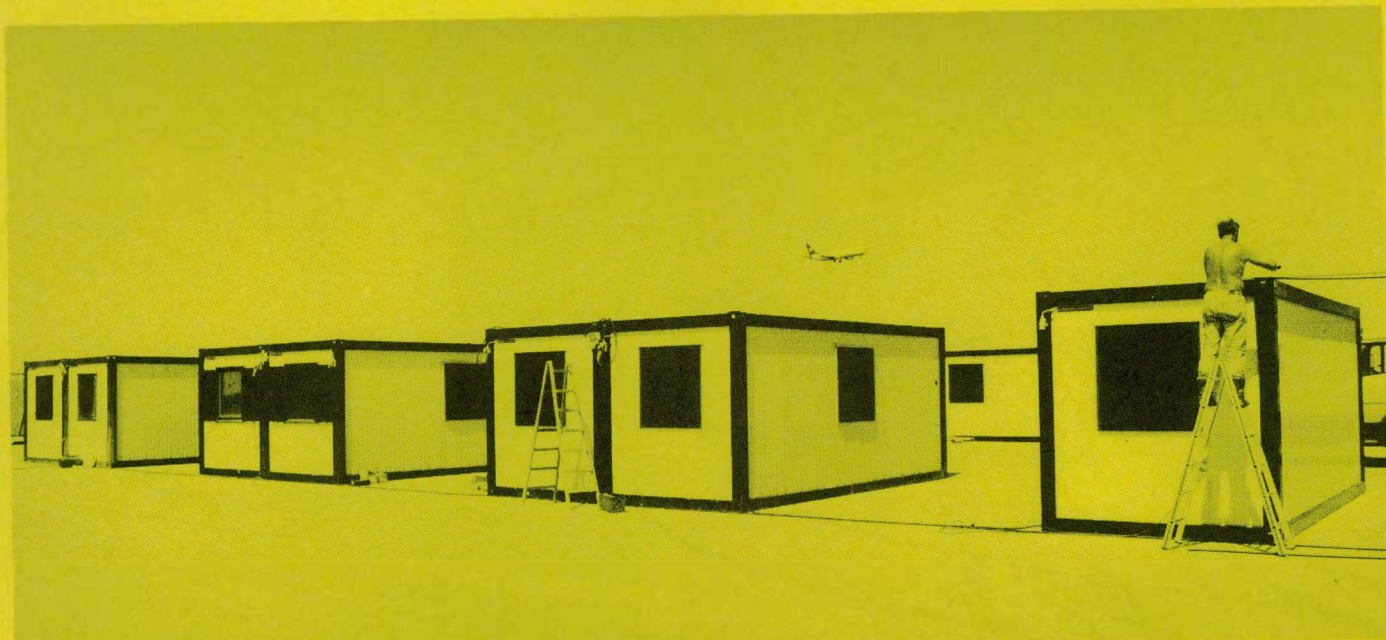
Flüchtlinge weltweit

Die Anzahl der Flüchtlinge ist in den letzten zwei Jahrzehnten um das Neunfache angestiegen. Es sind nach Angaben der UN-Hochkommissarin für Flüchtlingswesen weltweit ungefähr 19 Millionen. Mehr als drei Viertel aller Flüchtlinge leben in der Dritten Welt. Ein weltweiter Überblick ergibt folgendes Bild:

- 32,46 % bleiben in Afrika
- 31,82 % bleiben im mittleren Osten
- 13,34 % bleiben in Süd- und Mittelasien
- 13,13 % bleiben in Osteuropa (incl. GUS)
- 0,61 % bleiben in Lateinamerika und in der Karibik
- 3,89 % gehen in EG-Länder
- 1,67 % gehen nach Westeuropa (außer EG)
- 0,81 % gehen nach Nordamerika
- 0,14 % gehen nach Australien.

12 der Dritte-Welt-Staaten – Iran, Pakistan, Malawi, Sudan, Guinea, Äthiopien, Zaire, Mexico, Tansania, China, Burundi und Indien – sind die größten Zufluchtsorte für die Flüchtlinge.

Quelle: Peace Courier 7/8/93



Oft wochenlang werden Asylbewerber in solchen Containern neben dem Rollfeld festgehalten. Der Fluglärm – hier auf dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen, München – ist unerträglich.

Foto: F. Heller/argum

UNO-Truppen gegen Fremdenhaß in Deutschland?

Einsatz türkischer Eliteeinheiten am Rhein geplant?

Ein äußerst brisantes Schriftstück wurde der wub-Redaktion vor wenigen Tagen von der Redaktion „Shalom“¹⁾ zugespield: Es handelt sich um den bislang geheimgehaltenen Entwurf der Resolution Nr. fünfvorzwölf des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir drucken den Text, der noch vor Jahresende verabschiedet werden soll, hier in leicht gekürzter Form ab:

„Der Sicherheitsrat

- erinnert an die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta, denen zufolge - in Verbindung mit den Verträgen von Potsdam - alle Naziorganisationen und alle Nazi-Nachfolgeorganisationen effektiv aufzulösen sind;

- stellt fest, daß die deutsche Regierung keine effektiven Maßnahmen ergriffen hat, dieses Grundprinzip der UNO-Charta zu gewährleisten und also gegen ihre Verpflichtungen als UNO-Mitglied in besonders grober Weise verstoßen hat und ständig weiter verstößt;

- erklärt insbesondere seinen Abscheu gegenüber der seit über einem Jahr anhaltenden nahezu unbehelligten Einschüchterungs-, Brand- und Mordkampagne deutscher Nazibanden gegen Minderheiten, insbesondere Einwanderer und Flüchtlinge; (...)

- beschließt, um diesen Forderungen der Völkerfamilie Nachdruck zu verleihen, ein Ultimatum von dreißig Tagen, gerechnet ab heute; sowie ab sofort die folgenden vorläufigen und abgestuften Sanktionen:

- Um die Logistik der hochbeweglichen nazistischen Mörderbanden lahmzulegen, gilt ab sofort bis zu einem neuen Beschluß des Sicherheitsrates ein absolutes Fahrverbot auf allen deutschen Autobahnen und Bundesstraßen, das von alliierten Luftstreitkräften in Absprache mit dem Generalsekretär überwacht wird;

- Da Teile der deutschen Sicherheitskräfte ganz offensichtlich mit den Mördern sympathisieren, untersagt die Weltgemeinschaft diesen deutschen Sicherheitskräften ab sofort jede weitere Tätigkeit beim Schutz von Einwanderern und Flüchtlingen. Dieser Schutz wird ab sofort von UNO-Sicherheitskräften übernommen, die zunächst und bis auf weiteres nur zu friedenserhaltenden Maßnahmen ermächtigt sind;
- Der Sicherheitsrat akzeptiert besonders dankbar das Angebot der Türkei, Eliteeinheiten für die Sicherheit der Fluglogistik der alliierten Streitkräfte in Deutschland bereitzustellen;

- Er begrüßt ferner besonders dankbar das Angebot mehrerer Mitgliedsländer, deren Staatsangehörige wegen ihrer Abstammung und Hautfarbe zu den besonderen Zielscheiben der nazistischen Banden geworden sind, Truppen für diese Friedensmission nach Deutschland zu entsenden; er begrüßt insbesondere das entsprechende Angebot Vietnams, das nach seiner Wiedervereinigung seine dadurch gewachsenen Verantwortung mustergültig wahrnimmt;

- Er bedankt sich herzlich für entsprechende Angebote aus Rußland, stellt sie aber aus historischen Gründen vorläufig zurück, um alle Möglichkeiten einer Deeskalation optimal ausschöpfen zu können;

- Der Sicherheitsrat ermächtigt die zur Überwachung des Fahrverbots eingesetzten Luftstreitkräfte bei Verstößen gegen Buchstaben und Geist dieser Resolution, Autobahnen und Bundesstraßen mittels chirurgisch eingesetzter Präzisionsraketen (Luft-Boden-Raketen) ver-



ZEICHNUNG: MÖRTEL

kehruntauglich zu machen; Angriffe gegen Fahrzeuge und Menschen gehören noch nicht zu den von dieser Resolution gedeckten Maßnahmen in der Phase vor Ablauf des Ultimatums;

- Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Entschlossenheit, nach Ablauf des Ultimatums erneut zusammenzutreten und aufgrund eines Berichts des Generalsekretärs darüber zu befinden, ob seine Beschlüsse von Deutschland vollinhaltlich und ohne jede Winkelzüge und Täuschungsmanöver erfüllt worden sind oder nicht; sollte er zu einem negativen Votum kommen, so erklärt er bereits jetzt, daß er dann zu friedensschaffenden Maßnahmen in Deutschland schreiten wird, wobei die Völkerfamilie ermächtigt wird, alle notwendigen Mittel zum effektiven Schutz der verfolgten Minderheiten und zur effektiven Ausschaltung aller Nazibanden zu ergreifen.“

Anmerkung

Wie aus diplomatischen Kreisen verlautete, hat der deutsche UN-Vertreter bereits heftig gegen den Wortlaut der Resolution protestiert, weil dort „vereinzelte Initiativen gegen Überfremdung“ völlig unsachgemäß als „kollektive Gefährdung durch Nazibanden“ dargestellt würden.

¹⁾ „Shalom“ ist ein Informationsblatt für die Arbeit im Konziliaren Prozeß im Bereich der Evang. Kirche von Westfalen. Bezug kostenlos bei: Arbeitsstelle Konziliarer Prozeß der EKvW, Iserlohrerstr. 25, 58239 Schwerte

Japan nach den Wahlen

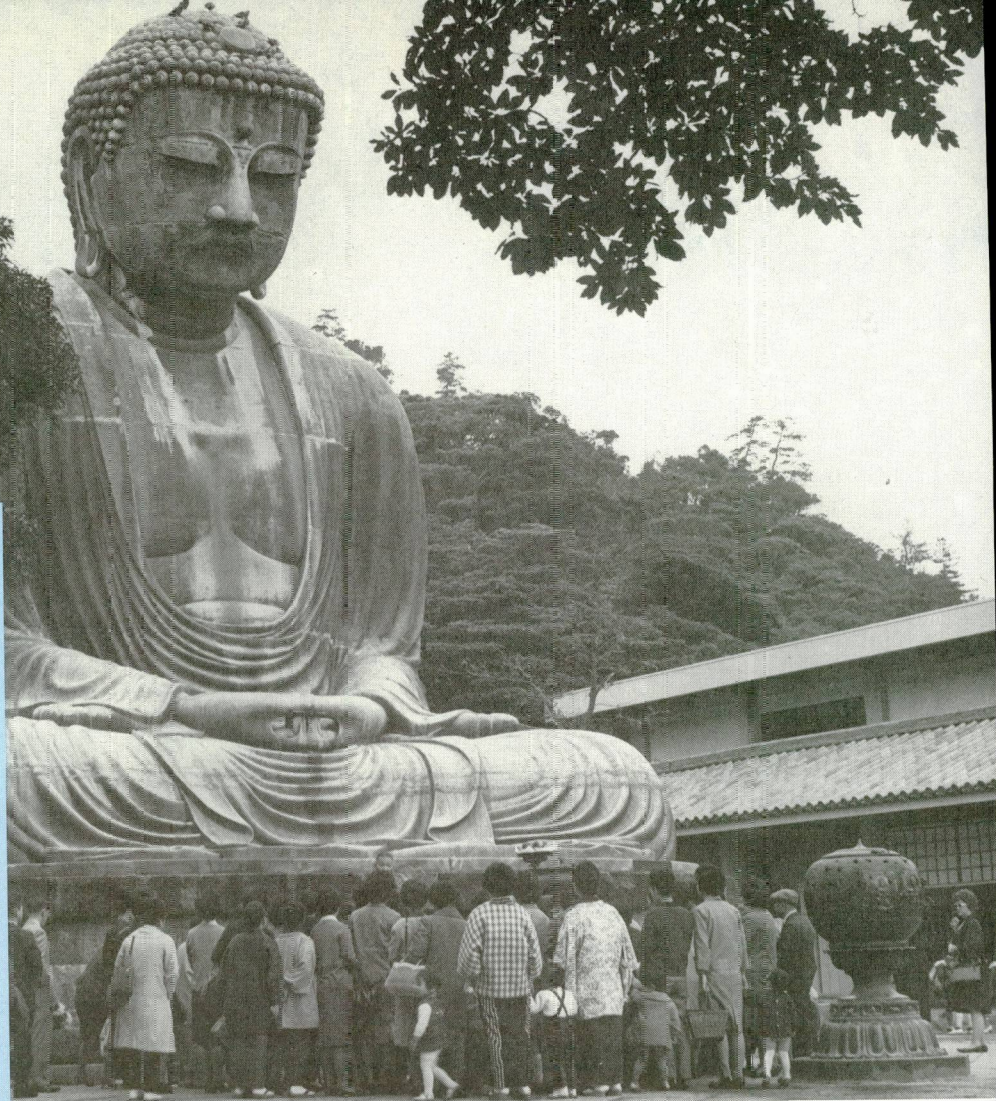
Hoffen auf saubere Politik



Teruhiro Maruyama ist 29 Jahre alt, seine Frau Chie 33 Jahre. Das frisch verheiratete Ehepaar wohnt in Fujimi, einer Stadt von ca. 40.000 Einwohnern, die etwa 50 km nordwestlich von Tokyo in der Präfektur Saitama liegt. Teruhiro und Chie haben vor kurzem eine Wohnung in einem neu errichteten Apartmentblock bezogen, der von seinem Besitzer „Sweet Dream“ genannt wird. Für diesen „süßen Traum“, der inklusive Küche drei Räume umfaßt und ca. 45 qm mißt, zahlen die beiden monatlich 1300 DM.

Teruhiro arbeitet in einer Druckerei in Tokyo, ziemlich in der City. Er ist dort für die gesamte EDV-Anlage verantwortlich. Nebenberuflich gibt er einen Wirtschaftsinformationsdienst für ausländische Unternehmen heraus, für den Chie ihm bei den Übersetzungen behilflich ist. Um an seinen Arbeitsort zu gelangen, muß Teruhiro eine knapp einstündige Bahnfahrt auf sich nehmen. Meist sind die Züge überfüllt, so daß er stehen muß. Teruhiro verläßt die Wohnung normalerweise gegen 7.00 Uhr am Morgen und kehrt nicht vor 20.00 Uhr zurück. Anschließend sind oft noch Arbeiten für den Informationsdienst fällig. Sein Urlaub bemißt sich auf etwa 2 Wochen pro Jahr.

Von Guido Grünewald



Magnetischer Anziehungspunkt für Touristen – der Kupfer-Buddha von Kama Kura

Foto: IFA

Mit Politik haben Teruhiro und Chie nicht viel im Sinn. Zwar interessieren sie sich durchaus dafür, was sich in der Welt ereignet. Teruhiro z. B. hört mit seinem Weltradio regelmäßig ausländische Sender. Die nationale Politik erscheint den beiden allerdings unbeweglich und korrupt. Damit stehen sie nicht alleine. 70 Prozent aller JapanerInnen waren im Frühjahr 1993 der Ansicht, die nationale Politik spiegele den Volkswillen kaum oder gar nicht wider.

Als ich Chie und Teruhiro Ende Juli dieses Jahres besuchte, begann sich ihre Einstellung allerdings zu ändern. Damals zeichnete sich erstmals nach 38 Jahren ein Regierungswechsel in Japan ab. Chie und Teruhiro blieben zwar skeptisch, ob die neu zu bildende Regierung wirklich grundlegende Reformen durchsetzen würde, waren aber zunächst einmal bereit, ihr einen Vertrauensbonus einzuräumen.

Aussicht auf Wandel

Die Wahlen vom 18. Juli 1993 könnten tatsächlich eine Zäsur in der japanischen Nachkriegsgeschichte bilden. Im System des kalten Krieges war die japanische Politik von zwei Parteien dominiert worden, der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und der Sozialistischen Partei Japans (heute Sozialdemokratische Partei Japans = SDPJ), wobei die Konservativen mit einer Ausnahme die Regierung stellten und die Sozialisten die wichtigste Oppositionspartei bildeten.

Die LDP entstand 1955 durch den Zusammenschluß zweier konservativer Vorkriegsparteien. Sie etablierte ihre führende Position durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik sowie durch ihre enge Bindung an die USA. Die LDP-Regierungen verstanden sich als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Die SDPJ hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit gute Chancen, spaltete sich jedoch 1951 über die Frage des Friedensvertrags von San Francisco mit den USA. Zwar vereinigten sich der linke und rechte Flügel 1955 erneut, doch vermochte die Partei auch anschließend nicht mit einer Stimme zu sprechen. Nachdem der Kampf gegen den US-Japanischen Sicherheitsvertrag verloren war, nahm der Einfluß der SDPJ – von kurzfristigen Zwischenhochs abgesehen – kontinuierlich ab.

Diese Konstellation – auch System von 1955 genannt – mit der LDP als „ewiger“ Regierungspartei und einer chancenlosen Opposition führte zu einer Erstarrung der japanischen Politik.



Friedensdemonstration in Hiroshima: Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine Ver...

Zwar kam es im Parlament manchmal zu scharfen Kontroversen zwischen Regierung und Opposition, doch wurde die tatsächliche Politik von einem „eisernen Dreieck“ aus LDP, Wirtschaft und Ministerialbürokratie bestimmt. Die Wirtschaft versorgte die LDP mit Geldern für den Wahlkampf und forderte dafür Stabilität und wirtschaftspolitische Abstimmung. Jährlich flossen über den Unternehmerverband Keidanren etwa 12 Milliarden Yen an die LDP, in Wahljahren auch mehr. Die Politiker schanzten den spendenden Unternehmen durch Einflußnahme auf die Bürokratie popularitätssteigernde öffentliche Aufträge in ihren Heimatprovinzen zu. Die Bürokratie spielte mit, um für ihr Ressort größere Budgets und damit mehr Macht zu sichern.

Korruption und organisiertes Verbrechen

Vorprogrammiert war in diesem System auch massive Korruption. Bis vor kurzem schienen die Japaner dies allerdings gelassen hinzunehmen. Zwar stürzte 1976 Ministerpräsident Tanaka über den sogenannten „Lockheed-Skandal“, doch war die Loyalität der lokalen Stammwähler zu „ihrem“ Abgeordneten gewöhnlich stärker. Noch der „Recruit-Cosmos“-Skandal von 1988–90 (eine Reihe von Spitzenpolitikern hatte 1988 durch Erwerb von Aktien dieses Unternehmens, bevor es an der Börse notiert wurde, Riesengewinne eingestrichen) war nach dem gleichen Muster verlaufen. Erst als im vergangenen Jahr bekannt wurde, daß die Transportfirma Sagawa Kyubin, die Verbindungen zum organisierten Verbrechen hat, in den 80er Jahren insgesamt rund 1 Milliarde DM an 130 Parlamentarier – unter ihnen drei ehemalige Ministerpräsidenten sowie der Führer der mächtigsten LDP-Fraktion Shin Kanemaru – gespendet hat und daß Kanemaru, ebenso wie der ehemalige Ministerpräsident Takeshita, mit einer rechtsradikalen Partei geheime Absprachen getroffen hatte, war die Geduld der Öffentlichkeit zu Ende. Hinzu kam das gebrochene Versprechen der Regierung, die lange versprochenen politischen Reformen durchzusetzen. Durch Abspaltung von der LDP bildeten sich neue konservative Parteien, deren Abgeordnete der Regierung das Vertrauen entzogen und Neuwahlen erzwingen.



Japanische Bäuerin in einem Reisfeld

Foto: IFA

Bei den Wahlen vom 18. Juli verlor die LDP zwar 10 Prozent der Stimmen, blieb mit 223 Parlamentssitzen aber dennoch die stärkste Partei. Gewinner der Wahl waren die Japanische Erneuerungspartei (Shinseito), die Neue Partei Japans (JNP) und die parlamentarische Gruppierung Sakigake, die aus dem Stand zusammen 103 Mandate gewannen. Eindeutiger Wahlverlierer waren die Sozialdemokraten; sie konnten nur 70 ihrer bisher 136 Sitze behaupten. Die neuen konservativen Parteien bildeten gemeinsam mit der buddhistischen Komeito-Partei und der SDPJ sowie einiger kleineren Parteien eine Koalitionsregierung. Neuer Ministerpräsident wurde Morihiro Hosokawa von der Neuen Partei Japans, der früher Gouverneur der Provinz Kumamoto gewesen war.

Festhalten an der nichtmilitärischen Politik

Was erwarten Chie und Teruhiro von der Regierung Hosokawa? Zunächst einmal eine Politik, die auch die Bevölkerung an dem von der Industrie produzierten Reichtum teilhaben läßt: Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs, Verbesserung der sozialen und kommunikativen Infrastruktur (japanische Städte besitzen z. B. kaum Grünanlagen), eine Senkung der Arbeitszeit, niedrigere Konsumentenpreise durch Marktöffnung sowie einen Stopp der Inflation bei Mieten und Immobilien. Darüber hinaus wünschen sie sich, daß die neue Regierung von außenpolitischen Abenteuern Abstand nimmt und an der nichtmilitärischen Politik der Nachkriegszeit festhält. Außerdem fordern Sie eine radikale Wahlrechtsreform sowie ein Verbot von Spenden wirtschaftlicher Vereinigungen an Politiker und Parteien.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Erwartungen erfüllen werden. Einerseits verfügt die neue Regierung nur über eine knappe parlamentarische Mehrheit. Außerdem setzt sie sich aus recht unterschiedlichen politischen Kräften zusammen. Vor allem die Sozialdemokraten werden sich schwer tun, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie in der Militärpoli-

tik eine gemeinsame Linie mit den konservativen Regierungsparteien zu finden. Es sollte nicht übersehen werden, daß die führenden Politiker von Shinseito und Sakigake jahrelang im Machtzentrum der LDP standen und im bisherigen Spiel von Kungelei und Korruption kräftig mitgemischt haben. Die beiden wichtigsten Politiker der Shinseito-Partei, der ehemalige Finanzminister Hata und der frühere LDP-Generalsekretär Ozawa, gehörten der ehemals mächtigsten und besonders korruptionsbelasteten LDP-Fraktion an. Daß Hosokawa der Shinseito fünf wichtige Ministerien – darunter das Außen-, Finanz- und Industrieministerium sowie die Verteidigungsbehörde – überlassen hat, ist in einem Teil der Presse eher kritisch kommentiert worden.

In der Zwischenzeit ist denn auch klar geworden, daß in der Wirtschafts- und Sozialpolitik keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten sind. Auch in der Außen- und Militärpolitik will die neue Regierung im großen und ganzen die bisherige Politik der LDP fortführen. Das schließt die Entsendung japanischer Soldaten im Rahmen friedensbewahrender UN-Missionen ein. Eine Beteiligung Japans an UN-Kampfeinsätzen, wie sie vor allem Ichiro Ozawa fordert, dürfte es allerdings in naher Zukunft nicht geben. Eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Veränderung hat Ministerpräsident Hosokawa bei seiner ersten Pressekonferenz eingeleitet, als er Japans Krieg gegen China in den 30er Jahren und den anschließenden Pazifischen Krieg als „einen Akt der Aggression“ bezeichnete und hinzufügte, Japan habe damals „einen Irrtum begangen“. Damit ist erstmals von offizieller Seite das Tabu der japanischen Kriegsschuld gebrochen worden. Auf Japan könnten jetzt erhebliche Entschädigungsforderungen zukommen, vor allem von Seiten der ca. 200 000 Frauen, die damals von der japanischen Armee zur Prostitution gezwungen wurden.

„Saubere Politik“

Die Regierung Hosokawa wird vor allem daran gemessen werden, ob sie die versprochenen politischen Reformen durchsetzen kann. Nach einem kürzlich vorgelegten Gesetzentwurf soll das bisherige, die LDP begünstigende Wahlsystem durch eine Mischung aus Mehrheitswahlrecht (250 Sitze gehen an den jeweiligen Wahlkreissieger) und Verhältniswahlrecht (danach werden weitere 250 Mandate verteilt) ersetzt werden. Spenden von Unternehmen und Gewerkschaften an einzelne Politiker sollen verboten werden, Spenden an politische Parteien dagegen für die nächsten fünf Jahre erlaubt sein. Außerdem soll erstmals eine staatliche Parteifinanzierung eingeführt werden.

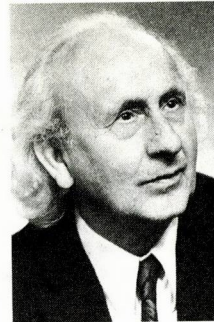
Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser Gesetzentwurf verwirklicht wird und welche Auswirkungen er haben wird. Verschiedene Beobachter erwarten eine Rückkehr der LDP an die Regierung, andere eine Umwandlung des Parteiensystems aus LDP und einer der neuen konservativen Parteien mit dem rechten Flügel der SDPJ, was die Spaltung der SDPJ voraussetzt. Für Chie und Teruhiro wie für viele ihrer Mitbürger ist wichtig, daß die japanische Politik wieder sauber wird und daß ein demokratischer Wechsel gesichert ist. Nur so sehen sie Chancen, daß sich ihre soziale Lage bessert und der auch in Japan erstarkende Nationalismus eingedämmt werden kann.



g aller Atomwaffen.

Foto: Grünewald

Portrait



Walter Ferber – ein deutscher Föderalist, Demokrat und Pazifist

Von Helmut Donat

„Das ganze deutsche Volk hätte im Jahre 1933 revoltieren müssen, als die Gestapo ermächtigt wurde, ohne Gerichtsverfahren über einen Menschen Schutzhaft zu verhängen“, schreibt Johann Hess 1946 in seinen „Erinnerungen an vier Jahre Konzentrationslager Dachau“. Doch in der Weimarer Republik haben nur wenige Bürger begriffen, wie wichtig es ist, die Freiheit durch demokratische Institutionen zu schützen. Zu dieser helllichtigen Minderheit gehörte Walter Ferber – ein politischer Schriftsteller, den es neu zu entdecken gilt.

Die deutsche Geschichte wäre anders, für Europa und die Deutschen selbst günstiger verlaufen, hätten Menschen wie Ferber politische Einflußchancen gehabt. Seine heute noch gültige Einsicht lautet: Der selbstherrliche Machtstaat, der alle gesellschaftlichen Kräfte, die zur Selbstverwaltung fähig sind und hierauf drängen, niederhält, ist nicht bloß Nährboden der Diktatur und damit bedrohlich für die Bürger im Innern; er mißbrät auf Dauer zu einem nach außen erobernden Militärstaat mit drückenden Militärlasten – unvereinbar mit dem Frieden Europas.

Walter Ferber wurde am 24. Dezember 1907 in Buer-Erle bei Gelsenkirchen als Sohn einer Näherin und eines Bergarbeiters geboren. Von 1924 bis 1932 war er Handlungsgehilfe. Im Selbststudium erwarb er Kenntnisse in Literaturgeschichte und Politikwissenschaft. Geprägt vom rheinisch-katholischen Föderalismus, setzte er sich für eine über die Nationalstaatsidee hinausweisende Friedensordnung Europas ein. Als Mitarbeiter an Zeitungen der Zentrumspartei und als Redner in Parteiversammlungen wandte er sich entschieden gegen den Nationalsozialismus und warnte vor dessen Gefahr. Bereits 1932 emigrierte Ferber nach Wien, wo er sich bis 1934 als Mitarbeiter des christlichen Gewerkschaftsorgans „Die Neue Zeitung“ betätigte. Danach wirkte er als freier Publizist und war Mitglied der „Studienrunde katholischer Soziologen“ (Wien), der wohl interessantesten Erscheinung unter den geistigen Gegnern des Nationalsozialismus in Österreich. Ferber trat auch in Wien als Redner öffentlich in Erscheinung und engagierte sich auch hier gegen den großdeutschen Nationalismus. Nach der Okkupation Österreichs wurde er sofort verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt.

„Wer einem wirklichen Grauen entronnen ist, liebt es nicht, die Erinnerung daran zu pflegen“ – schreibt Ferber über seine Zeit im KZ Dachau, in dem er viereinhalb Jahre gefangen war, bevor ihm 1943 die Flucht in die Schweiz gelang. Unter dem Pseudonym Walter Feuerbach veröffentlichte er im Frühjahr 1945 seinen Bericht „55 Monate Dachau“ – als Beitrag zur „Umschulung des deutschen Volkes“. Als eine der ersten gedruckten Quellen über die Schrecken der Konzentrationslager publiziert, unterscheidet sich seine Abhandlung wohlthuend von anderen Berichten; sie zählt nicht nur Greuel auf, sondern sagt auch über die geistige Situation in den Lagern Wesentliches aus. Stichwortartig werden Daten, Zahlen und kurze Schilderungen zu verschiedenen Aspekten des „Univer-



„Auszahlung“ Die Abbildung entstammt dem Buch „55 Monate Dachau“ von Walter Ferber (s. u.)

sums Konzentrationslager“ aufgeführt, so wie sie der Autor in Dachau und Flossenbürg erlebt und erfahren hat (Aufbau des Lagers, Tagesordnung, Arbeit, Strafen, SS-Totenkopfverbände, Seelsorge, Todesursachen, Geistliche, Auspeitschungen, Fluchtversuche, Kreuzigung etc.). Die Knappheit und die unmittelbare Nähe des Geschehens, die bei jeder Zeile spürbar wird, machen das Buch, das soeben in einem Neudruck erschienen ist und zugleich Ferbers Lebenswerk sichtbar macht, auch heute noch zu einer bewegenden Lektüre.¹⁾

Im November 1945 kehrt Ferber nach Deutschland zurück. Als Lehrbeauftragter der Politologie, als Chefredakteur des „Neuen Abendland“ (1946/47) und Herausgeber der „Föderalistischen Hefte“ (1948-50) war er eine treibende Kraft der katholischen föderalistisch-pazifistischen Bewegung.

Ein Rückschlag: Die Remilitarisierung

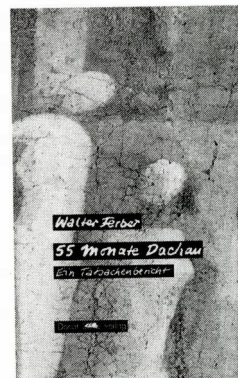
Aber sowohl der Föderalist, als auch der Pazifist Ferber mußte Enttäuschungen hinnehmen. Die auf eine Neutralisierung Deutschlands drängende pazifistische Opposition, die sich gegen die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der DDR wandte, war schon bald gescheitert. Die Ratifizierung der Pariser Verträge (Eintritt in die NATO) erfolgte am 27. Februar 1955, und die Remilitarisierung nahm ihren Lauf. Die Bundesregierung unter ihrem Kanzler Konrad Adenauer (CDU) hofierte Repräsentanten der belasteten preußischen Tradition aus Wehrmacht, NS-Justiz etc. Vor diesem Hintergrund war Ferbers Versuch, die so-

zialen und politischen Bestrebungen des deutschen Reformkatholizismus im Sinne einer fortschrittlichen Gesellschafts- und Soziallehre wiederzubeleben, ohne Chance. Seine Publikations- und Wirkungsmöglichkeiten reduzierten sich. Von 1950 bis 1953 arbeitete er als freier Publizist und Schriftsteller in Singen am Hohentwiel, von 1953 bis 1984 in der Schweiz. Mit dem von ihm 1955 ins Leben gerufenen „Bund entschiedener Föderalisten“ unternahm er seine letzte politische Anstrengung, den „wachsenden unitaristischen und preußischen Tendenzen in der Bundesrepublik“ ein politisch-geistiges Gegengewicht entgegenzustellen. Seit 1947 mit einer Schweizer Lehrerin verheiratet, kehrte Ferber 1953 der Bundesrepublik den Rücken und siedelte mit Frau und Kindern in die Schweiz über. Hier lebt der inzwischen Fünfundachtzigjährige zurückgezogen und vergessen. Verbittert ist er deshalb nicht. Ruhm begriff er in der ihm eigenen Bescheidenheit stets als „Konformismus“. Lob ist ihm dennoch zuteil geworden. Das „Badische Tagblatt“ bezeichnete ihn als einen „Klassiker des christlichen Föderalismus“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann M. Goergen nannte ihn einen „politischen Schriftsteller ersten Ranges“. Und wir? Wir hätten ihn beinahe vergessen. ■

Leseprobe aus dem Buch „55 Monate Dachau“:

Auf dem Arbeitsplatz

Ich erinnere mich dessen noch lebhaft, daß wir im Jahre 1938 den Kasernenhof II mit einer Walze haben planieren müssen: keineswegs, wie es technisch erforderlich ist, langsam, so daß die Walze in gleichmäßigem Druck den Boden geebnet hätte, mitnichten: wir haben die schwere Walze im Laufschrift ziehen müssen, wodurch zwar die ganze Vorplanung wieder aufgerissen worden ist, wir aber – und das war einer der Zwecke dieser Übung – unter den Anstrengungen zusammengebrochen sind. Das aber hat das Sadismusbedürfnis der SS noch nicht befriedigt: am anderen Tage wurden wir – und das erst war der primäre Zweck dieser Veranstaltung – wegen mutwilligen Wiederauflagens der Vorplanung, mithin wegen Sabotage, zur Strafmeldung gebracht.



1) Walter Ferber: 55 Monate Dachau

– ein Tatsachenbericht.

95 Seiten, 6 Abb., Donat Verlag (Bremen) – ISBN 3-924444-28-5.

„Die neue Gewalt“

Mit der Frage, wie der wachsende Rechtsextremismus unter Jugendlichen einzuschätzen ist und welche Möglichkeiten der Reaktion sich bieten, beschäftigen sich in zwei Broschüren die Münchener und die Tübinger Friedenspädagogen. „A. R. G. – Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen – Anforderungen an Jugendarbeit und Jugendbildung“ lautet der umständliche

Titel der „Ideenskizze“ aus München, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e. V. Die DIN A 4-Broschüre faßt die Ergebnisse einer neunmonatigen Studie zusammen, die das Stadtjugendamt München in Auftrag gegeben hatte. Den Preis von 22 Mark sollte die 126-seitige „Bleiwüste“ allerdings wirklich nur speziell Interessierten wert sein.

Wesentlich attraktiver, nicht nur in Bezug auf Aufmachung und Preis (DM 10,-), ist da schon die Broschüre von Uli Jäger „**Rechtsextremismus und Gewalt**“, herausgegeben vom Tübinger Verein für Friedenspädagogik. In sinnvoll aufgeteilten Unterschriften („Die ‘Neue Gewalt’ – Ursachen und Hintergründe“, „Der Rechtsextremismus – Ideologie, Parteien, Organisationen“, „Politik und Gesellschaft – Versäumnisse und Chancen“...) 23 Einzelthemen insgesamt, vermittelt die Broschüre einen umfassenden Eindruck vom Untergrund, den Verbindungen und den verschiedenerlei Bausteinen, aus denen sich der Rechtsextremismus in Deutschland gegenwärtig zusammensetzt. Dabei verzichtet der Autor bei der Auswahl der Texte und Dokumente auf populäre, kurzschlüssige Erklärungsmuster ebenso wie auf die schnell gebastelte Methodenkartei zur Problemlösung. Gedacht ist die Broschüre als Arbeitshilfe für Pädagogen – jede Doppelseite enthält links Materialien zur Information und rechts ein kopierfähiges Arbeitsblatt mit Arbeitsaufgaben oder Schaubildern – ist aber gleichwohl für jeden brauchbar, der/ die sich mit dem Thema intensiver befassen will.

Wer mit den leicht lesbaren und informativen Texten der Broschüre arbeitet, der wird am Ende nicht *den* Lösungsansatz finden, vielleicht aber die Stelle genauer erkennen, an der er ganz persönlich ansetzen kann.

Bezug:
Verein für Friedenspädagogik e. V.
Bachgasse 22, 72070 Tübingen

Rechtsextremismus und Gewalt



„Probleme des Friedens“

Eine empfehlenswerte Schriftenreihe gibt der Idsteiner KOMZI-Verlag in Zusammenarbeit mit Pax Christi heraus: 4 x jährlich erscheinen zu aktuellen Themen kleine Bücher im Format DIN A 5, die mit 120–150 Seiten noch ganz gut verdaulich sind. Betitelt wurde die Reihe mit „Probleme des Friedens“, wengleich sich die Liste der bislang erschienenen und für die nächste Zeit geplanten Themenhefte eher wie eine Sammlung von „Ursachen des Unfriedens“ liest: „Der Krieg auf dem Balkan“, „Kriegsflüchtlinge“, „Eingreifen“, „Nationalismus“, „Rüstungsexport“...

Wer über die jeweiligen Themen mehr wissen will als in der Tageszeitung steht, wer bisherige Antworten überprüfen und neue Fragen zulassen will, der findet in den vierteljährlich erscheinenden Heften reichlichen und gut verständlichen Stoff. Und der günstige Preis macht die Reihe für Zivis erst recht interessant: 4 Ausgaben, inklusive Versand, kosten im Abo ganze 32,- DM. Die Themenliste ist kostenlos erhältlich bei:

KOMZI Verlags GmbH
Kreuzgasse 33, 65510 Idstein

„Wohin mit der Bundeswehr?“

Zweifellos eine der bedeutendsten Fragen derzeit, mit der sich die Zeitschrift „pro“ (Hg.: Jugendarbeit der evang. Landeskirche in Baden) in ihrer Ausgabe 3/93 beschäftigt: Was wird aus der Bundeswehr? Was wird aus der Wehrpflicht? Und wohin mit dem Zivildienst? Wo sollte man an Bewährtem festhalten, wo neue Experimente wagen und Alternativen suchen?

Die Zeitschrift ist erhältlich bei:
Amt für Jugendarbeit
Postfach 22 69
76010 Karlsruhe

KDV – international

Südafrika: Wehrpflicht abgeschafft

Am 24. August gab der südafrikanische Verteidigungsminister Kobie Coetsee die Abschaffung der Wehrpflicht bekannt. Vom kommenden Jahr an wird es in Südafrika eine Freiwilligenarmee geben, und schon jetzt werden keine weißen jungen Männer mehr einberufen. Während die Wehrpflicht in Südafrika nur für Weiße gilt, soll sich die Freiwilligenarmee aus Angehörigen aller ethnischen Gruppen zusammensetzen. In den vergangenen Jahren hatte eine wachsende Gruppe weißer Wehrpflichtiger den Dienst in der Apartheid-Armee verweigert, wobei allerdings nur religiöse Gründe anerkannt wurden. Einige KDVer, die sich nicht auf diese religiöse Nische berufen wollten oder konnten, wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, eine unbekannt Anzahl hatte sich ins Ausland abgesetzt.

Niederlande

Die Niederlande werden ab 1998 die Wehrpflicht bis auf weiteres aufheben. Der Regierungsbeschluss vom Juli dieses Jahres sieht anstelle der Wehrpflichtarmee eine aus Berufssoldaten bestehende „schnelle Eingreiftruppe“ vor. Nach Ansicht von Eric Hummels von der holländischen Friedensinitiative „Kerk en Vrede“ (Kirche und Frieden) dienen die 40000 Wehrpflichtigen in der niederländischen Armee schon heute nicht mehr in erster Linie der Landesverteidigung, sondern „nur noch der Beschäftigung der Ausbilder“. Ab Januar 94 soll die Wehrdienstzeit von 12 auf 9 Monate und die Zivildienstdauer von 16 auf 12 Monate verkürzt werden.

Ex-Jugoslawien

Ein Asylrecht für KDVer aus Krisenregionen hat in Wien die Belgrader Juristin Tanja Petovar gefordert. Obwohl der UN-Sicherheitsrat den Krieg in Ex-Jugoslawien ausdrücklich verurteilt habe, so Frau Petovar, sei ihr kein einziger Fall in Europa bekannt, wo KDV als ausreichender Asylgrund anerkannt worden wäre. Die Juristin, die KDVer aus Montenegro und Serbien berät, schätzte die Zahl der KDVer im ehem. Jugoslawien auf rund 200000.

USA

Wie das Military Counseling Network (MCN), eine Beraterorganisation für in Deutschland stationierte US-SoldatInnen, mitteilte, wurden im Juni dieses Jahres die letzten wegen KDV während des Golfkriegs

verurteilten SoldatInnen aus US-Gefängnissen entlassen. Die meisten der KDVerInnen hatten Haftstrafen von 18–27 Monaten erhalten, wobei viele Haftzeiten aufgrund des öffentlichen Drucks verkürzt worden seien. So hatte etwa Eric Larsen, der zu einer lebenslangen Haftstrafe hätte verurteilt werden können, nur 6 Monate zu verbüßen.

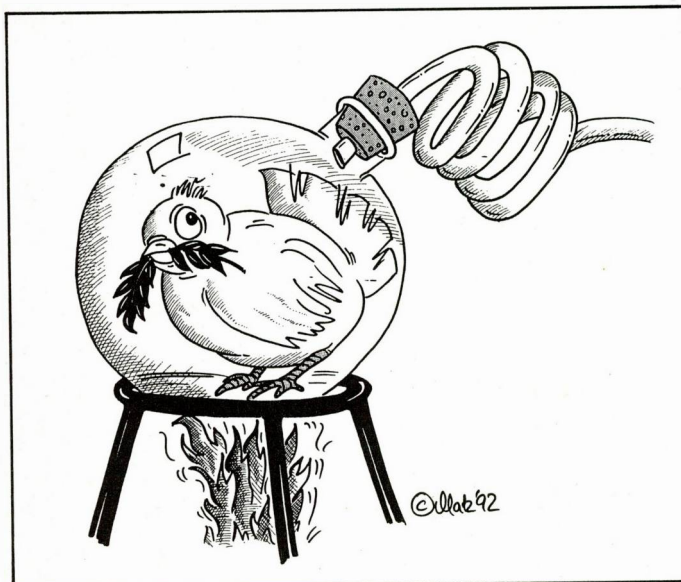
Türkei

Eine Broschüre in deutscher und türkischer Sprache, die über Kriegsdienstverweigerung von in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen informiert, hat die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstverweigerInnen herausgegeben. Da es in der Türkei ein Recht auf KDV nicht gibt, können auch in Deutschland lebende Türken den Militärdienst nicht legal verweigern. Türkischen KDVer drohen empfindliche Sanktionen, die von der Nichtverlängerung des Passes und den sich darauf ergebenden aufenthaltsrechtlichen Problemen bis hin zur Inhaftierung bei einer Reise in die Türkei reichen. Trotz der angedrohten Strafen haben aber in jüngerer Zeit einige türkische Wehrpflichtige den Waffendienst aus Gewissensgründen verweigert und damit für Bewegung in der türkischen Diskussion um das Menschenrecht auf KDV gesorgt. Europaweit gesehen steht die Türkei zusammen mit Griechenland und der Schweiz am Menschenrechts-Pranger, denn diese Staaten verweigern ihren Bürgern nach immer ein KDV-Recht und verstoßen damit gegen den Beschluss der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen von 1989.

Wer als türkischer Staatsangehöriger in Deutschland lebt und an die Verweigerung des Kriegsdienstes in seiner Heimat denkt, sollte sich sehr gut informieren. Die o.g. Broschüre der DFG-VK enthält die wichtigsten Infos und einige Adressen von möglichen Gesprächspartnern. Bestellungen an: AK „KDV und Türkei“ in der DFG-VK, Braunschweigerstr. 22, 44145 Dortmund, Tel.: 023/81 8032

Bund will bei Friedensforschung energisch sparen

Drastische Kürzungen bei der Förderung der deutschen Friedensforschung sieht der Haushaltsentwurf der Regierungskoalition für 1994 vor: Lediglich noch 940000 DM (1993: 2,5 Mio DM) sollen für die gesamte deutsche Friedensforschung im kommenden Jahr an Bundesmitteln ausgegeben werden. Und knapp die Hälfte dieses Geldes



Friedensforschung vor dem Ende?

Zeichnung: wub/M. Scharpf

ist bereits als Zuschuß an die „Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ verplant. Es bleiben nach Mitteilung der Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn, die auch stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ist, ganze 473000 DM zur freien Projektförderung in der Friedensforschung. Und 1995 soll es gar außer den Mitteln für die Hessische Stiftung überhaupt keine Gelder mehr geben. Von je 100 DM, die der Bund für die gesamte Forschungsförderung bereitstellt, entfallen nach den geplanten Kürzungen nicht einmal 0,5 Pfennig für die Friedensforschung. Der Verteidigungsminister, so Edelgard Bulmahn, gebe die Summe, die die Friedensforschung vom Bund pro Jahr erhalte, innerhalb von 2,7 Stunden für militärische Forschung aus. Jede fünfte Mark, die der Bund für Forschung und Entwicklung ausgegeben habe, sei im laufenden Haushaltsjahr in die Rüstungsforschung geflossen.

Schulterkloppen auf der Hardthöhe

Jahresbericht 1992 der Jugendoffiziere vorgestellt

Alle Jahre wieder präsentiert das Verteidigungsministerium „wichtige Erkenntnisse“, „Beobachtungen und Eindrücke“, die sich aus zurückliegenden Jugendoffiziereinsätzen ergeben. Aus den Einsichten, die der Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 1992 (vorgelegt im Mai 1993) benennt, sprechen dieselben Denk- und Wahrnehmungsmuster, die schon die vorausgegangenen Berichte geprägt haben: „Die

Jugendlichen denken meist egoistisch und sind kaum bereit, von der Gesellschaft gestellte Aufgaben zu übernehmen.“ Unter Schülern beherrschten „Schlagwörter und ein erschreckendes Halbwissen“ anstelle von Erkenntnissen politischer Zusammenhänge die Diskussion. Demgemäß kommt es zu folgendem „mehrheitlichem Meinungsbild“:

- „Bundeswehr muß sein, aber ohne mich,
- Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Bildung einer Berufs- und Freiwilligenarmee,
- Wehrpflichtige sind allenfalls noch zur unmittelbaren Landesverteidigung einzusetzen,
- friedenserhaltende Maßnahmen werden akzeptiert, friedensschaffende abgelehnt,
- Zivildienst hat einen höheren Stellenwert als der Wehrdienst.“ (Auf diesen offensichtlich besorgniserregenden Zustand wird gleich fünfmal hingewiesen!) Insgesamt lassen Schüler und Lehrer erkennen, „daß sie die Realitäten dieser Welt wieder mehr zur Kenntnis nehmen“ – hier hat, so scheint es, der „Lehrmeister Krieg“ vom Balkan her seine Wirkung getan. . .

Ein bevorzugtes Betätigungsfeld der Jugendoffiziere sind die Realschulen geblieben: „Realschüler hatten 1992 die meisten Kontakte mit dem Jugendoffizier. Sie stehen der Bundeswehr überwiegend positiv gegenüber. . .“ Als Folge der vermehrten Einsätze an ostdeutschen Schulen ist 1992 die Gesamtzahl der Veranstaltungen mit Schülern (bei ansonsten rückläufiger Tendenz) um 40 % gestiegen. Es fällt auf, daß im Bericht 1992 die schrillen Töne seltener werden. Wurde noch im Vorjahr mit Nach-

druck die „aggressive Intoleranz“ der kirchlichen Jugend bloßgestellt, so beschränkt man sich nun auf die Bemerkung: „Während katholische Jugendorganisationen gegenüber der Bundeswehr überwiegend positiv eingestellt sind, ist das Verhältnis der evangelischen Jugendlichen zur Bundeswehr von Zurückhaltung und Ablehnung geprägt.“ Wo der Bericht 1991 noch die Erschwernisse der Bundeswehr-Offentlichkeitsarbeit (besonders in den ostdeutschen Bundesländern) beklagte, scheint 1992 ein neues Selbstbewußtsein angesagt. Man gewinnt den Eindruck: Ob als „Blitzableiter“ für soziale Mißstände, ob als Helfer bedrängter Lehrer gegen rechtsextreme Tendenzen oder als „gern gesehener Fachmann, der profunde Informationen vermittelt“ – Jugendoffiziere sind die wehrpädagogische Trumpfkarte einer „starken Truppe“, die keine Herausforderungen scheut. Da kann das Verteidigungsministerium nicht umhin, „großes Engagement, hohe Motivation und . . . hervorragende Arbeit zu bescheinigen“ und sich um „angemessenes ‚Handwerkszeug‘“ Sorgen zu machen: Schritte zur Ausstattung der Jugendoffiziere mit PC, Telefax, Kopierer, Anrufbeantworter und Dienstwagen sind eingeleitet. Ob solchermaßen ausgerüstete sicherheitspolitische Experten ab 1995 die (staatlich dann nicht mehr geförderte) Friedensforschung gleich mit übernehmen können, bleibt abzuwarten. wub wird berichten . . .

Friedhelm Schneider

Tiefflüge machen Kinder krank

Auch wenn der Sinn und Zweck militärischer Tiefflüge heute vielen nicht mehr einsichtig ist: „ohne Folgen bleibt Tiefflug bei keinem“. Zu dieser Einschätzung jedenfalls kommt der Psychologe Karl Pfortner aus dem bayerischen Weißenburg nach Abschluß einer Studie in einem fränkisch-schwäbischen Tieffluggebiet. Ein halbes Jahr lang wurden dort in 29 Orten die Reaktionen von 71 Kindern auf Tiefflüge beobachtet. Exakt 21 262 Überflüge haben die Verhaltensforscher gezählt, jeder zweite, so das Ergebnis der Beobachtungen, löste bei Kindern Verhaltensauffälligkeiten aus. So suchten die Jungen und Mädchen beispielsweise in panischer Angst Schutz unter Treppen, in Büschen oder Kleiderschränken. Während die 5–6jährigen ihre Angst in Worten ausdrücken könnten, seien die 2–4jährigen dem Krach besonders ungeschützt ausgesetzt, erklärte Pfortner. Bei den Jüngsten stellte der Psychologe völlig unkontrolliertes Weinen, Schreien und Flucht fest. Als drohende Langzeitfolgen solcher „traumatischen Kindheitserlebnisse“ sieht Karl Pfortner Entwicklungsverzögerungen, Konzentrationsstörungen, Hyperaktivität, aber auch anhaltende Depressionen, diffuse Angstzustände und „medizinisch nicht erklärbares Bluthochdruck“.

Ganz nebenbei förderte Pfortners Untersuchung auch zutage, daß die Luftwaffe weit häufiger tief fliegt, als sie offiziell zugibt: Während das Verteidigungsministerium für das ganze Jahr 140 Flugtage angab, wurden allein während des

6-monatigen Zeitraums der Studie 122 Tiefflugtage gezählt.

Was unser Recht betrifft

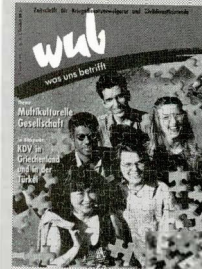
- Alle bisher erschienenen Recht-Infos von Reinhard Becker (22 Seiten insgesamt, vom „Beschwerderecht“ bis zur „Verschwiegenheitspflicht“, vom „Sonderurlaub“ bis zur „Arbeitslosenhilfe“ . . .)
 - einsortiert in einen praktischen Hefter
 - plus Inhaltsverzeichnis
 - plus treffende Karikaturen unseres Zeichners „Matz“
 - plus viel Platz für das bequeme Einordnen zukünftiger Ausgaben
 - plus Verpackung
 - plus Porto
- . . . das alles zum absolut gerechtfertigten Preis von DM 5,- in Briefmarken ist ab sofort zu bestellen bei: wub-Redaktion
Stichwort: Was unser Recht betrifft
Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart
Alles was Recht ist: Da muß man einfach zugreifen!



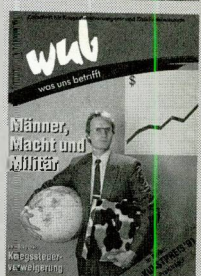
Dranbleiben! Mitreden!



abonnieren



Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.



Ein Jahr wub für DM 12,-

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter · Vertrieb „was uns betrifft“ · Postfach 26 02 30 · 50515 Köln

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 12,- (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(PLZ, Ort) _____

(Datum, 1. Unterschrift) _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift) _____



Postellzeichnung von Bernhard Rau (wub-Kunstpreis '89)

HINTERGRUND

Selbst mit Fernseher und Videorekorder kommen sie zurecht:

Äffchen statt Zivis?

Das ist keine Satire: In Frankreich werden Kapuzineraffen zu so geschickten wie liebevollen Pflegern von Schwerbehinderten ausgebildet.

Von Peter Heusch, Paris

Athias, der allgegenwärtige Freund und Helfer seines schwerbehinderten Frauchens, ist zwar nur knappe 50 Zentimeter groß, aber äußerst geschickt. Athias nämlich ist ein fünfjähriger Kapuzineraffe, einer der Schüler des Forschungsinstituts Kir Pape in der bretonischen Kleinstadt Lorient, das sich seit 1989 der Ausbildung von Kapuzineraffen zu hochspezialisierten Krankenpflegern widmet. Es ist nicht nur verblüffend, was Athias alles kann, es ist auch rührend, zuzusehen, wie er sich um seine gelähmte Patientin kümmert. Auf Anruf hin schleppt das kleine Tier mit dem schwarzen Fell und der hellen Gesichtsmaske Gegenstände herbei, die mit einer Laserstableuchte angestrahlt werden, knipst das Licht an und aus, bringt Radio und Fernseher zum Laufen, ja er weiß sogar, wie man eine Kassette in den Videorekorder einlegt. Zu seinen Aufgaben gehört des Weiteren, seinem Frauchen zu trinken und zu essen zu geben. Dabei vergißt Athias nicht einmal, ihr Essensreste zärtlich von den Mundwinkeln zu wischen. Als Anerkennung erwartet er Lob oder Zuspruch, dann gibt er winselnde Laute der Zufriedenheit von sich.

Athias ist einer von derzeit fünf Schülern der 30jährigen Myriam Baran. Die junge Frau, die 1989 die Idee, Affen in den Dienst von Behinderten zu stellen, aus Amerika übernahm, gilt inzwischen als eine der besten Affenabrichterinnen überhaupt. Ihre Zöglinge sind zur Gewöhnung an ihre künftige Aufgabe alle in einer Menschenfamilie großgezogen worden und kommen mit vier Jahren in die Ausbildung am Forschungsinstitut. Die Dressur selbst dauert ein bis eineinhalb Jahre, sie ist natürlich ungleich aufwendiger und komplizierter als das Abrichten eines Blindenhundes.

Das Projekt, nach wie vor im Experimentalstadium, hat zum Ziel, Krankenpflegekosten zu senken und es Schwerbehinderten zu ermöglichen, daheim zu leben. Ihre bisherigen Dressurerfolge erklärt Myriam Baran damit, daß die aus den Urwäldern Mittel- und Südamerikas stammenden Kapuzineraffen ein besonders ausgeprägtes soziales Verhalten haben und sehr verspielt sind. Werden beide Eigenschaften gezielt gefördert, gibt das Resultat so gut wie nie Anlaß zu Enttäuschungen.

Athias, der kleine Kapuzineraffe, hat noch keinen Full-Time-„Job“ als Behindertenpfleger übernommen. Seine ersten Einsätze waren zum Sammeln von Erfahrungen bestimmt und zur genaueren Definition der Dressuraufgaben. In wenigen Monaten allerdings soll Athias als erster einer querschnittsgelähmten Person zur Verfügung gestellt werden. Vier weitere Affen dürften demnächst ebenfalls ihre volle Ausbildung durchlaufen haben, dann werden weitere 5 „Nachwuchsschüler“ aus ihren Menschenfamilien an das Institut Kir Pape kommen. Erste Reaktionen von Kranken, denen probeweise ei-



Fotos: Studio X



„Eine enge, liebevolle Beziehung zwischen Mensch und Tier.“

ner der tierischen Pfleger anvertraut wurden, sind durchaus positiv. Es gehört zu den Zielen des Projektes, daß sich eine enge, liebevolle Beziehung zwischen Mensch und Tier aufbaut. Zum einen brauchen die kleinen Affen sehr viel Zuwendung, zum zweiten ist ihre Funktion als „Kuscheltier“ durchaus von Wichtigkeit für das Gefühlsleben der Patienten.

Die Kosten für einen Pfleger oder eine Pflegerin, die Heimarbeit leistet, werden zwar zum Teil von der staatlichen Krankenkasse getragen, dennoch strapazieren sie häufig über ein vernünftiges Maß hinaus das Budget der Patienten. Das Institut Kir Pape will seine fertig abgerichteten Äffchen behinderten erst einmal umsonst zur Verfügung stellen. Dort, wo ein Kapuzineraffe demnächst Pflegeaufgaben übernimmt, wird jedoch mit den zuständigen Gemeinden verhandelt werden. Kir Pape wünscht eine Beteiligung an den Unkosten im Form von Patenschaften, die die Gemeindeverwaltung zugunsten eines der dressierten Tiere eingetht.

Myriam Baran betont allerdings, daß solche Patenschaften gewünscht werden und nicht etwa eine Bedingung sind.

Obwohl nicht nur Zoologen begeistert sind von dem Experiment in Lorient, gibt es auch kritische Stimmen. Myriam Baran habe in ihrer Vorgängerin zu viele Daktari-Fernsehfilme mit dem Affen Cheeta gesehen, schimpfen die, die nicht verstehen können, daß in einem Land mit über 3 Millionen Arbeitslosen mit viel Aufwand und Geld kleine Affen für einen Job ausgebildet werden, den ansonsten Menschen versehen würden. Da aber selbst das laufende Projekt bislang nur in kleinem Maßstab vorausgeplant ist, treffen die Vorwürfe die Forscher von Kir Pape kaum. Die Arbeit findet mit der Vorgabe statt, Möglichkeiten für eine alternative Betreuung von schwerbehinderten Personen aufzuweisen. Wie, in welchem Rahmen und ob überhaupt dressierte Kapuzineraffen später einmal in größerem Stil als Pfleger eingesetzt werden – das sind Entscheidungen, die noch ausstehen. ■



„Besonders ausgeprägtes Sozialverhalten.“

Betr.: wub 3/93, S. 3, Zitat von Christian Schmidt, CSU, MdB

Also doch Drückeberger? Herr Schmidt ist scheinbar der Ansicht, daß Zivildienstleistende sich doch nur um den Dienst an der Waffe herum drücken. Das kann ich so nicht auf mir sitzen lassen, denn schließlich greift er damit meine und auch die Gewissensgründe anderer Kriegsdienstverweigerer massiv an. Vielleicht hat es die „Jugend“ ja endlich verstanden Herr Schmidt. Es kann nicht so weitergehen in der Welt. Das Morden, die Gewalt und der Haß müssen doch irgendwann einmal ein Ende haben. Um das Töten gar nicht erst zu lernen und meinen Respekt vor menschlichem Leben nicht zu verlieren habe ich den Wehrdienst verweigert. Natürlich auch, weil ich die Tätigkeit als Zivildienstleistender als sinnvoller empfinde als mich im Schlamm zu wühlen und „peng, peng“ zu machen. Es ist mir durchaus auch bewußt, daß es ohne Bundeswehr nicht geht, da diese natürlich auch andere Zielsetzungen hat als irgendwo herumzuballern. Aber vielleicht sollte Herr Schmidt erst einmal Zivildienst machen, bevor er sagt, daß es bequemer ist. Vielleicht ist es ja einfach menschlicher? Ist Herr Schmidt wirklich so naiv und hält es für leichter, einen behinderten oder alten, pflegebedürftigen Menschen zu waschen, mit ihm sein Leid zu teilen oder ihn sogar sterben zu sehen, als „cool“ seine Zeit beim Bund abzusetzen, wie viele Bunnis das so schön nennen? (Natürlich gibt es auch ZD-Stellen, wo es so „cool“ abgeht.) Aber ist es nicht vielmehr so, daß viele Politiker schon überlegt haben, ob man die Zivildienstdauer nicht an die 12 Monate Dienst beim Bund angleichen soll, da sie die Einsicht hatten, daß der ZD doch gleichwertig ist? Und was ist mit dem Pflegenotstand, Herr Schmidt? Zivis sollen zwar keinen vollen Arbeitsplatz ersetzen, aber das ist ja wohl... Halten wir lieber den Personalumfang der Bundeswehr, denn was wollen wir denn mit Drückebergern!?

Thomas Schmidt, Plettenberg



Ja da schau her! Steht da nicht, die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen?! Also wieso leiste ich dann doch 15 Monate Zivildienst, während der Wehrdienst offensichtlich nur 12 Monate beträgt?

Mit dieser Frage wandte ich mich an Herrn Dieter Hackler, den Bundesbeauftragten für den Zivildienst im Bundesministerium für Jugend und Familie in Bonn.

Herr Hackler antwortete mir schriftlich. Unter anderem heißt es da: (...)

„In der Entscheidung vom 24. April 1985 hat sich das Bundesverfassungsgericht auch eingehender mit der Frage der Dauer des Zivildienstes und eines Ausgleiches für im Zivildienst nicht vorgesehene Übungen befaßt. (...) Zu den Wehrübungen weist das Bundesverfassungsgericht (...) darauf hin, daß beim Wehrdienstleistenden erst nach Beendigung seiner Wehrpflicht mit Erreichen des 45. Lebensjahres feststeht, in welchem Umfang er insgesamt, also einschließlich der Wehrübungen, zum Wehrdienst herangezogen worden ist, während beim Zivildienstpflichtigen die Dauer der Dienstzeit von Anfang an festgelegt wird. Insgesamt ergibt sich aus den beiden Urteilen, daß für den Belastungsbereich zwischen Wehr- und Zivildienst die Wehrübungen nur einer von mehreren Gesichtspunkten ist. Für die zusammenfassende Belastungsbewertung hat das Bundesverfassungsgericht auf die „vorgegebenen Unterschiede zwischen Wehr- und Zivildienst“ abgehoben und hierzu wörtlich ausgeführt:

„Der Zivildienstleistende erbringt seinen Dienst zusammenhängend und abschließend, ist in der Regel einem weniger strengen Dienstverhältnis unterworfen und befindet sich typischerweise in einer weniger belastenden Lebenssituation. (...)“

Aus diesem Antwortschreiben ergibt sich, daß – der Zivildienst, wenn man es nur konkret genug betrachtet, gar nicht länger als der Wehrdienst dauert (12=15);

– genau feststeht, wie lange Zivildienstleistende zu dienen haben (derzeit 15 Monate), jedoch un-

bekannt ist, wie lange Wehrpflichtige tatsächlich dienen.

– Zivildienstleistende „in der Regel einem weniger strengen Dienstverhältnis unterworfen“ sind (warum drohen uns dann dieselben drakonischen Strafen, z.B. bei Befehlsverweigerung oder Fahnenflucht, wie Wehrpflichtigen?) und (Hört, hört!) „sich typischerweise in einer weniger belastenden Lebenssituation“ befinden („Typischerweise“ gilt der Umgang mit kranken, behinderten, alten und sterbenden Menschen als weniger belastend als Gewehrputzen.)

Im Zeitalter des Pflegenotstandes und der Umweltkatastrophen scheinen die Herren in Bonn und Karlsruhe immer noch nicht bereit zu sein, die Leistungen der Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen und sie denen der Wehrpflichtigen gleichzustellen. Daß das Grundgesetz mit seinen Grundrechten nicht unantastbar ist und umgangen, geändert und verdreht werden kann, wissen wir nicht erst seit dem 26. Mai dieses Jahres.

ZDL Immo Trinks, Freising

Betr.: Mahnmal Homosexuellenverfolgung

Der Titel „was uns betrifft“ hat uns doch animiert, Euch wegen folgendem Thema zu schreiben. Unsere Gesellschaft hat manchen Geist aus der Nazi-Vergangenheit immer noch nicht bewältigt. Auch wenn es nun wieder einige Monate her sein mag, so gehen einem die Bilder von den „guten, normalen Bürgern“, die der Gewalt applaudieren, und von der tatenlosen Polizei nicht aus dem Kopf. Fulda zeigte erst vor kurzem, wie Schuld hin- und hergeschoben, bzw. verdrängt und ver-harmlost wird. Die Gewalt/Aggression nistet sich doch sichtlich in den Alltag ein; gleichzeitig auch für andere das Gefühl der Angst. Durch unseren Zivildienst haben wir alle hauptsächlich mit Ab- und Ausgegrenzten unserer Gesellschaft zu tun. Wir sollten alle uns daran erinnern, wohin die Ausgrenzung von Menschen und die Gewaltbereitschaft im NS-Regime führten. Vielerorts stehen Mahnmale, die an die Grausamkeiten des Krieges und an die Menschendeportationen erinnern.

In Frankfurt/Main soll nun ein Ort des Gedenkens an die Verfolgung und an die Ermordung von homosexuellen Männern und Frauen entstehen. Dieses Mahnmal wäre das erste in Deutschland, das gegen das Vergessen und Verleugnen der Geschichte von Homosexuellen steht. Ähnliche Gedenkstätten entstanden bisher in Amsterdam und Bologna. Auch hier sind sie u. a. ein Zeichen für das Selbstbewußtsein von Schwulen und Lesben als gleichberechtigte Menschen! Leider erfahren heute noch viele Homosexuelle in vielen Bereichen, was es heißt, aufgrund ihres Lebens diskriminiert bzw. z. B. auf der offenen Straße verfolgt zu werden.

Wir, die Selbstorganisation der ZDL Main-Taunus, sprechen uns deshalb gegen jegliche Diskriminierung von Homosexuellen aus und bitten Euch alle um Solidarität und Hilfe bei der Errichtung des Mahnmals.

Nähere Informationen gibt es bei der „Initiative Mahnmal Homosexuellenverfolgung“, Lenaustraße 97, 60318 Frankfurt/M.

Mut, Kraft und Zärtlichkeit
Heiko Gerlach, Sprecher der SodZDL
Main-Taunus

Betr.: Entlassungsgeld!

Ich werde nächsten Monat aus dem Zivildienst entlassen und bekomme dann ja die 1800.-DM. Dagegen werde ich Widerspruch einlegen. (Ein Freund von mir war beim Bund; zusammen angefangen, ich 3 Monate länger, er 2500.-, ich 1800.-; echt toll.)

1. Als Aufruf an alle anderen, legt zumindest auch Widerspruch ein; und

2. Was kann ich sonst noch tun? Ohnmächtig Leserbriefe schreiben, die dann Mitbetroffene lesen, ist zwar schön und gut, nur will ich echt meine Ohnmacht nicht wahrhaben. Ist man wirklich der Gearschte? Das kann doch nicht sein!!!

Okay, Danke und Tschüß

Thorsten Herla

Betr.: „... typischerweise weniger belastende Lebenssituation...“

„Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.“ (Aus Artikel 12 a, Abs. 2 des Grundgesetzes)

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfadens E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 31.01.- 4.02.1994 Oppenau: Lieder und Musik zu Krieg und Frieden
31.01.- 4.02.1994 Oppenau: Texte und Szenen zu Krieg und Frieden
28.02.- 4.03.1994 Oppenau: Aikido und Soziale Verteidigung – Alternativen zur Gewalt
28.02.- 4.03.1994 Oppenau: Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – Alternativen zum Autowahn
21.03.-25.03.1994 Neckarzimmern: Vertrauensleute
21.03.-25.03.1994 Neckarzimmern: „Männer“ oder „Beziehungskisten“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Vorholzstr. 7, 76137 Karlsruhe, Tel. 0721/9349-333

BAYERN

- 29.11.- 3.12.1993 Schwanberg: Adventsmeditation
17.01.-21.01.1994 Schwanberg: „Meditation – Hinführung und Einführung“
31.01.- 4.02.1994 Neunkirchen-Lautertal: Miteinander: leben – meditieren – tanzen
28.02.- 4.03.1994 Josefstal-Schliersee: Männer heute
7.03.-11.03.1994 Leutershausen: Das war mein Zivildienst – war das alles?
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg
Tel. 0911/4304-238

HANNOVER

- 28.02.- 4.03.1994 Bentierode: „Visionen braucht das Land“ – Entwürfe und Utopien von gesellschaftlicher Wirklichkeit
7.03.-11.03.1994 Spiekeroog: „Gewalt in der Gesellschaft“
7.03.-11.03.1994 Bentierode: „Wehrpflicht – Zivildienst – Ziviler Friedensdienst“
14.03.-18.03.1994 Obernkirchen: „Meditation – Bewußt gewaltfrei leben lernen“
21.03.-25.03.1994 Bentierode: Musik-Kreativ-Seminar
Anmeldeformulare: Pastor Joachim Zierau, Archivstr. 3, 30169 Hannover
Tel. 0511/1241-468

HESSEN UND NASSAU

- 24.01.-28.01.1994 Frankfurt/M.: Fremde brauchen Freunde
7.02.-11.02.1994 Hülfa/Homberg: Ernstfall Frieden (ZDL und Soldaten)
14.03.-18.03.1994 Höchst/Odw.: Vertrauensmänner
Anmeldeformulare: Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt
Tel. 06151/367002

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

- 1.03.- 4.03.1994 Erfurt: Christlich-jüdischer Dialog und die deutsche Vergangenheit
Anmeldeformulare: Pfarrer Uwe Koch, Dräsekeplatz 1
39106 Magdeburg, Tel. 0391/5616698

KURHESSEN-WALDECK

- 6.12.-10.12.1993 Bad Hersfeld: Hoffnungen und Träume – Rüstzeit im Advent
28.02.- 4.03.1994 Eisenach: „Grenz-Erfahrung“ gemeinsam mit fsj
21.03.-25.03.1994 Bad Hersfeld: „Wir machen Musik“ – Rüstzeit für Blechbläser
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Lessingstr. 13, 34119 Kassel
Tel. 0561/107882

NORDELBNIEN

- 14.02.-18.02.1994 Koppelsberg: Angst – Gibt es Gegenkräfte?
28.02.- 4.03.1994 Koppelsberg: Der spielende Mensch – Sinn oder Sucht?

- 7.03.-11.03.1994 Koppelsberg: „Ausländer raus!“ – neue Nationalismen“
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg
Tel. 040/258881

PFALZ

- 6.12.-10.12.1993 Bad Dürkheim: „Das Kreuz mit dem Frieden – Martin Niemöller“
21.02.-25.02.1994 Bad Dürkheim: „Die unheimlichen Verführer“ – Scientology und Co. auf Seelenfang
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 67346 Speyer
Tel. 06232/78238

RHEINLAND

- 10.01.-14.01.1994 Solingen-Ohligs: Wissen ist Macht (Anspruch, Rechte, Leitfaden – Durchsetzung in Konflikten)
7.02.-11.02.1994 Altenkirchen: Medien und Spiele
21.03.-25.03.94 Solingen-Ohligs: Vom Umgang mit Medien
Anmeldeformulare: Ev. Kirche im Rheinland – Zivildienstseelsorge Postfach 260230, 50515 Köln,
Tel. 0221/244696

SACHSEN

- 11.03.-15.03.1994 Rosenthal: „Frau sein – Mann sein – Partner sein“
Anmeldeformulare: Pfarrer Christoph Wohlgemuth, Wolfsgrunder Weg 2,
09619 Voigtsdorf

WESTFALEN

- 6.12.-10.12.1993 Nordwalde bei Münster: Vertrauensleute
17.01.-21.01.1994 Haus Villigst, Schwerte: Lateinamerika
17.01.-21.01.1994 Nordwalde bei Münster: Neonazis – unter uns
14.02.-18.02.1994 Nordwalde bei Münster: Alt werden – Alt sein
21.02.-25.02.1994 Hagen/Berchum: Kabarett
14.03.-18.03.1994 Nordwalde bei Münster: Spielräume
21.03.-25.03.1994 Frille/Petershagen: Meditation
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Olpe 35, 44135 Dortmund,
Tel. 0231/5409-20

WÜRTTEMBERG

- 28.02.- 4.03.1994 Tübingen: Ernstfall – Frieden
RZ mit Soldaten und ZDL
14.03.-18.03.1994 Murrhardt/Wacholderhof: Einfacher leben
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart 1, Tel. 0711/6368149

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

Anhalt

Herr Pfarrer Dietrich Bungeoth
Ziebiger Straße 29
06846 Dessau, 0340/214895

Berlin-Brandenburg

Amt für Jugendarbeit/
Stadtjugendpfarramt Berlin
Goethestr. 30
10625 Berlin, 030/3191272

Braunschweig

Beratungsstelle für KDV und ZDL
Am Fallersleber Tore 9
38100 Braunschweig
0531/42539

Bremen

Pastor Ingbert Lindemann
Hollerallee 75
28209 Bremen, 0421/3461550

Mecklenburg

Beauftragte für KDV und ZDL
Münzstr. 8
19055 Schwerin,
0385/864165

Oldenburg

Rolf Karkmann
Hohe Straße 2, 27798 Hude,
04408/539

Pommern

Jürgen Knosp
Große Kirchenstr. 13
17309 Pasewalk,
03973/213415

Thüringen

Diakon Detlef Harland
Hauptstraße 32
99338 Angelroda,
036207/55919

„Kein Unterschied zwischen Johnnies und Mehmet“

Es ist heiß. Ich fahre im Kleinbus zur Spitze der Halbinsel Gelibolu. Sie liegt an der Meerenge zwischen Europa und Asien, den Dardanellen. Auf dieser Halbinsel liegen viele Soldatenfriedhöfe. Einige haben große Denkmale. 500 000 Menschen sollen sich hier im Jahre 1915 gegenseitig getötet haben. Engländer, Australier und Neuseeländer gegen Türken. Das war im 1. Weltkrieg. Dann lese ich auf einem Denkmal: „Hier ist kein Unterschied zwischen Johnnies und Mehmet, die Seite an Seite in unserer Erde ruhen“. Ich denke:

- Ist das Versöhnung über Gräbern?
- Warum gibt es erst im Tod keinen Unterschied mehr?
- Es ist gut, daß wenigstens jetzt die Feindschaft beendet ist
- aber warum erst jetzt?
- Warum müssen erst eine halbe Million junger Männer in den Krieg ziehen und sich gegenseitig umbringen, ehe „Ruhe und Frieden“ ist?

Ein Text aus dem Neuen Testament hilft mir weiter bei diesen Gedanken und Fragen:

„Kann euch überhaupt jemand Böses antun, wenn ihr euch darum bemüht, das Gute zu tun? Wenn ihr aber trotzdem leiden müßt, weil ihr tut, was Gott will, dürft ihr euch glücklich preisen. Habt keine Angst vor Menschen; laßt euch nicht irremachen! Ehrt Christus in euren Herzen als euren Herrn! Seid immer bereit, Rede und Antwort zu stehen, wenn jemand fragt, warum ihr so von Hoffnung erfüllt seid. Antwortet freundlich und mit dem gebotenen Respekt – in dem Bewußtsein, daß ihr euch nichts vorzuwerfen habt. Dann werden alle beschämt sein, die euch verleumdern. Und wenn Gott es anders beschlossen hat, ist es doch besser, für gute Taten zu leiden, als für schlechte.“

1. Petrus 3, 13-17

Es lohnt sich für mich, den Text nicht so schnell zu überfliegen, sondern die einzelnen Sätze zu bedenken. Die Spirale von Gewalt und Krieg kann nur durch das Tun des Guten unterbrochen werden. Wenn ich selbst das Gute tue, werde ich meist auch Gutes erleben. Im Sprichwort heißt dies: „Wie ich in den Wald hineinrufe, so schallt es zurück“.

Allerdings stimmt dies nicht immer. Es kann durchaus geschehen, daß ich zusammengeschlagen werde, obwohl ich selbst dem anderen freundlich begegnet bin. Soll ich dann Gleiches mit Gleichen vergelten? Nein! „Wenn ihr aber trotzdem leiden müßt, weil ihr tut, was Gott will (das Gute), dürft ihr euch glücklich preisen“.

Noch ist unsere Menschheitsgeschichte geprägt von Gewalt und Gegengewalt, noch werden in erster Linie den gefallenen Soldaten Denkmale errichtet. Noch sind viele Menschen bereit im Krieg ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Kann sich dies ändern? Es kann sich dort ändern, wo Menschen – wenn sie leiden müssen – für gute Taten leiden und nicht für schlechte. Dann können wir in Abwandlung der Inschrift des Denkmals auf dem Soldatenfriedhof sagen: Es ist kein Unterschied zwischen Johnnies und Mehmet, die Seite an Seite auf unserer Erde leben.

Karl Leonhäuser, Kassel

wub

was uns betrifft

ART

Jörg Immendorf „Café Deutschland I“ 1977/1978



Jörg Immendorf, „Café Deutschland I“, 1977/78; 282 x 330 cm; Rheinisches Bildarchiv/Museum Ludwig, Köln; Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Künstlers

Das Gemälde „Café Deutschland I“ ist eine kritische Reflexion jüngerer Geschichte mit Farbe und Pinsel. Ein Bild gegen neue Mauern in den Köpfen und Herzen. Dieses „Café“ ist kein elitärer Künstlertreff, eher eine Kaschemme, eine große dröhnende Diskothek mit flackerndem Licht, – hell und dunkel bilden einen spannungsreichen Kontrast. „Die einen sind im Dunkel und die anderen sind im Licht.“ (Brecht) In der linken „östlichen“ Bildhälfte wird die morsche Holzdecke der Galerie von einer Skulpturensäule getragen, in der rechten bildet eine Skulpturengruppe einen Barhocker, der einen Platz am Licht, einen Platz an der „westlichen“ Konsumsonne bietet. (Immendorf zitiert hier sein Werk „Zwei deutsche Türme“).

In der „Ostsäule“ sehen wir, wie der Kopf eines Menschen von einem Zirkel in eine Art Schraubstock gespannt wird. Die Gedanken sind nicht frei, sondern eingezwängt und „normiert“. Auf dem Kopf ein Hammer, der zum Panzer wird. Die Hoheitszeichen der ehemaligen DDR, Hammer und Zirkel, werden zum Symbol für Militarismus und die Gewalt gegen eigenständiges Denken. Darunter ist dargestellt, wie ein Mann mit Gitarre (Wolf Biermann) von einem Grenzposten abgeschoben wird.

In der Skulpturengruppe unter dem Barhocker rechts tritt uns die graue Wirklichkeit „West“ entgegen. Der Bundesadler hat sich am Kopf eines Mannes festgekrallt, das Grundgesetz im Schnabel. (Immendorf spielt auf die Diskussion um strengere Gesetze gegen Sympathisanten von terroristischen Gruppen an). Darunter: Ein Ring von Männern mit dunklen Brillen hört die Telefone ab („großer Lauschangriff“). Ein Mann mit großem Daumen macht Druck nach unten, gegen Menschen, die sich gegen den Weg in den Atom- und Überwachungsstaat wehren. Gegen diese Mauer anonymer Macht versucht einer mit einer Spitzhacke anzugehen. Über der hell erleuchteten Bar beobachtet Bert Brecht, der im Jahr der Entstehung seinen 80. Geburtstag feierte (Kerze), die Szenerie.

Die aktuelle Botschaft des Bildes: Es gibt auch im „Westen“ eine Geschichte, die aufgearbeitet werden müsste. Im Hintergrund neben der großen Säule in der Mitte, stehen Erich Honecker und Helmut Schmidt. Die deutsche Fahne liegt als zerschnittenes Tisch Tuch vor ihnen. Honecker malt den eingezirkelten Menschen auf seinen Teil der halbierten Flagge. Daneben sehen wir eine Tanzszene im Schatten eines leicht verhüllten Hakenkreuzes; Symbol für einen latenten aber sich immer unverhüllter zeigenden Rechtsextremismus und Rassismus in beiden Teilen Deutschlands. Immendorf hat sich selber in der Mitte des Bildes mit erhobenem Pinsel gemalt. Mit der mitmenschlichen Geste der entgegengestreckten, offenen Hand durchbricht er die Mauer.

Sein Ziel ist es, gegen das Auseinanderdriften (die beiden Skulpturengruppen streben schräg auseinander) das Verbindende zu stellen. Deshalb malt er auf die neue tragfähige Säule hinter sich sein deutsches „alter ego“, seinen Freund, den in der ehemaligen DDR totgeschwiegenen Maler Penck, vor dem Brandenburger Tor: „Kunst verbindet“. Zur Person: Der Offizierssohn Immendorf sollte ursprünglich nach dem Willen seines Vaters Medizin bei der Bundeswehr studieren. Er ging aber seinen eigenen Weg, wurde Schüler des „Mutmachers“ Beuys, begründete seine eigene „Lid“-Bewegung (Ein Wort aus der Kindersprache) und wurde eine Art „Streetworker der Kunst“. 1966 bindet er sich einen schwarz-rot-goldenen Holzklotz ans Bein, durchbricht die Bannmeile um den Deutschen Bundestag, um gegen die „geistlose Politik“ zu demonstrieren. Im Mai 1978 appellierte Immendorf an die westdeutschen und europäischen Künstler: „Behandelt in euren Werken Fragen des Alltags, Ungerechtigkeiten, die Frage drohender Kriegsgefahr, politische Unterdrückung, setzt euch für den Frieden ein, denn fällt die erste Bombe, bleibt keine Staffelei trocken.“

Harald Wagner